

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Meine sehr geehrten Herren!

Ich freue mich, daß Sie sich zum 17. Bergedorfer Gesprächskreis eingefunden haben. Mein besonderer Dank gilt unseren heutigen Referenten, den Professoren Dr. Meinhold und Dr. Wallraff. Bedauerlicherweise ist Herr Prof. Abendroth, der auch als Referent eingeladen war, in diesen Tagen erkrankt. Die Position, die er im gesellschaftlichen Gespräch einnimmt, wird aber doch wohl an dieser oder jener Stelle im Lauf der Diskussion deutlich werden.

Recht herzlich begrüße ich Herrn Professor Kogon, der es auf sich genommen hat, die Diskussion zu leiten, die sich aus unserem von mehreren Richtungen her offenen Thema ergeben wird.

Der letzte Bergedorfer Gesprächskreis versuchte, die Frage zu beantworten, ob die industrielle Gesellschaft menschlich oder unmenschlich sei. Wir sprachen über die moralische und psychologische Situation des Menschen in der heutigen Gesellschaft, über die Bindungslosigkeit und den Verlust der Objektbeziehung. Das war aber nur eine Seite des Problems. Wir verstanden uns sicher alle darin, daß die industrielle Gesellschaft mit ihren bisherigen Methoden die materielle Armut und das darauf beruhende Elend reduziert hat, daß durch die Verteilung des Gewinns des technischen Fortschritts die materiellen Voraussetzungen für die Humanisierung des Lebens geschaffen wurden.

Vielleicht ist - wie Aron sagt - die industrielle Gesellschaft tatsächlich nichts anderes als die Gesamtheit der notwendigen Mittel, um den meisten Menschen innerhalb der Gesellschaft materiell erträgliche Bedingungen zu verschaffen. Sie wäre dann eben nur ein Mittel, um dringende, vordergründige Ziele zu erreichen.

Was aber, wenn der einzelne dafür nun die Versachlichung der menschlichen Beziehungen, die Anonymität im Beruf und die Vereinsamung mitten unter seinesgleichen in Kauf nehmen muß? Wie weit oder wie eng muß dann der Leitgedanke der Humanisierung des Lebens gefaßt werden? Sind wir in unserer deutschen Gesellschaft besonders belastet, weil unsere Geschichte in diesem Jahrhundert kaum ausgleichbare tragische Brüche aufweist von Krieg zu Währungsreform? Greift die Unruhe, aus der unser Thema stammt, weiter aus, und was beinhaltet sie eigentlich? Arbeitet unser Gedächtnis so kurzfristig, daß wesentliche Störungen aus der allerjüngsten Geschichte stammen könnten, in der diese heutige Gesellschaft sich aufbaute, liberalisierte und lernte, sich gesellschaftspolitisch offen zu halten?

Hier setzten offensichtlich eine Reihe von Fragen ein, die zu einer sachgemäßen Analyse unserer Gegenwart gehören. Wie kann man die Gesellschaft in der Breite offen halten und die Initiativräume wahren, auf denen diese Gesellschaft nicht nur theoretisch beruht? Was muß man tun, um den schwachen einzelnen so zu stärken, daß er sich sachlich in dieser Gesellschaft orientiert und in ihr im Sinne ihrer freiheitlichen Vorgabe wurzelt? Von hier aus versteht sich unser Thema, das radikal fragt, ob vielleicht neue Wege zur Eigentums- und Vermögensbildung unserer Gesellschaft als Ganzem in ihren einfachen menschlichen Situationen und politischen Möglichkeiten weiterhelfen würden. Können wir mit einer homogeneren Gesellschaft rechnen, wenn wir adäquate Antworten finden, und welche Gemeinsamkeit kann oder soll aus der Teilung ökonomischer Werte entstehen?

Zu unserem heutigen Thema gibt es gut durchdachte, sehr konkrete Vorschläge von einzelnen - auch aus diesem Kreis;- von Wissenschaftlern und Politikern. Uns kommt es in diesem modellartig zusammengesetzten Kreis nicht eigentlich darauf an, einen speziellen Plan zu diskutieren; wir wollen vielmehr die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten prüfen und uns über Natur und Ausmaß der Notwendigkeiten klarwerden.

Darf ich Sie nun, sehr verehrter Herr Wallraff, bitten, das Referat zu beginnen.

Wallraff

Einleitende Kurzreferate haben nicht die Aufgabe, Lösungen vorwegzunehmen oder sich festzulegen. Sie sollen die Fülle der Gesichtspunkte darstellen, das Wichtigste herausgreifen und sich mit den verwendeten Begriffen befassen.

In unserem Thema ist das Begriffspaar revolutionär - evolutionär enthalten, und ich will wenigstens eine kurze Definition versuchen. Marx definiert die Revolution, also auch die revolutionären Mittel, Ziele und Programme, die revolutionäre Aktion, formal als "ruckartige Nachholung veränderter Entwicklung". Dieser formale Hinweis auf den unvermittelten Einbruch völlig neuer Strukturelemente deckt sowohl den plötzlichen kulturgeschichtlichen beziehungsweise zivilisatorischen Umbruch, sowohl die kopernikanische Wende des Weltbildes, die neuartige Nutzung von Energien durch Dampfmaschine, Elektromotor und atomare Gewalt als auch die staatsrechtliche politische Revolution, den Übergang der Staatsgewalt auf Träger, die dieser bislang unterworfen waren. Er deckt gleichfalls den gesellschaftlich-strukturellen Umbruch: die Ablösung einer Ständeordnung durch eine Klassenschichtung, der Klassen durch eine klassenlose Gesellschaft, eines Systems, das auf Privateigentum beruht, durch reinen Funktionalismus. Revolutionär ist die ruckartige, von unten her erzwungene Änderung.

Diese Definition des Revolutionären bestimmt auch bereits zum Teil das Evolutionäre als allmähliche, Zug um Zug an das Bestehende anknüpfende Umschichtung. Alles Ruckartige ist hier ex definitione vermieden. Evolutionär ist das Gegenbild von revolutionär.

Bevor dies an der derzeitig diskutierten Eigentumspolitik exemplifiziert werden kann, ist ein exogenes, eigentümliches Hindernis ins Auge zu fassen. Selbst die formalen Begriffe des Revolutionären und Evolutionären werden selten neutral verstanden. Ein Vorgang oder Ziel, dem das Merkmal "revolutionär" zugesprochen wird, ist - um einen mittelalterlichen Ausdruck zu gebrauchen - *pus auribus offensive*, allen herrschenden oder dem Bürgertum nahestehenden Kreisen verdächtig; noch leichtfertiger übersetzt: allen mit konservativen Vorfiltern versehenen Ohren ein Greuel.

Mutatis mutandis ist ein Programm, das sich als evolutionär ausgibt oder das von Beurteilenden als evolutionär bezeichnet wird, allen, die keine Zeit mehr zu haben glauben, so etwas wie Verrat. Die Begriffe sind also belastet, was man bei ihrer Verwendung jeweils bedenken sollte.

Ohne Zweifel kennt die Gesellschaftsgeschichte zahlreiche ruckartige, revolutionäre Umbrüche in bezug auf das produktive Privateigentum: die Enteignung überkommener Eigentümer und die Übernahme des einschlägigen Eigentums durch neue Träger, andere Personen und Familien, andere Gruppen der gleichen Gesellschaft, die ruckartige partielle oder totale Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln im Prinzip.

Gerade das Institut des Privateigentums an Produktionsmitteln provoziert offenbar dazu, eine verhinderte Entwicklung ruckartig nachzuholen. Das ist dann der Fall, wenn es sich schichtenspezifisch geballt hat oder zu ballen droht, ohne daß der Vorgang seine Legitimation darin findet, daß die Eigentümer ihrem Besitzprivileg adäquate gesellschaftliche Funktionen erfüllen, und zwar glaubwürdig tatsächlich. Wenn weiterhin die Gleichheit der Menschen über ein bestimmtes Maß hinaus - man könnte sagen: willkürlich - vernachlässigt wird oder wenn durch die Vorrechte der Besitzenden Freiheiten anderer Bürger in Gefahr geraten oder in Gefahr zu geraten drohen, taucht die gleiche Provokation auf.

Von der Umseite her kann man formulieren, daß das produktive Eigentum in ein Spannungsverhältnis zu einem als notwendig oder als erwünscht geltenden Entwicklungsstand gerät, wenn die Schicht, die es innehat, privilegiert ist oder wird und diese Position durch keinen gewichtigen Grund unterbaut werden kann. Als rückständig gegenüber einem erwünschten Zustand gilt es, wenn private Träger produktiven Eigentums anderen Bürgern gegenüber eine Position erreichen, die praktisch einer Herrschaft Privater über Private nahekommt.

Ist die Zuteilung von kleinen Beteiligungen am privaten Produktionsvermögen an die Vielen ein revolutionärer oder evolutionärer Vorgang, oder wird dadurch eigentlich überhaupt nichts geändert? Welche Bedeutung in bezug auf den einzelnen haben Beteiligungen in Höhe von letztlich zehn- bis zwanzigtausend DM pro Kopf? Das ist die Kernfrage des Problems.

Wie steht es zunächst um den Einkommenseffekt derartiger Beteiligungen? Ist er - gemessen am Arbeitseinkommen - gewichtig genug, um bestimmte Maßnahmen zu treffen, indem man das individuelle Sparen anregt, tarifvertraglich vereinbarte Sparformen entwickelt oder andere Wege

beschreitet? Zweifellos entsteht ein zusätzliches Einkommen, und es ist von hohem Rang, daß ein zweites Faktoreinkommen an die Vielen herangetragen wird. Sind die Erfolge aber bedeutsam genug, um dafür unvermeidbare störende Nebenwirkungen in Kauf zu nehmen?

Den Kleinbeteiligungen am produktiven Privateigentum kommt weiterhin sicherlich ein Sekuritäreffekt zu. Dieser wird aber - gemessen an der durch die Sozialversicherungen gewährleisteten Sicherheit kaum sichtbar. Es kann sich nur um eine zusätzliche, privat verwaltete Sicherung für besondere Notfälle handeln. Kommt solchen sekundären Sicherungen jedoch gesellschaftlich eine Bedeutung zu?

Sodann haben Kleinbeteiligungen eine prestigestiftende Kraft. Der Beteiligte zählt sich nunmehr zu den Besitzenden, die das rätselhaft produktive Privateigentum mittragen. Wie groß ist der Gewinn an Prestige und Selbstbewußtsein?

Man spricht schließlich der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eine gewaltenteilende Kraft zu. Es soll dadurch verhindert werden, daß sich die in den großen Nettoinvestitionen wachsende Vermögenshäufung schichtenspezifisch ballt. Diese soll wenigstens teilweise demokratisch verteilt werden. Das Montesquieu-Problem wird also vom Staatsrechtlichen auf das Volkswirtschaftlich-Gesellschaftliche übertragen. Welche gesellschaftliche Bedeutung, welche freiheits- und ordnungstiftende Kraft ist dem beizumessen? Zweifellos kann man auf ergänzende Schritte nicht verzichten, wenn es zu einer echten und dauerhaften wirtschaftlichen Gewaltenteilung kommen soll.

In dem zur Diskussion stehenden Programm will man die Löhne und Gehälter durch investiv gehaltene Zuwendungen schrittweise um rund fünf Prozent der Bruttolohnsumme über die so umstrittene, durch den Produktivitätsfortschritt gezogene Grenze hinaus aufstocken, und zwar im Endergebnis um einen absoluten Betrag, der sich jährlich auf etwa sechs Milliarden DM belaufen würde. Bei zweiundzwanzig Millionen abhängig Tätigen kommt man mit den berühmten DM 312,- pro Kopf auf rund 6,5 Milliarden DM. Etwa ein Drittel der produktiven privaten Nettoinvestitionen soll nicht mehr den klassischen Trägern, sondern den breiten Schichten zufließen.

Nehmen wir an, daß dieser Prozeß unter Voraussetzung einer gleichbleibenden Progressivität der Volkswirtschaft eine Generation, also dreißig Jahre und länger, andauere. Ist dann das Resultat - gemessen an dem überkommenen - revolutionär? Wenn jährlich sechs Milliarden DM mal dreißig Jahre plus Zinsen ein Drittel der Nettoinvestitionen ausmachen, bleiben immer noch zwei Drittel im Besitz der traditionellen Seite. Ich würde die harte Kategorie "ruckartige Nachholung veränderter Entwicklung" auf ein solches Resultat nicht anwenden. Man müßte es jedoch genauer analysieren.

Will man die belasteten Kategorien revolutionär oder evolutionär vermeiden, kommt man notwendigerweise zu analogen Begriffen wie systemwidrig systemkonform, sinnhaft - sinnwidrig, freiheitsgemäß - freiheitswidrig. Schwierige, ungenaue Begriffe sind das Kennzeichen derartiger Diskussionen.

Ein weiterer Punkt wäre die Beeinflussung des Kapitalmarktes. Kapitalmassen in Höhe von durchschnittlich sechs Milliarden DM pro Jahr - ohne die Zinsbeträge - haben auf dem Kapitalmarkt und im Investitionssektor einiges Gewicht. Besondere Bedeutung haben auch die Kreditinstitute, die diese Gelder verwalten und vermitteln. Fonds und Institute, die den Gewerkschaften gehören oder nahestehen beziehungsweise unter ihrer qualifizierten Mitwirkung geführt werden, schalten sich in die Vermittlung und Verwaltung der Arbeitnehmeranteile ein. Wird die Struktur des Kapitalmarktes durch neue Formen und neue Träger der Kreditinstitute revolutioniert, oder verträgt der Wettbewerb auf den heutigen Kapitalmärkten einen Zuschuß neuen Blutes?

Nach den bisher vorliegenden Plänen werden die Sparakte, die eine Streuung des produktiven Privateigentums bewirken sollen, nicht dem Entscheid des einzelnen überlassen. Eine Reihe von gesellschaftlich wirkräftigen Faktoren erschwert es dem einzelnen nämlich erheblich, durch Sparen Anteile am Produktiveigentum zu erlangen. Das gilt für das Phänomen des Prestigekonsums und die forcierte Werbung für den Konsum. Weiter wirken die katastrophalen Inflationen sowie der fortdauernde - fast möchte man sagen: säkulare - inflationäre Trend noch nach. Hinzukommt ein vulgärer Existentialismus, der dazu animiert, nach dem Motto zu leben: Lasset uns essen, trinken und lustig sein, morgen haben wir nichts mehr davon. Darüber hinaus besteht eine gewisse Fremdheit gerade der deutschen Arbeiter gegenüber produktivem Privateigentum. Hier wirkt die frühsozialistische, grundsätzliche Ablehnung produktiven Privateigentums nach und erschwert den individuellen Entscheid, sich in diesen Sektor hineinzubegeben.

Bedeutet nun das Sparen auf Grund eines gesamthänderischen Entscheids einen Umbruch im System, indem nämlich die Gewerkschaften im Namen der Arbeitnehmer in den Tarifvereinbarungen einen zusätzlichen Lohn erzielen, wobei zugleich festgelegt wird, daß dieser Lohnanteil im Regelfall

investiv gebunden bleibt? Das muß sowohl auf der Ebene des Verfassungsrechts, der Gewerbeordnung und des positiven Rechts als auch auf der Ebene der Ordnungsethik diskutiert werden. Es gibt ein ordnungsethisches Kalkül, das besagt, Sparen sei seinem Wesen nach ein individuell entschiedener Akt. Hier wird sich Ordnungskonzeption gegen Ordnungskonzeption stellen, was man bei den Aussagen beachten muß.

Weiterhin wirft eine solche Eigentumspolitik aufs neue das Problem der Unternehmensverfassung auf und ist insofern Initialzündung. Bei den Beteiligungen der breiten Schichten am privaten Erwerbsvermögen ist auf die implizierten Bestimmungsrechte zu achten, die der kleine Mann isoliert nicht wahrnehmen kann. In der typischen Publikumsaktiengesellschaft, die durch eine derartige Programmatik an Bedeutung zu gewinnen scheint, ist er isoliert eine quantité négligable. Also wird eine funktionsfähige Repräsentanz der kleinen Beteiligungen erforderlich - ein noch völlig unbekanntes Gelände. Bedeutet das einen ruckartigen Umbruch einer verhinderten Entwicklung? Ist nicht die Frage der Mitbestimmung sehr viel erregender als die der Eigentumbildung? Beide laufen auf das Problem der Unternehmensverfassung hinaus.

Noch ein methodologischer Hinweis: Es besteht in solchen Diskussionen die Gefahr, daß die jeweiligen Aussagen ein eigenes Kategoriensystem zugrunde legen und nur darin verständlich sind. Stoßen zwei Kategoriensysteme oder Grundkonzeptionen aufeinander, dann ist dieser Tatbestand zu diskutieren und nicht die einzelne Aussage. Der Erfahrung nach bereitet das der laufenden eigentumspolitischen Diskussion die größten Schwierigkeiten.

Meinhold

Die Frage, ob Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ein evolutionäres oder revolutionäres Ziel sei, läßt sich in zweifacher Richtung stellen: Würde die in irgendeiner Form verwirklichte Vermögensbildung unser Gesellschaftsbild revolutionär verändern? Würde schon der Weg, also die Art, zur Vermögensbildung zu kommen, revolutionär sein? Gemeint ist in unserem heutigen Zusammenhang offenbar das erste. Ich glaube jedoch, daß sich beides nicht trennen läßt. Wenn sich nämlich erweist, daß der Vorgang der Vermögensbildung unter bestimmten Umständen nicht revolutionär ist, sondern bereits in den Entwicklungstendenzen unserer Ordnung liegt, kann auch das Ergebnis kaum noch revolutionär sein.

Auch ich habe überlegt - genau wie Pater Wallraff;- , was in diesem Sinne als evolutionär und als revolutionär zu bezeichnen wäre. Relativ leicht erkennbar ist der revolutionäre oder evolutionäre Charakter bei den beiden extremen Möglichkeiten der Vermögensbildung, nämlich dem freiwilligen und nichtsubventionierten Sparen der Arbeitnehmer und der Umverteilung bereits vorhandener privater Vermögen. Wenn eine wesentliche Umverteilung des neu zu bildenden Vermögens durch vermehrtes freiwilliges Arbeitnehmersparen einträte - leider ist das in größerem Umfange nicht zu erwarten;- , würde das zwar unsere Gesellschaftsstruktur umschichten. Diese Umschichtung wäre aber evolutionär, weil in unserer vorhandenen Ordnung auf die weitestmögliche freie Disposition über das Einkommen, also auch das Sparen, nicht verzichtet werden kann.

Dagegen müßte man eine etwa durch Gesetz vorgenommene Umverteilung vorhandener Vermögen zweifellos als revolutionär bezeichnen, denn die Anerkennung des erworbenen Eigentums ist eine der Grundideen unserer Ordnung. Aber diese beiden Extreme stehen kaum zur Diskussion.

Die heute ernsthaft diskutierten Wege zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand liegen zwischen diesen Extremen. Prinzipiell handelt es sich dabei um das vermehrte freiwillige Sparen der Arbeitnehmer, angereizt durch Steuerbegünstigung, Prämien oder Rabatte, um die freiwillige Vermögensbildung für Arbeitnehmer durch die Unternehmen, steuerlich angereizt oder auch nicht, und um den Investivlohn. Ob man diese Wege als evolutionär oder revolutionär ansieht, hängt weitgehend davon ab, wie man unsere Gesellschaftsordnung definiert. Um im fachlichen Kompetenzbereich zu bleiben, wollen wir dabei von der Wirtschaftsordnung ausgehen, die integrierter und integrierender Bestandteil der Gesellschaftsordnung ist.

Tatsächlich ist es in diesem Sinne gar nicht so einfach, unsere Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zu definieren. Es begegnet uns auch heute noch sehr häufig, daß die soziale Marktwirtschaft als nahezu identisch mit dem Begriff der sogenannten freien Marktwirtschaft definiert wird. Das heißt in unserem Zusammenhang, daß diejenigen, die das Sozialprodukt erstellt haben, ausschließlich - mit Ausnahme des Anteils, den sich der Staat nimmt das Recht haben, über dieses Sozialprodukt auch zu verfügen. Nur dann verwirklichten sich die Ideen der vollkommen freien Konsumwahl, der Lenkung der Produktionsfaktoren nach den Wünschen der Einkommensbezieher und so weiter in vollem Umfang.

In diesem Fall geschieht die Lenkung der Wirtschaft ausschließlich durch den Markt, und zwar am produktivsten, wenn der Staat sie überhaupt nicht beeinflusst. Auch die Einkommensverteilung geht grundsätzlich nur über den Markt. Der Staat nimmt lediglich durch die Einkommenssteuerprogression und eine möglichst marktkonforme Sozialpolitik, allenfalls noch durch eine Förderung des Wettbewerbs Einfluß auf die Verteilung. Vielleicht wirkt er durch die Wettbewerbspolitik auch indirekt auf die Lenkung der Produktionsfaktoren ein.

Einer in dieser Weise definierten Sozialmarktwirtschaft würden fast alle genannten Zwischenformen widersprechen: Der Investivlohn ist ein Eingriff in die freie Einkommensdisposition; die staatlichen Sparförderungsmittel stellen eine Abweichung der Einkommensverteilung durch den Markt dar, weil sie über den Staat umverteilen und die Mittel nicht denen zubilligen, die sie durch den Markt bekommen haben. Damit durchbrechen sie bereits das Prinzip der reinen freien Konsumwahl. Die freiwillige und ungeforderte Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer innerhalb der Betriebe, soweit sie nicht einfach eine andere Form des Lohnes ist, wäre zwar nicht zu verbieten, aber als Verwendung von Gewinnteilen außerhalb des Prinzips der Rentabilität jedenfalls nicht marktkonform.

Sicherlich ist eine so beschriebene Ordnung für manche ein Wunschbild. Wenn wir uns aber die Wirklichkeit betrachten, sehen wir, daß wir davon in außerordentlich vielen Bereichen tatsächlich bereits sehr weit entfernt sind. Diese Entwicklung ging offenbar ganz evolutionär vor sich. Es ist eine andere Definition der sozialen Marktwirtschaft gültig geworden. Wir wollen nicht gerade unsere gegenwärtige Agrar- und Kohlepolitik, die eine Abkehr von der Marktwirtschaft überhaupt bedeuten, als Musterbeispiele dafür anführen, denn es besteht immer noch eine gewisse Hoffnung, daß sie Ausnahmen bleiben.

Zumindest aber ist die Konjunkturpolitik charakteristisch für diese Entwicklung. Für unseren Zusammenhang besonders wichtig ist die damit verbundene Tatsache, daß die Geldpolitik nicht mehr an die starren Regeln der Goldwährungszeit gebunden ist, die allerdings auch seinerzeit weitgehend nur in der Theorie existierten. Zwar bleibt die Geldpolitik den Prinzipien der Preisniveaustabilität, der Vollbeschäftigung und des Zahlungsbilanzausgleiches bei stetigem und möglichst kräftigem Wachstum verbunden, die Tatsachen zeigen indessen - und auch das dürfen wir nicht als revolutionär bezeichnen;- daß die Preisniveaustabilität dabei nicht vollständig gewahrt wird.

Diese Dinge lassen sich mit einer freien Marktwirtschaft im reinen Sinne nicht mehr vereinbaren. Sie sehen das ganz deutlich an der Lohnbildung. In einer echten freien Wirtschaft darf es keine Geldschöpfung geben. Wenn man dem Staat zubilligt, im Zuge der wachsenden Wirtschaft neues Geld zu schaffen, räumt man demjenigen, zu dessen Gunsten Geldschöpfung betrieben wird - sei es der Staat oder der Investor;- Ansprüche an das Sozialprodukt ein, obwohl er bezüglich dieser Mittel nicht an der Erstellung des Sozialproduktes beteiligt war. Damit ist das Grundprinzip der freien Wirtschaft bereits durch die Preisniveaustabilität in der wachsenden Wirtschaft fundamental durchbrochen. Das führt in der Lohnbildung dazu, daß man sich nicht mehr um einen vorhandenen Kuchen streitet. Dieser wird schon von demjenigen, der die Geldschöpfung betreibt, vergrößert.

In einem starren Geldsystem mußten - jedenfalls der Idee nach - Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf einen Lohn einigen, der dann auch effektiv wurde. Heute gibt es eine Ausweichmöglichkeit, indem man stärkere Lohnerhöhungen vereinbart, als volkswirtschaftlich geboten und betriebswirtschaftlich bei gegebenen Preisen möglich ist, und das, was darüber hinausgeht, über die Preise abwälzt. Die Zahlungsbilanz ist nur ein begrenztes Hemmnis dagegen, denn in fast allen Ländern geschieht das gleiche. Auch die Geldpolitik kann nur in Grenzen gegen diese Überwälzung vorgehen, denn sie würde bei zu scharfen Eingriffen Erwerbslosigkeit provozieren. Damit tritt eine ganze Reihe von Gewalten in das Spiel hinein, das nach den Prinzipien der freien Marktwirtschaft nur die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreiben sollten. Es beteiligen sich nämlich einmal die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften daran und weiterhin auch der Staat mit der Vollbeschäftigungspolitik. Tatsächlich wird damit die Einkommensverteilung in einem nicht unerheblichen Maße eine Frage der politischen Gestaltung. Die Einkommensverteilung wird kraft eines mehr oder weniger im Kampf gestalteten Willens bestimmt, natürlich immer noch auf der Grundlage der Marktdaten, die keineswegs verschwunden sind, jedoch nicht mehr die einzig bestimmenden Faktoren darstellen.

Ein zweites kreuzt sich mit dieser Entwicklung der Einkommensverteilung und ist in unserem Zusammenhang fast noch wichtiger. Die Masse der Einkommensbezieher ist im wesentlichen darauf angewiesen, die Nachfrage nach dem verdienten Einkommen zu richten. Der Staat soll - veranlaßt im Prinzip durch das Grundgesetz und seinen Willen zur Preisniveaustabilität - Einnahmen und Ausgaben ausgleichen; wo er Kredit nimmt, soll er sich an die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes halten. Die Unternehmer aber arbeiten in großem Umfang mit Bankkredit. In einem starren

Geldsystem könnten die Banken nur eben so viel Kredit geben, wie aus laufenden Einkommen bei ihnen gespart wurde. Heute kann aber die Notenbank den Refinanzierungswünschen nur noch teilweise widerstehen, weil andernfalls Auslandskredite aufgenommen werden, die im Ausland auch nicht aus Einkommen gespart sind. Diese Ausweitung schlägt sich dann in Form neuer Bankeinlagen nieder, so daß der Giralgeldumlauf und das Kreditvolumen sich gegenseitig ausweiten. Bei dem jetzigen Banksystem ist also die Gesamtheit der Unternehmer in der Lage, ihre Investitionsgüternachfrage über verdiente und gesparte Einkommen hinaus zu vergrößern, das heißt, sie können die Gesamtnachfrage über das mögliche Angebot hinaus ausdehnen und damit das Preisniveau steigern. Da aber steigende Preise wenigstens zunächst als Unternehmergewinne anfallen, können die Unternehmer auf diese Weise zum Teil das eigene Einkommen bestimmen. Die Nichtunternehmer haben dagegen eigentlich nur eine Waffe: Sie können durch Sparen die Gesamtnachfrage und also auch das Preisniveau wieder reduzieren.

Diese Tatsachen folgen aus dem elastischen Geldsystem, das wir nicht aufgeben können, wenn wir die Konjunkturpolitik nicht abschaffen wollen. Es sollte nur so vernünftig wie möglich gehandhabt werden, wie das ja auch in der Bundesrepublik geschieht. Die Einkommensverteilung ist also nur noch teilweise eine Frage gegebener Marktdaten, nur zu einem sehr geringen Teil noch eine Frage des Marktautomatismus. Größtenteils werden diese Marktdaten heute politisch bestimmt, und zwar durch die staatliche Konjunkturpolitik, den Gestaltungswillen der Tarifpartner, die Kreditnachfrage der Unternehmen und das Sparen der Nichtunternehmer.

Mit der Feststellung dieser Tatsachen haben wir natürlich einen ganz anderen Zugang zu unserer Fragestellung von heute abend, als wenn wir einfach von der sogenannten freien Marktwirtschaft ausgingen. Wenn nämlich gerade die Einkommensverteilung in so hohem Maße eine Frage der politischen Gestaltung ist, müssen wir uns prinzipiell fragen, ob selbst der Investivlohn vielleicht nur ein neuer Weg zur Vermögensumverteilung ist, die wir auf anderen Gebieten schon für selbstverständlich halten.

Durch Einflußnahme auf die Abschreibungssätze betreiben wir bereits eine Vermögensumverteilung durch den Staat. Wir haben uns nur so daran gewöhnt, daß wir das gar nicht mehr merken. In den Jahren nach 1948 sind infolge der damaligen Abschreibungssätze ungeheure Vermögen entstanden. Diese Tatsache einer durch den Staat betriebenen Vermögensverteilung zugunsten der Unternehmer als Folge steuerlicher Maßnahmen läßt sich einfach nicht leugnen. Man kann das für richtig halten und sich auf den Standpunkt stellen, daß ohne diese Politik der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft gar nicht möglich gewesen wäre. Das würde ich zum Beispiel durchaus konzedieren. Selbst eine staatlich orientierte Vermögensverteilungspolitik ist uns also in unserem System nicht fremd.

Wenn wir gar an die Investitionshilfe denken, so liegen auf einem wesentlich anderen Gebiet bereits fast alle Elemente vor, die im Investivlohn, der heute wohl extremsten dieser Zwischenlösungen, enthalten sind. Durch das Investitionshilfegesetz wurden Unternehmer gezwungen, einen Teil ihrer Einkommen einem Fonds zur Verfügung zu stellen, der durch die Industrie-Kreditbank verwaltet wurde. Die Verwaltung dieses Fonds entschied auf repräsentativer paritätischer Grundlage, wo die Mittel einzusetzen waren. Auch damals ging die formale Initiative nicht einmal vom Staat aus. Es wurde bis zum Bundesverfassungsgericht geklagt, und dieses hat sich damals bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, daß solche Maßnahmen im Rahmen unserer Verfassung liegen. Sie sind in unserer Ordnung begründet und können infolgedessen nicht wider die Ordnung sein.

Warum soll man also in der gleichen Ordnung nicht gerade das Sparen der Nichtunternehmer politisch gestalten als die einzige Möglichkeit, Einkommens- und zugleich Vermögenszuwachsverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern? Diese Folgerung, so primitiv sie ist, ist schwerlich prinzipiell angreifbar.

Betrachten wir zunächst die Sparanreize. Sie enthalten drei Elemente: eine Einkommensumverteilung, denn das Gesamteinkommen des Sparerers wächst um den staatlich hinzugegebenen oder an Steuern ersparten Betrag. Meist stellt sich daneben eine konjunktur- und wachstumsbedingte Absicht: Der im echten Sinne gesparte Einkommensteil wird vom Konsumgütermarkt ferngehalten, soll langfristig der Finanzierung von Investitionen dienen und schließlich eine Umverteilung der Vermögensbildung herbeiführen.

Man kann sich darüber streiten, ob eine solche Sparpolitik zweckmäßig ist. In den weitaus meisten Fällen ist sie es wohl nicht. Aber das steht hier nicht zur Debatte, sondern es wird gefragt, ob diese Sparanreize evolutionär oder revolutionär sind. Gehen wir von der versuchten Definition unserer Ordnung aus, so finden wir für alle drei genannten Formen evolutionäre Ansatzpunkte. Sobald der Staat den Auftrag hat, aus konjunkturpolitischen, wachstumspolitischen und - besonders in der Sozialpolitik einkommenspolitischen Gründen Umverteilungsprozesse einzuleiten, sind Mittel, die er zu

solchen Zwecken als Sparanreize gibt, kein grundsätzliches Novum. Auf Grund der nahezu unbestrittenen Tatsache, daß er durch Variationen der Abschreibungssätze die Vermögensbildung bei den Unternehmungen in großem Umfang beeinflußt hat, kann ein gleiches Vorgehen zugunsten anderer Gruppen nicht als Novum angesehen werden. Nur die Zweckmäßigkeit, kaum aber die prinzipielle Seite dieser Art von Vermögensbildung kann also ernsthaft zur Debatte stehen.

Ebenso hat die Vermögensbildung durch Gewinnbeteiligungen in unserer Ordnung nichts Befremdliches. Die Verfügungsmacht des Unternehmers kann ohnehin nicht bestritten werden. In sehr vielen Fällen kann man die Gewinnbeteiligung als Sonderform des Lohnes ansehen. Ernsthaft zu diskutieren ist daher nur - abgesehen natürlich wieder von der Zweckmäßigkeit, die auch hier in sehr vielen Fällen zu verneinen sein wird;- , ob die Bindung solcher Einkommensteile für Zwecke der Vermögensbildung in unserer Ordnung Platz hat. Damit sind wir indessen bereits bei dem Zentralproblem angelangt, das in Verbindung mit der Investivlohnidee aufzuwerfen ist.

Die Zusammenhänge des Investivlohnes mit dem, was wir heute als Gestalt der sozialen Marktwirtschaft erleben, sind zu komplex, um in der hier gebotenen Kürze abgehandelt zu werden. Die meisten, wie zum Beispiel das Problem der Konzentration und der nicht marktgerechten Verwendung der Gelder, verblassen, wenn man geeignete Formen für die Durchführung gewinnt und wenn man an die tatsächlich diskutierten Größenordnungen denkt. Daß die Tarifpartner im Rahmen unserer Ordnung auch Lohnvereinbarungen solcher Art treffen können, sollte eigentlich nicht ernsthaft in Frage stehen. In den Tarifverträgen, zumal in den Rahmentarifverträgen, finden wir manche ähnliche Vorgänge. Die beiden wirklichen Zentralprobleme sind die Wahl einer durchsetzbaren Größenordnung und wieder die Frage der Bindung.

Eine möglichst baldige, nicht erst im hohen Alter verwirklichte Überleitung der Verfügungsmacht auf den eigentlichen Eigentümer ist eine der wichtigsten Forderungen, die an die Vermögensbildung zu richten sind. Das Kernproblem liegt wohl überhaupt darin, daß einerseits das Entsparen verhindert wird und der Eigentümer sich darüber klar wird, daß er mit dem Eigentum auch eine Verantwortung übernimmt. Andererseits muß ihm diese Verantwortung dann aber auch tatsächlich übertragen werden. Gibt es für dieses Problem keine Lösung, so ist die Vermögensbildung in ihrem letzten Sinne gescheitert. Selbst diese Übertragung von Verantwortung aber ist nicht neu; man könnte fast sagen: In ihr liegt der wesentliche Unterschied zwischen einer rein liberalen und einer sozialen Marktwirtschaft.

So richtet sich die Frage mehr und mehr darauf, ob wir die Vermögensverteilung wollen - erreichbar ist sie in dem Rahmen, der hier abgesteckt wurde, ohne revolutionäre Mittel. Natürlich ergibt sich ein ganz anderes, demokratischeres Gesellschaftsbild für die Zukunft, wenn wir eine breitere Vermögensverteilung im Rahmen des Vermögenszuwachses erreichen, als wenn die Vermögensbildung weiter so einseitig erfolgt wie bisher. Beide Richtungen, das heißt die Entscheidung darüber, zu welcher dieser beiden Möglichkeiten wir uns entwickeln wollen, liegen in unserer gegenwärtigen Ordnung begründet. Die Aufgabe der Entscheidung obliegt uns - die Tatsache der Entscheidungsmöglichkeit ist aber bereits gegeben, kann folglich nicht als revolutionär bezeichnet werden.

Kogon

Vielen Dank für die beiden außerordentlich interessanten Referate. Bevor wir in die Diskussion eintreten, würden wir nun gern einen kurzen Überblick über die Situation in den Ländern erhalten, aus denen Freunde zu unserem Gesprächskreis gekommen sind.

Darf ich Herrn Schumacher bitten, mit einem Bericht über England zu beginnen.

Schumacher

Ich könnte Ihnen mit einem Satz antworten: Es gibt eine solche Diskussion in England nicht. Die Worte unseres Themas lassen sich nicht einmal geläufig ins Englische übersetzen. Das Problem als solches liegt jedoch auch in England vor, und die englische Gesellschaft befaßt sich mit ihm - allerdings unter anderen Fragestellungen.

Ich würde im Anschluß an das, was Herr Wallraff bereits andeutete, sagen, daß das britische Volk einkommensorientiert und nicht vermögensorientiert ist. Die meisten Menschen stehen dem Vermögen sogar geradezu feindselig gegenüber, sofern es sich nicht um etwas ganz Konkretes wie das eigene Haus handelt.

Aber sogar bei dem eigenen Haus herrscht zum Teil die Idee vor, man verwurzele dadurch viel zu sehr und könne dann nicht mehr umziehen. Deshalb will die Labour-Regierung eher Mietshäuser als Eigenheime bauen lassen.

Die eigentliche Diskussion geht in England um eine umfassende Einkommenspolitik, deren Ziel es ist, den Kapitalwertzuwachs der Kapitalisten steuerlich als Einkommen zu betrachten, was heute nicht der Fall ist. Die neue Labour-Regierung hat angekündigt, sie wolle im nächsten Budget eine Kapitalwertzuwachssteuer einführen. In den Debatten über Lohnerhöhungen heißt es, man werde sich bei den Löhnen an nichts binden, solange die Kapitalisten von einem ständigen, großen, steuerfreien Kapitalwertzuwachs profitieren. Wenn also keine Wege gefunden würden, den Kapitalwertzuwachs zu kontrollieren, lasse man sich auch die Löhne nicht kontrollieren. Das ist eine zwar negative, aber doch verständliche Stellungnahme.

Man will überdies dem Problem nicht dadurch beikommen, daß man das Kapital in kleinen Mengen an eine große Anzahl von Menschen verteilt, sondern daß man den Privatbesitz an Kapital möglichst vermindert. In Amerika zum Beispiel gibt es private Autobahnen, für deren Benutzung ein Tarif erhoben wird, die dadurch privatwirtschaftlich einen Kapitalwert haben und privaten Reichtum erzeugen. Das ist bei den öffentlichen Autobahnen, für die keine Gebühr bezahlt zu werden braucht, die aber genauso wertvoll sind, nicht der Fall.

Es gibt nun verschiedene Wege, das Kapital, ohne es zu verteilen, einfach nicht zu privatem Besitz werden zu lassen. Das bedeutet nicht gleich Sozialisierung, obwohl auch das ein möglicher Weg dazu ist. Beispielsweise machen die Genossenschaften einen erheblichen Profit. Da dieser jedoch an die Genossenschaftler oder an die Kunden der Genossenschaft zurückverteilt wird, schlägt sich der Wert der Gebäude, Warenlager und so weiter nicht als Kapitalwert in privaten Händen nieder. Damit will man die sich ständig verschärfende Ungleichheit in der Vermögensverteilung vermindern.

Es gibt in dieser Richtung auch Initiativen, die von privaten Unternehmern ausgehen. Der Unternehmer einer Firma zum Beispiel, der ich persönlich nahestehe, hat erklärt: "Warum soll ich ein reicher Mann werden? Ich will ein gutes Leben haben, aber keine Millionen besitzen." Sowohl seine etwa 300 Mitarbeiter als auch die Gesellschaft als Ganzes hätten am Aufbau des Unternehmens mitgewirkt. Dieser Unternehmer hat den privaten Besitz mit Hilfe einer juristischen Konstruktion an seine Mitarbeiter verteilt. Obwohl solche Initiativen zu sehr guten Resultaten geführt haben, machen sie doch nicht Schule.

I.C.I., der größte private Konzern Englands, verteilt jährlich gratis Aktien an die Beschäftigten. Das ist jedoch nicht von großer Bedeutung. Diese Aktien werden bei der heutigen Einkommensorientierung einfach als ein Zuschlag zum Lohn betrachtet, und am Tage nach der Verteilung setzt regelmäßig ein gewisser Kurssturz der I.C.I.-Aktien ein, weil viele sofort verkauft werden. Die Leute trauen der Sache nicht. Sie wollen bares Geld haben.

So ungefähr sehe ich die Situation in Großbritannien.

Verdoorn

Für den Verkauf der I.C.I.-Aktie gilt aber eine Sperre von zwei Jahren, und - soviel ich weiß - machen nur fünfzig Prozent der Arbeiter von der Möglichkeit Gebrauch.

Krelle

Wie vertragen sich diese Ideen und Praktiken eigentlich mit der Wachstumspolitik der Labour-Regierung? Wenn man - wie Sie sagen, Herr Schumacher - eine Sozialisierung, Vergenossenschaftlichung und im übrigen eine Reduktion des Vermögenseinkommens in erheblichem Umfang vorsieht, wird man wahrscheinlich die privaten Investitionen abwürgen. England bildet hinsichtlich der Wachstumsrate seit 1948 das Schlußlicht aller Nationen. Die Labour-Regierung will das verständlicherweise ändern, aber die Maßnahmen, die Sie uns hier vorgetragen haben, wirken dem entgegen.

Schumacher

Das mangelnde Wachstum, Herr Krelle, was es auch immer bedeuten mag - ich gehöre dieser Religion nicht an - ist das Resultat von dreizehn Jahren Nicht-Labour-Regierung, in denen man die Dinge laufen ließ, ohne irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Ich glaube nicht, daß das Wachstum überhaupt von solchen Dingen abhängt.

Kogon

Ist dieser Zusammenhang wirklich so zwingend, Herr Krelle?

Krelle

In einer Wirtschaft, in der die Investitionen durch die private Initiative einzelner Unternehmer bestimmt werden, ist das schon entscheidend. Vielleicht kann man die Kapitalverzinsung um einen gewissen Teil reduzieren, darf dabei aber ein bestimmtes Maß nicht überschreiten, wenn man überhaupt im Rahmen einer Privatwirtschaft bleiben will.

Kogon

Wird dann aber weniger investiert, wenn man diesen Rahmen verläßt? Ist das zwingend?

Krelle

Meines Erachtens ist das zwingend. Jede statistische Analyse zeigt uns, daß die Investitionen weitgehend von den Gewinnen abhängen.

Kogon

Müssen diese Gewinne aber privat sein?

Krelle

Nein. Das ist nur im Rahmen einer privatwirtschaftlichen Ordnung zwingend. Wenn Sie die gesamten Investitionen über den Staatshaushalt vornehmen wollen, wenn Sie also von einer Marktwirtschaft zu einer Art Planwirtschaft übergehen, gilt das natürlich nicht.

Schumacher

So radikal denken wir nicht. Etwas "Gesamtes" machen wir sowieso nie. Die Stahlindustrie zum Beispiel soll jetzt sozialisiert werden. Das Hauptargument ist, daß die private Stahlindustrie nicht genug investiert hat. Der größte Investor ist die Elektrizitätswirtschaft, die seit 1947 sozialisiert ist. Ich sehe die Zwangszusammenhänge, von denen Sie sprechen, in der Wirklichkeit nicht. Wie Sie wissen, gibt es in England nicht einmal die Worte soziale oder freie Marktwirtschaft; man kann sie nicht direkt übersetzen. Niemand streitet sich über diese Begriffe; man greift die Probleme auf, wo sie sichtbar werden.

Die von mir vorhin erwähnte Firma ist ein blühendes Unternehmen. Die Übergabe des Eigentums an die Betriebsmitglieder hatte sehr interessante Folgen. Man kann heute in diesem Unternehmen durchaus Verständnis dafür erwecken, daß ein großer Teil des Gewinnes im Geschäft bleiben und re-investiert werden muß. Da ist man also aus dem Zwangszusammenhang herausgekommen, daß man etwa immer höhere Dividenden ausschütten müsse. Die reale Lage kann mit den Miteigentümern jederzeit redlich und sachlich diskutiert werden.

Lenk

Der Zusammenhang zwischen realem Wachstum, Investitions- und Arbeitslosenquote ist allgemein anerkannt und auch empirisch erwiesen. Ich vertrete deshalb zwar auch nicht die Religion vom wirtschaftlichen Wachstum, wie Sie es so schön genannt haben, Herr Schumacher, aber die konkreten Zusammenhänge von realem Wachstum und Einkommensverteilung sind doch nicht zu übersehen.

Der allgemeine Wohlstand als unabdingbare Voraussetzung für jede Einkommensverteilung ist mit dem realen Wachstum auf das Engste verbunden. Aber auch von den Einkommens- und Vermögens-Verteilungsplänen können bestimmte Wirkungen auf das allgemeine Wachstum ausgehen. Hier gibt es also Interdependenzen.

Kogon

Das wird wohl kaum von jemandem bestritten werden. Die Frage ist nur: Was tut man, um das eine oder das andere zu steigern, zu verändern? Welchen Einfluß will man auf die Entwicklung nehmen?

Verdoorn

Wenn die I.C.I. ihren Arbeitern Anteile gibt, von denen 50 Prozent nach zwei Jahren wieder auf dem Kapitalmarkt angeboten werden, wird dadurch dem Kapitalmarkt Geld entzogen und dem Konsum zugeleitet, das sonst anderweitig investiert worden wäre. Meiner Ansicht nach hat Herr Krelle recht, daß dadurch die Investitionsrate gekürzt wird.

Preiser

Ich gehöre der Religion vom wirtschaftlichen Wachstum auch nicht an, Herr Schumacher. Wenn die Gesellschaft eine gleichmäßigere Verteilung vorzieht und dafür ein langsames Wachstum in Kauf nimmt: warum nicht? Man könnte dagegen höchstens einwenden, wir seien durch den internationalen Wettbewerb gezwungen, das Wachstum zu forcieren.

Ich möchte jedoch auf einen gewissen Widerspruch bei Herrn Schumacher hinweisen. Er hat deutlich gesagt, daß für die Engländer die Frage der Vermögensbildung uninteressant sei; es werde alles unter dem Gesichtspunkt des Einkommens diskutiert. Dann hat er aber selbst zugegeben, daß man sich mit den Dividendenbeziehern ganz gut verständigen könne. Sie hätten großes Verständnis dafür, daß man investieren und das Geld zu diesem Zweck zurückhalten muß. Sie sehen in ihrem Gewinn also kein frei verfügbares Einkommen, sondern verstehen die Notwendigkeit der Investition. Das ist genau der Punkt, an dem wir bei unseren Investivlohnplänen auch stehen.

Schumacher

Ich sagte, eine allgemeine Diskussion über dieses Thema bestehe nicht, hingegen gäbe es auch private Initiativen, wie zum Beispiel bei der von mir zitierten Firma. Das widerspricht sich nicht.

Klug

Ist Ihnen bekannt, Herr Schumacher, daß in England jetzt ein staatlicher Investmentfonds mit kleingestückelten Zertifikaten gegründet werden soll, wobei das Geld über die Börse in Aktien angelegt wird?

Einen ähnlichen Plan hat die SPD in Karlsruhe auf dem letzten Parteitag vorgelegt, allerdings wird dabei nicht von einer staatlichen, sondern von einer gemeinnützigen Investmentgesellschaft gesprochen.

Schumacher

Die Labour-Regierung möchte Einfluß auf die Wirtschaft gewinnen, und zwar nicht nur durch Gesetz, sondern auch durch Kapital. Sie denkt daher daran, einen solchen Investmentfonds zu gründen. Das Geld soll in diese öffentliche Stelle fließen, anstatt automatisch in die privaten Banken oder Versicherungsgesellschaften, so daß auf diese Weise eine sozusagen kalte Teil-Sozialisierung zustande kommt. Eine öffentliche Stelle bekommt durch Aktienaufkauf ein gewisses Mitspracherecht in den verschiedensten Firmen - ohne irgendwelchen Zwang.

Klug

Hat man denn die Hoffnung, daß tatsächlich sehr viele Gelder in diesen Fonds hineinfließen, wenn er staatlich ist?

Schumacher

Im Augenblick ist noch alles spekulativ. Es gibt bisher keine Gesetzesvorlage. Man hat aber sehr große öffentliche Mittel aus der Sozialversicherung und so weiter, die hier Verwendung finden könnten.

Kogon

Das, was Herr Schumacher sagte, gehört in den Rahmen dessen, was Herr Meinhold darlegte. Es handelt sich dabei um systemkonforme Mittel. Allerdings wird die Frage, ob systemkonform oder systemkonträr, in England überhaupt nicht erörtert. Man will lediglich mehr Einkommen schaffen.

Schumacher

Und außerdem wollen wir die Ansammlung von großem Reichtum in den Händen weniger verhindern.

Preiser

Ich hatte eigentlich gedacht, man könne der Laborregierung etwas mehr Kredit geben, als das Herr Schumacher tut. Er sagte, man wolle das Einkommen steigern. Natürlich will man das. Die Voraussetzung dafür ist, daß man die Produktivität steigert. Darauf hat Herr Krelle eindeutig hingewiesen. Das wiederum heißt aber, daß man, genau wie bei uns in der Landwirtschaft, unrentable Betriebe entweder stilllegt oder rationalisiert, also Rationalisierungsinvestitionen vornimmt.

Das ist der Kern der Sache. Die englische Industrie ist ja - wenn ich recht unterrichtet bin - nicht durchweg auf dem neuesten Stand, und Rationalisierung war schon die Devise, unter der seinerzeit die Nationalisierung des Kohlenbergbaus stand. Jetzt steht die Rationalisierung wieder zur Debatte - die Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz zeigen es deutlich genug.

Ich meine, wir sollten die Probleme in England unter diesem Gesichtspunkt sehen. Sie liegen natürlich ein wenig entfernt von unseren Problemen, und man muß England wohl als Sonderfall betrachten.

Krelle

Das, was uns Herr Schumacher berichtete, ist ja alles eine Vermögensumverteilung, nur mit anderen Methoden. Deshalb kann man durchaus sagen, daß das Problem der Vermögensumverteilung auch in England diskutiert wird, allerdings nicht unter diesem Stichwort. Man spricht statt dessen von Sozialisierung, Besteuerung der Gewinne und ähnlichem. Das aber ist Vermögensumverteilung.

Meinhold

Ich halte das, was Herr Schumacher gesagt hat, für sehr fruchtbar und eindeutig. Wir können es vielleicht unter den Schlagworten begreifen, die bei uns lange Zeit kursierten: Vermögensumverteilung für alle und Vermögensumverteilung für jeden einzelnen. Für alle heißt: über die Gemeinschaft; für jeden einzelnen heißt: über Individualeigentum.

Herr Schumacher sagte, in England wird nicht über die Vermögensumverteilung für jeden einzelnen, worüber wir heute abend zu diskutieren haben, gesprochen, sondern über die Vermögensumverteilung für alle. Das ist eine klare Antwort, und ich finde sie auch völlig verständlich.

Kogon

Das ist eine gute Schlußformel.

Darf ich jetzt einen der holländischen Freunde bitten, etwas über die Niederlande auszusagen.

Hoefnagels

Will man von der Frage der Vermögensbildung, wie sie sich in Holland stellt, ein richtiges Bild bekommen, muß man sie im Rahmen des holländischen Soziallebens sehen. Seit Jahren wird über Eigentumsbildung diskutiert, die in konfessionellen Kreisen oft als eine der wichtigsten sozialen Reformen befürwortet wurde. In den letzten Jahren wandelten die Befürworter dieser Reform den Begriff um, indem bestimmte Sozialpolitiker und Arbeiterführer es vorzogen, von Eigentumsstreuung zu sprechen. Sie wollten damit zum Ausdruck bringen, daß keine Neubildung von Vermögen mehr notwendig sei, weil die Wirtschaft ja schon fortdauernd neues Vermögen bilde. Das Problem sei nur, wie dieses sich immer neu bildende Vermögen so gestreut werden könne, daß jeder davon etwas empfangt.

Die Idee kam also aus konfessionellen Kreisen. Im sozialistischen Lager stand man ihr lange ein wenig mißtrauisch gegenüber man beteiligte sich kaum an der Auseinandersetzung. Das hat sich jedoch inzwischen geändert. Die Sozialisten wurden durch eine Meinungsbefragung belehrt, daß sich ein großer Teil der Arbeitnehmer an einem gewissen Besitz interessiert zeigte. Das konnte für ihre Politik nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Es machte die Sozialisten oft stutzig, daß konservative Elemente auf konfessioneller Seite manchmal Vermögensbildung in Gegensatz zu Sozialversicherung stellten. Dadurch verfiel sich die Auseinandersetzung oft in einer falschen Problemstellung: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand oder Verbesserung der Sozialversicherung. Heute ist das überholt. Es ist allen Parteien klar geworden, daß es hier keinen Gegensatz geben soll. Mit Eigentum ist heute keine soziale Sicherheit mehr aufzubauen. Die Streuung des Besitzes soll daher vor allem als ein Mittel zur Erweiterung der Freiheit angesehen werden.

Die staatliche Eigentumspolitik kennt dieselben Maßnahmen wie in Deutschland: Steuervergünstigungen, Sparprämien und Vorteile für Unternehmer, die ihren Mitarbeitern durch freiwillige Leistungen zu Besitz verhelfen. Die Privatisierung von Staatseigentum gab es in Holland nicht. Diese Frage wurde - wenn auch schon einmal erörtert - nie ernstlich diskutiert.

Die Ergebnisse dieser Bemühungen sind in den Niederlanden, genau wie in Deutschland, nicht gerade zufriedenstellend. Es wird doch immer nur eine kleine Gruppe erfaßt. Auch in Holland ist mit den Sparprämien Mißbrauch getrieben worden. Der bedeutendste Beitrag zur Vermögensbildung bei Arbeitnehmern muß wohl den Initiativen einiger Unternehmer zugeschrieben werden, die ihren Arbeitnehmern mit Vergünstigungen, Gewinnbeteiligungen und Wohnungsbau zu Besitz verhelfen.

Bemerkenswert ist übrigens, daß es in den Niederlanden im Vergleich zu Deutschland erheblich weniger Eigentumswohnungen gibt. Sicherlich hängt der stärkere Drang zum eigenen Haus in Deutschland mit dem Kriegsgeschehen zusammen.

Vor kurzem haben sich die drei holländischen Gewerkschaftszentralen, die evangelische, die katholische und die sozialistische, über das Programm einer "Eigentumsbildung durch Vermögenszuwachsverteilung" geeinigt. In der Benennung erkennt man noch die Spuren eines Kompromisses. Es handelt sich im wesentlichen um das, was man in Deutschland den Investivlohn nennt. Aber dieses Wort wird in diesem Programm in einem anderen Sinn verwendet. Der Grundgedanke ist der folgende: Die in der Industrie investierten Gewinne bilden ständig neues Vermögen. An diesem neugebildeten Vermögen sollen jetzt auch die Arbeitnehmer teilhaben, und zwar in Form von Aktien.

Ich bin ungenau, wenn ich von einem Programm spreche. Es handelt sich um eine Broschüre über eine Studie, die den Rahmen eines Aktionsprogrammes liefern sollte. Sie ist von den Führern der drei Gewerkschaftszentralen verfaßt worden und wurde von den Zentralen selbst veröffentlicht. Die entscheidende Frage, mit der man sich auseinandersetzen muß, geht auch hier darauf hinaus, wie man verhindern kann, daß die Arbeitnehmer ihre Aktien verschleudern, sobald sie sie in Händen haben.

Nach diesem Programm sollen die den Arbeitnehmern zufallenden Aktien in Investmentgesellschaften untergebracht werden, die für die Unternehmen eines oder auch mehrerer Industriezweige gebildet werden. Die Modalitäten sind in den Tarifvereinbarungen festzulegen. Die Verwaltung muß so gehandhabt werden, daß eine Verschleuderung, die makroökonomisch zu einer Störung des Gleichgewichtes zwischen Investition und Konsum führen würde, verhindert wird. Dazu werden zwei Wege vorgeschlagen: Einmal kann man bestimmen - wie es auch in den deutschen Vorschlägen vorgesehen ist;- daß die Aktien der Investmentgesellschaft während einer gewissen Anzahl von Jahren nicht verkauft werden dürfen. Ein anderer Vorschlag empfiehlt, den Aktienbesitzern das Festhalten ihrer Anteile dadurch vorteilhaft zu machen, daß man hohe Reserven bildet und dazu den Kurs niedrig hält. So würde ein Anreiz zur Festlegung des Geldes auf längere Zeit geschaffen werden.

Bezüglich der Konkretisierung eines solchen Programms geht man von dem Gedanken aus, daß die Gewerkschaften erst einmal dort beginnen sollten, wo die Möglichkeiten günstig sind, wo also die Industrie kapitalkräftig oder die Kapitalquote hoch ist. Aus den Erfahrungen dieses Experimentes wird man dann über das weitere Vorgehen entscheiden können. Anscheinend will man jetzt schon in harten Tarifverhandlungen mit verschiedenen Unternehmen darüber diskutieren. Dabei denkt man auch an die Möglichkeit, branchenmäßige Rahmenverträge zu schaffen.

Kogon

Also für ganz bestimmte Branchen und innerhalb dieser Branchen nur in ganz bestimmten Unternehmen?

Hoefnagels

So genau kann man es nicht formulieren, denn es wird nicht so ausgesprochen. Es ist vielmehr die praktische Konsequenz, die man aus den von mir hier erörterten Ausführungen ziehen kann und die auch schon von verschiedenen Gewerkschaftsführern gezogen wird. Es ist nun einmal so, daß - praktisch gesehen - die Dinge in der mechanischen und chemischen Industrie verhältnismäßig einfach liegen, so daß die zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre dort eine rahmenmäßige Vereinbarung anstreben werden, die dann aber noch die Möglichkeit offenläßt, in den einzelnen Unternehmen über das tariflich Vereinbarte durch Unternehmensvereinbarungen hinauszugehen. Es sei hier noch bemerkt, daß das "Programm": Bezitsvorming door vermogensaanwasdeling (Vermögensbildung

durch Vermögenszuwachsverteilung) eigentlich eine Art praktischer Philosophie zu entwickeln beabsichtigt, die die Gewerkschaften stimulieren will, in dieser Richtung Initiativen zu entfalten.

Kogon

Wie schätzen Sie die Aussichten der Realisierung ein?

Hoefnagels

Da gibt es sicherlich noch juristische Schwierigkeiten. Die Regierung zeigt sich aber geneigt, an einer Realisierung dieser Gedanken mitzuarbeiten. Meines Erachtens wird es nicht lange dauern, bis wenigstens ein Anfang gemacht wird. Im Baugewerbe scheinen die Tarifpartner im Prinzip schon einig geworden zu sein, so etwas wie einen "Leber-Plan" durchzuführen, sobald die praktische Ausführung ernstlich studiert worden ist. In einigen industriellen Unternehmen kann man schon im Jahre 1965 Versuche erwarten.

Kogon

Mit gesellschaftlicher Relevanz?

Hoefnagels

Das ist schwierig zu sagen. Diese Gedanken sind wenigstens in dieser technischen Form - noch zu neu, als daß sie sofort allgemeinen Anklang fänden. Es gibt Gewerkschaftsfunktionäre, die die Unternehmer schon seit Jahren in den Verhandlungen mit diesen Gedanken vertraut gemacht haben. Aber andere Gewerkschaftsfunktionäre stehen ihnen nicht weniger fremd gegenüber als die Unternehmer, und nur im ersten Fall kann man sich einen baldigen Erfolg versprechen.

Die Broschüre der Gewerkschaften geht in ihren Ausführungen über diesen Grundgedanken hinaus. Die Verfasser sind sich darüber klar, daß diese Form der Eigentumbildung nur in Industrien mit hoher Kapitalquote möglich ist. In anderen Industrien und im Dienstleistungssektor ist sie nicht anwendbar. Damit nun die Eigentumsstreuung allen Arbeitnehmern zugute kommen kann, sehen sich die Verfasser gezwungen, das Programm so zu erweitern, daß auch dort Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ermöglicht wird, wo man kaum oder überhaupt nicht neu investiert. Es wird eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die darauf hinzielen, daß keine Gruppe zu fürchten braucht, sie könne zu kurz kommen. Beispielsweise sollte der Staat für seine Arbeitnehmer einen zusätzlichen Lohn in einen Investmentfonds einzahlen.

Den Verfassern ist andererseits bewußt, daß hier Schwierigkeiten auftreten werden, weil überall dort eine preiserhöhende Wirkung nicht zu vermeiden sein wird, wo die Vermögensbildung nicht durch eine Beteiligung an aus Gewinnen finanzierten Neuinvestitionen vorgenommen werden kann. Sie beschäftigen sich jedoch kaum damit, weil es ihnen zunächst nur um die Umverteilung des jährlich in der Industrie investierten "Reichtums" geht. Sie denken hier pragmatisch: Man soll einfach dort anfangen, wo die Möglichkeiten liegen, dann wird sich schon zeigen, wie denjenigen geholfen werden kann, die zurückbleiben. Wenn einmal ein beträchtlicher Teil der Arbeitnehmerschaft im Besitz eines bestimmten Vermögens ist und dieser Besitz gesellschaftlich bewertet wird, dann entsteht zwangsläufig die Notwendigkeit, auch für die Zurückgebliebenen eine Lösung zu suchen.

Nur das konkrete Experiment kann zeigen, wie man weitergehen muß. Ich erachte es persönlich sogar für wahrscheinlich, daß auch in der Lohnstruktur Änderungen folgen werden. Die Gewerkschaften machen sich nicht allzu viele Sorgen über derartige Konsequenzen. Sie sehen die Tatsache, daß zur Zeit das gesamte sich zusätzlich bildende industrielle Vermögen nur bei einer kleinen Gruppe von "Kapitalisten" verbleibt. Diesem Mißstand soll abgeholfen werden; mit den Folgen wird man schon fertig werden. Jedenfalls wird auch dem Arbeitnehmer, der zunächst nicht an der Vermögensbildung teilnimmt, nicht dadurch geschadet, daß ein Teil des Reichtums der großen Besitzer seinen Kollegen zufällt.

Es ist interessant zu beobachten, daß man in Holland auf diesen Plan der Gewerkschaften viel weniger stark reagiert hat als in der Bundesrepublik, wo der Leber-Plan eine so rege Diskussion auslöste. Die Broschüre der Gewerkschaften ist Anfang August 1964 veröffentlicht worden, und es wurden einige wenige Artikel darüber geschrieben. Jetzt aber wird kaum noch davon gesprochen. Das wird sich wahrscheinlich erst ändern, wenn eine Gewerkschaft das Programm in konkrete Forderungen umsetzt. Auch in Deutschland ist ja erst seit der Veröffentlichung des Leber-Plans die Diskussion ernsthaft aufgenommen worden.

Einige Stellungnahmen gibt es jedoch. Vorweg natürlich die Unternehmer, die sich negativ dazu äußerten. Auf der Suche nach Einwänden haben sie alles mögliche vorgebracht, zum Beispiel auch die ausländische Konkurrenz - ähnlich wie man hier in Deutschland gegen Herrn Leber argumentiert hat. Was mich persönlich enttäuscht, ist die Haltung der katholischen Unternehmer, die sich immer so stark für die Eigentumsbildung gemacht haben. Nun aber, da ein konkreter Plan auftaucht, hört man keine positive Äußerung. Auch die meisten repräsentativen Nationalökonomien sind gegen diese Pläne eingenommen, was allerdings angesichts der holländischen Verhältnisse zu erwarten war.

Das wäre ein Überblick über die Situation in Holland.

van der Burg

Wenn ich Herrn Hoefnagels auch im großen und ganzen zustimme, bin ich doch mit einigen Punkten nicht einverstanden. So haben sich zum Beispiel die Unternehmer nicht en bloc gegen die Initiative dieser Broschüre gewandt.

Hoefnagels

Die Unternehmerverbände! Die Kommentare ihrer Zeitschriften waren doch hier ablehnend.

van der Burg

Auch die Unternehmerverbände nicht! Die Arbeitgeber beraten noch über diese Frage und haben deshalb eine Kommission gebildet. Sie wollen in wenigen Monaten eine Antwort geben, haben sich aber bisher noch nicht geäußert. Als Mitglied dieser Kommission bin ich darüber orientiert.

Für Holland handelt es sich bei dieser Frage um ein makroökonomisches Problem. Man ist sich auch bei uns über eine breite Vermögensstreuung einig. Wenn man aber das Einkommen über den Produktivitätsfortschritt hinaus erhöht, kann das zur Inflation führen. Das hat natürlich in einem kleinen Land wie Holland, das einen so großen internationalen Handel treibt, sehr unangenehme Konsequenzen, zum Beispiel für die Zahlungsbilanz. Deshalb will man nur diejenigen Lohnerhöhungen durchführen, die im Rahmen des Produktivitätsfortschritts möglich sind. Von seiten der Gewerkschaftler wünscht man zusätzlich etwas mehr zu erreichen. Da dies makroökonomisch nicht angängig ist, verlangt man es in Form eines blockierten Einkommens. Das heißt dann Vermögenszuwachsbeitrag, Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs der Unternehmen.

Soweit mir bekannt ist, gibt es in Holland bereits dreihundertsechzig Privatunternehmen, die eine Gewinnbeteiligung eingeführt haben. Das ist aber meiner Ansicht nach etwas ganz anderes als Vermögenszuwachsbeitrag. Letztere bedeutet, etwas mehr zu bekommen, als jetzt makroökonomisch möglich ist. Eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand hat schon seit langem stattgefunden. In vielen Betrieben hat man Belegschaftsaktien oder Personalobligationen ausgegeben. Oder man hat sehr billige Hypotheken gewährt, damit sich die Mitarbeiter eigene Häuser bauen können. Es wäre notwendig, einen Unterschied zu machen zwischen dem, was die Leute bereits erhalten, und dem, was sie makroökonomisch eigentlich nicht bekommen dürften, was auch die Herausgeber der Broschüre zugeben.

Kogon

Wenn die Zuwachsrate zum Beispiel fünf Prozent beträgt, will man also darüber hinausgehen?

van der Burg

Man will in der Tat noch mehr haben. Da dies aber die Inflation heraufbeschwören und Folgen für die Zahlungsbilanz haben würde, will man es jetzt mit der Vermögenszuwachsbeitrag versuchen. Dies bedeutet nichts anderes, als daß die Arbeitnehmer an dem Übergewinn, der also über den normalen Gewinn hinausgeht, beteiligt werden sollen, allerdings nicht in bar, sondern blockiert, damit keine makroökonomischen Konsequenzen auftreten.

Wenn aber in den Unternehmen, die sehr große Gewinne erzielen, eine Zuwachsbeitrag stattfindet, würden die Arbeiter dort mehr erhalten, als man anderswo bekommt. Deshalb müßte man den Beschäftigten in anderen Unternehmen auch etwas Zusätzliches zubilligen, und zwar in Form eines Investivlohnes. Dieser Investivlohn wäre dann aber wirtschaftlich überhaupt nicht mehr vertretbar, weil er dann auch von Unternehmen bezahlt werden müßte, die gar keinen Gewinn haben. Das ist meiner Meinung nach nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch vom Unternehmen aus gesehen in keiner Weise zu rechtfertigen.

Hoefnagels

Ich möchte dem noch etwas hinzufügen. In vielen Unternehmen bestehen Sparregelungen und Gewinnbeteiligungen. Belegschaftsaktien oder Personalobligationen gibt es aber nur in Ausnahmefällen.

Sie haben allerdings eine andere Terminologie als ich verwendet und auch die Zielsetzungen anders benannt. Sie sagten, es sei makroökonomisch nicht möglich, höhere Löhne zu zahlen, als der Produktivitätszuwachs zuläßt.

van der Burg

Ich möchte darauf hinweisen, daß meine Auffassung auch bei den Verfassern der genannten Broschüre zu finden ist.

Hoefnagels

Obwohl das nur indirekt mit unserem Problem zusammenhängt, möchte ich doch darauf hinweisen, daß damit nicht bewiesen ist, man dürfe die Löhne keinesfalls um einen größeren Prozentsatz erhöhen, als ihn die Zuwachsrate der Produktivität ausweist, ohne damit inflatorische Folgen heraufzubeschwören. Darin gipfelt ja das Problem der expansiven Lohnpolitik, wie sie manchem deutschen Gewerkschaftler vorschwebt. Wenn freilich Lohnerhöhungen, die über den Produktivitätszuwachs hinausgehen, in die Preise einkalkuliert werden können, ist expansive Lohnpolitik natürlich eine Illusion. Die Sache wird aber anders, wenn eine wirkliche Strukturänderung der Einkommensverteilung dadurch bewirkt wird, daß das, was der Arbeitnehmer mehr erhält, auf Kosten der Unternehmereinkommen geht.

Aber lassen wir dieses Problem beiseite und stellen wir uns der Hypothese, daß es nicht möglich ist, das Unternehmereinkommen anzutasten, ohne damit die Wirtschaft in Gefahr zu bringen. Muß man dann sagen, daß die Forderung der Arbeitnehmer nach einer Beteiligung an den investierten Gewinnen der Unternehmen makroökonomisch unvertretbar sei?

van der Burg

Die jetzigen Forderungen der Arbeitnehmer berücksichtigen diese makroökonomisch ungünstigen Folgen und verlangen deshalb keine Lohnerhöhung in Bargeld.

Hoefnagels

Aber ich möchte nur von Ihnen hören, ob man makroökonomisch etwas gegen den Gedanken der Gewerkschaften einbringen kann.

van der Burg

Nein, im allgemeinen kann man das nicht.

Hoefnagels

Was Sie weiterhin sagten, halte ich nicht für so wichtig. Wenn man in der Industrie beginnt und die Sache läuft, müßten natürlich auch die Beschäftigten in den anderen Bereichen etwas bekommen. Ich bin der Meinung - und diese Meinung habe ich auch in der holländischen Öffentlichkeit vertreten; -, daß eine sofortige Durchsetzung des gesamten Programms der Gewerkschaften eine Katastrophe für die holländische Wirtschaft bedeuten würde. Die Gewerkschaften aber beabsichtigen vorläufig nur die Durchsetzung des Grundgedankens. Die Probleme, von denen Herr van der Burg spricht, werden sich auf die Dauer bestimmt stellen; denn sollte sich zeigen, daß diese Vermögensbildung dem Arbeitnehmer etwas wert ist, werden auch die Zurückgebliebenen etwas Ähnliches verlangen. Es ist volkswirtschaftlich unmöglich, diese Gruppe auf die Dauer in einer benachteiligten Position zu belassen. Die Vorschläge, die diese Broschüre für solche Gruppen enthält, sollen aber nicht allzu ernst genommen werden. Meines Erachtens geht es dem Verfasser dabei vor allem darum, nicht den Eindruck zu erwecken, daß bestimmte Arbeitnehmerkreise für die Dauer keine Berücksichtigung finden werden.

Ich komme hier noch einmal auf den Gedanken zurück, daß die Durchsetzung der Gewinnbeteiligung in Form von Aktien wahrscheinlich nicht ohne Folgen für die Lohnstruktur bleiben wird. Man wird natürlich versuchen müssen, für die Gruppen, die nicht in der Form von Beteiligungen an investierten Gewinnen Vermögen bilden können, Wege zu finden, die keine allzu großen Preissteigerungen

bewirken. Wo das praktisch nicht möglich ist, wird man sie auf andere Weise entschädigen müssen: Die geringeren Möglichkeiten institutionalisierter Vermögensbildung wird man einfach durch höhere Entlohnung kompensieren müssen.

Vorerst aber handelt es sich darum, einen Anfang damit zu machen, daß der ständig anhaltende Vermögenszuwachs nicht nur einer kleinen Gruppe von Großaktionären zufällt. Darauf werden die Forderungen der holländischen Gewerkschaften hinauslaufen.

Kogon

Geht irgendeine dieser Forderungen über die angenommene jährliche Zuwachsrate hinaus?

Hoefnagels

Dem Prinzip nach braucht die Zuwachsrate der Produktivität gar nicht berücksichtigt zu werden. Die Vermögensbildung wird ja aus den investierten Gewinnen gespeist und führt nicht zu zusätzlichem Konsum.

Vermögensbildung wirkt erst preiserhöhend, wo diese mit Bargeld finanziert werden muß und somit für den Arbeitgeber einer zusätzlichen Lohnerhöhung gleichkommt.

Der gesamte Verdienst des Arbeiters einschließlich des Lohnanteils, der nicht in den Konsum gegeben werden darf, übersteigt natürlich die Zuwachsrate. Es muß jedoch dafür gesorgt werden, daß das konsumfähige Einkommen nicht darüber hinausgeht, damit unnötige Preissteigerungen vermieden werden.

Radke

Ist bei den holländischen Plänen der Produktivitätszuwachs unternehmensindividuell gemeint, oder geht man hier von der Größe des allgemeinen volkswirtschaftlichen Produktivitätszuwachses aus?

Hoefnagels

Nach dem Programm der Gewerkschaften sollte die Vermögensbildung im Prinzip nicht am Produktivitätszuwachs gemessen werden, sondern an der Größe der im einzelnen Betrieb investierten Gewinne.

van der Burg

Über einzelne Unternehmen haben wir noch nicht gesprochen. Die Arbeitnehmervertreter, die diesen Bericht verfaßten, haben überlegt, wie die Arbeitnehmer zusätzlich etwas bekommen können, ohne daß gesamtwirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen. Da gibt es nur eine Lösung, nämlich einen solchen Mehrbetrag nicht in Bargeld zu bezahlen, sondern zu blockieren.

Wie soll das nun in der Praxis durchgeführt werden, wenn man sich über die makroökonomischen Bedingungen einig ist? Man will also mit denjenigen Unternehmen beginnen, die verhältnismäßig große Gewinne haben. Was sind große Gewinne? Zunächst muß der Normalgewinn bestimmt werden. Dieser muß die Kosten decken und die Abschreibungen enthalten. Außerdem sind darin fünf oder sechs Prozent Dividende für die Aktionäre zu berücksichtigen. Geht der Gewinn darüber hinaus, kann man in dem betreffenden Unternehmen auf diesen Mehrgewinn zurückgreifen. Bis zu diesem Punkt habe ich in wirtschaftlicher Hinsicht keine Bedenken. Das ist logisch.

Nun will man aber auch für diejenigen Beschäftigten, die nicht in gut verdienenden Industrien tätig sind, für Beamte, Staats- und Behördenangestellte entsprechend mehr fordern. Das hat dann aber nichts mehr mit der Unternehmensproduktivität zu tun, auch nichts mit Gewinn. Das ist vielmehr der Investivlohn, und dieser kann sich im makroökonomischen Sinne natürlich nur inflationär auswirken.

Wallraff

Das wäre zu diskutieren!

Leber

Bei der Diskussion über die Ausführungen von Herrn Hoefnagels muß man daran denken, daß sich die holländische Lohnpolitik und das holländische Lohnsystem prinzipiell von dem unterscheiden, was wir in der Bundesrepublik darunter verstehen.

In Holland wurde die Lohnpolitik stark von einem staatlichen Lohnpool aus beeinflusst, der die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften sehr einschränkte. Die von der zentralen Lohnkommission herausgegebenen Weisungen orientierten sich an der nationalen Zuwachsrate des Sozialproduktes, also an der volkswirtschaftlichen Produktivität. Was darüber hinausging, überstieg nach holländischem Denken den Zuwachs des Sozialproduktes nach der Formel der Lohnkommission.

Krengel

Das ist allerdings seit einem Jahr praktisch aufgegeben worden.

Meinhold

Das Ganze ist eine Frage der Größenordnung, die wir ohne genaue Details gar nicht entscheiden können. Ich will versuchen, das an einigen simplen Zahlen klarzumachen: Wir haben ein Sozialprodukt von 100. Das steigt jährlich real um fünf Prozent. Wir haben eine Lohnquote von 60. Diese Lohnquote, die ich mit der Konsumquote einmal gleichsetze - genau kommt das nicht hin;- , möge produktivitätsorientiert steigen, also auf 63. Zwei Prozent vom Wachstum bleiben übrig, die nicht in die produktivitätsorientierte Lohnpolitik gehen. In diesen zwei Prozent sind normalerweise ungefähr $1\frac{1}{2}$ Prozent zusätzliches Unternehmereinkommen enthalten. Wenn nun diese $1\frac{1}{2}$ Prozent umverteilt werden, so daß die Arbeitnehmer etwa $1\frac{1}{2}$ Prozent und die Unternehmer immer noch ein Prozent bekommen, dann wirkt das im Prinzip nicht inflatorisch. Werden jedoch bei drei oder vier Prozent Investivlohn die fünf Prozent, die insgesamt zur Verfügung stehen und von denen drei Prozent bereits für die produktivitätsorientierte Lohnpolitik verbraucht sind, überschritten, dann wirkt das inflatorisch.

Kogon

Geht der Leber-Plan über diese fünf Prozent hinaus?

Meinhold

Nein, an sich nicht.

Kogon

In den Niederlanden will man aber sehr wohl darüber hinausgehen.

Meinhold

Das können unsere niederländischen Freunde uns im Augenblick offenbar noch gar nicht sagen. Ich vermute, daß man innerhalb dieser $1\frac{1}{2}$ Prozent bleibt, die zur Umverteilung praktisch zur Verfügung stehen, weiß es aber nicht genau.

Hoefnagels

Ich habe gerade aus gewerkschaftlichen Kreisen gehört, daß man die 1,5 Prozent des Herrn Leber für sehr niedrig hält. Die in dem Programm genannten Zahlen liegen ebenfalls höher. Das braucht aber gar nicht preiserhöhend zu wirken, weil es hier um Gewinne geht, die doch im Betrieb bleiben. Der einzige Unterschied liegt darin, daß die alten Aktionäre nun nicht mehr auch noch die alleinigen Eigentümer des neugebildeten Vermögens werden, sondern daß die Arbeitnehmer Aktien bekommen, die einen Teil dieses neugebildeten Vermögens repräsentieren. Sie erhalten also kein zusätzliches konsumfähiges Geld. Das Problem der Inflation tritt also hier gar nicht auf.

Preiser

Es ist vorhin das Wort expansive Lohnpolitik gefallen. Das ist etwas anderes als das, wovon wir hier sprechen. Wir müssen genau sein. Was zunächst die Lohnerhöhung im Rahmen der Produktivität angeht, so zementiert sie die gegebene Verteilung und läßt auch die Quoten gleich. Will man die Einkommensverteilung ändern, so kommen also nur Lohnerhöhungen in Betracht, die über den Fortschritt der Produktivität hinausgehen.

Sie können erstens expansiv sein. Das wollten die Gewerkschaften bis heute fast immer: zusätzliches Einkommen zur völlig freien Verwendung. Eine solche Lohnerhöhung geht jedoch zwangsläufig in die Preise. Das andere ist die Investivlohnpolitik. Hierbei steigen, wenigstens gesamtwirtschaftlich gesehen, die Preise nicht.

Kogon

Doch, auch das kann sich preiserhöhend auswirken.

Preiser

Dem einzelnen Unternehmer mag es gelingen, die Preise zu erhöhen. Insgesamt gelingt es nicht, weil eine inflationistische Entwicklung voraussetzt, daß von der Nachfrageseite her die Möglichkeit besteht, die Kosten zu überwälzen. Wenn diese Möglichkeit nicht besteht - der Mehrlohn wird ja nicht ausgegeben, sondern gespart;- , gelingt die Umwälzung, jedenfalls global gesehen, nicht. Vielleicht können wir uns auf diese Feststellungen einigen.

Kogon

Das bliebe aber innerhalb der normalen Lohnpolitik und würde noch nicht das heute zur Debatte stehende Problem umfassen.

Preiser

Doch! Wenn man über die Produktivität hinausgeht, bedeutet das entweder expansive Lohnpolitik, wo der einzelne mit dem Mehrgeld machen kann, was er will. Das wirkt inflationistisch. Oder das zusätzliche Einkommen wird blockiert, dann ist es Investivlohnpolitik. Eine Investivlohnpolitik im Rahmen der Produktivität dagegen istbarer Unsinn. Darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren.

Meinhold

Es kann aber trotzdem im Rahmen des Zuwachses des gesamten Sozialproduktes bleiben, auch wenn es periodisch über die Produktivitätssteigerung hinausgeht.

Preiser

Das habe ich nicht geleugnet. Investivlohn innerhalb der Produktivität aber wäre ein Unsinn, denn dann könnten die Unternehmer das Mehrprodukt aus dem Produktivitätsfortschritt nicht absetzen. Wohin sollen sie mit ihrer Produktion? Das könnte auch niemals der Wunsch der Unternehmer sein, die in diesem Falle die Preise senken müßten; und das wollen sie nicht, denn ein Preissenker ist doch ein unehrenhafter Mensch.

Kogon

Es zeigt sich, daß diese Länderberichte nicht nur als Information nützlich sind, sondern daß sie auch ein Präludium für die Hauptthematik darstellen, in die wir einsteigen werden, wenn wir nun noch Herrn Rogiers für Belgien und Herrn Wenger für Österreich gehört haben.

Rogiers

In Belgien wird die Vermögensbildung in direkter Verbindung mit der Einkommensbildung zur Zeit noch nicht diskutiert. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß man sich keine Gedanken oder Sorgen über die Vermögensbildung macht. Die Form unterscheidet sich aber völlig von dem, was hier soeben aus den Niederlanden berichtet wurde, wo sich das Problem der Vermögensbildung mit der Lohnpolitik verbindet. Man bleibt bisher nicht ohne Erfolg dabei, mehr Instrumente der Ersparnisbildung anzuwenden, um die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu realisieren - vor allem im Hinblick auf das Eigenheim.

Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir in Belgien inzwischen über die eigentliche Lohnpolitik hinaus sind. Wir versuchen, in der nächsten Phase der wirtschaftlichen Entwicklung nunmehr Einkommenspolitik zu betreiben. Bei den Problemen einer allumfassenden Einkommenspolitik treten zum Teil auch Fragen der Vermögensbildung auf. In dieser Richtung ist man aber noch nicht weit gediehen, weil die Gewerkschaften mit den Grundlagen einer Einkommenspolitik bisher nicht ganz einverstanden sind.

Kogon

Können Sie uns noch etwas über die Form der Einkommenspolitik sagen?

Rogiers

Wenn man über Einkommenspolitik spricht, will man nicht nur die Lohnpolitik, die in Belgien seit 1945 immer frei, das heißt, durch kollektive Verträge zwischen Industrieverbänden und Gewerkschaften geregelt gewesen ist, sondern auch die anderen Einkommensformen einbeziehen. Bei der Besprechung des Wirtschaftsprogramms für die Zeit von 1962 bis 1965 hatte die Regierung ihre Absicht mitgeteilt, die Einkommenspolitik als eines der möglichen Mittel zur Verwirklichung des Programms zu verwenden. Als Einkommensarten kann man zum Beispiel unterscheiden: Löhne und Gehälter, Einkommen der Selbständigen, Einkommen der Gesellschaften, Zinsen, Mietgelder und so weiter. Es ist dabei deutlich, daß vor allem die Einkommen der Selbständigen - unter anderem der freien Berufe - und der Gesellschaften in erster Linie durch die Preise determiniert werden. In diesem Sinne müssen die Preise als eine spezielle Art des Einkommens betrachtet werden.

Außerdem muß bei der Einkommenspolitik auch die sekundäre Einkommensbildung berücksichtigt werden, die ebenfalls auf die Preise Einfluß nimmt. Eigentlich möchte man zu einer Einkommens- und Preispolitik kommen.

Kogon

Das ist aber keine spezifische Einkommenspolitik mehr.

Radke

In der Sowjetunion senkt man auch die Preise und behauptet, damit Einkommenspolitik zu machen.

Albrecht

Ich habe insbesondere die französischen Bemühungen verfolgt, und was ich soeben aus Brüssel höre, geht in eine ähnliche Richtung. Weiterhin wurde uns Mitte Dezember 1964 aus London ein Statement über "Preise, Einkommen und Löhne" vorgelegt, das ich sehr eingehend durchgearbeitet habe. Danach scheint mir die Einkommenspolitik - international gesehen - zwei Zielsetzungen zu haben: In einigen Staaten ist sie speziell auf die wirtschaftspolitische Aufgabe der Sicherung der Geldwertstabilität ausgerichtet. In anderen Staaten dagegen gilt die Einkommenspolitik als ein Schritt zur Vermögenspolitik, ist also mehr gesellschaftspolitisch - vielleicht kann man sogar kritisch sagen: ideologisch - ausgerichtet.

Diese beiden Zielsetzungen muß man auseinanderhalten, wenn man über die Tauglichkeit der Einkommenspolitik in der einen oder anderen Form entscheiden will.

Paelinck

Man sollte bei diesen Fragen einen kurz- und einen mittelfristigen Aspekt unterscheiden. In Frankreich und Belgien besteht das Problem darin, die mittelfristige Einkommenspolitik in die allgemeine mittelfristige Wirtschaftspolitik einzuschleusen. Was Herr Rogiers über Einkommenspolitik als Regulierungspolitik der Preise sagte, scheint mir ein kurzfristiger Aspekt zu sein. Mittelfristig könnte das Ziel eines realen Wachstums von bestimmten Einkommenskategorien in einer stabilen Preisatmosphäre sein, was man sowohl im ersten belgischen Expansionsprogramm als auch im fünften französischen Plan anstrebt. Man nennt das indikative Planung in konstanten Preisen. Dabei untersucht man, wieweit es möglich ist, mit einer bestimmten Einkommensverteilung, und zwar sowohl der Gehälter als auch der anderen Einkommenskategorien, ein bestimmtes Wachstum in mehr oder weniger stabilen Preisen zu erreichen.

Albrecht

Bei einer solchen längerfristigen Zielsetzung muß die Einkommenspolitik tatsächlich umfassend sein und darf sich nicht nur auf Löhne und Preise erstrecken, sondern muß darüber hinaus auch den Kapitalzins und vieles andere einschließen. Dann stellt sich aber die sehr grundsätzliche politische Frage: Kann eine derartige Einkommenspolitik die Tarifautonomie der Sozialpartner völlig frei lassen? Ich bezweifle das.

Meinhold

Das sind jetzt zwei verschiedene Ausgangspunkte. In Frankreich, teilweise auch in Belgien, geht man von einer bestimmten Wachstumsgröße aus. Um diese im Zuge der Planifikation zu realisieren, braucht man eine bestimmte Einkommenspolitik. Die Einkommenspolitik ist also eigentlich nur ein Mittel zur Verwirklichung der Planifikation und hat keine eigenen sozialpolitischen Kategorien.

Kogon

Noch nicht!

Meinhold

Diese bestehen nur insofern, als man fragt: Wieviel kann im Interesse der Planifikation den Gewerkschaften zugemutet werden? Das aber würde ich nicht als eine eigene Kategorie bezeichnen. Bei uns dagegen wird die Einkommenspolitik allein aus eigenen sozialpolitischen Kategorien heraus gesehen.

Kogon

Sie ist also ein selbständiger Hebel und nicht ein Instrument innerhalb eines größeren Zusammenhangs.

Krelle

Dann können wir diese Einkommenspolitik eigentlich nicht mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, dem Thema unseres Kreises hier, gleichsetzen. Das ist eine Sache für sich. Die Zielsetzung aller Pläne zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist eine gleichmäßigere Vermögensverteilung. Die Einkommenspolitik dagegen hat viele Zielsetzungen, zum Beispiel ein stabiles Preisniveau, Beschäftigungs- oder Regionalpolitik, Planerfüllung und andere Dinge, auf die Herr Meinhold eben hingewiesen hat.

Paelinck

Inwieweit bestimmte Lohnerhöhungen auf die Preise einwirken, läßt sich nicht allgemein theoretisch beantworten, weil das von den Strukturen in den einzelnen Industriezweigen abhängig ist und auch mit gewissen finanziellen Erfordernissen und ähnlichem zusammenhängt. Diese Dinge untersucht man jetzt besonders in Frankreich, um zu erfahren, wie sich das Inlandsprodukt auf die verschiedenen Einkommenskategorien ohne unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau verteilen läßt.

Kogon

In Belgien ist also das Problem noch nicht akut, wie man das Arbeitnehmereinkommen durch ein zusätzliches gebundenes Einkommen erhöhen kann. Das hat offenbar mehrere Ursachen.

Wir wollen ja kennenlernen, was dort vor sich geht, damit wir es mit dem vergleichen können, was in der Bundesrepublik geschieht.

Krengel

Machen wir es uns nicht etwas zu leicht, wenn wir in dieser Weise darüber hinweggehen?

Warum ist denn gerade in Belgien eine solche Haltung festzustellen? Vielleicht hängt das damit zusammen, daß dieses Land im Gegensatz zu anderen europäischen Nationen relativ ungeschoren durch den Krieg gekommen ist. Der ungeheure Bruch in der Bundesrepublik, in Frankreich und Italien, am schwersten aber in Holland, unterblieb in Belgien. Deshalb konnte die Entwicklung hier in traditionsgebundeneren Formen verlaufen.

Kogon

Heißt das, die Gesellschaftsstruktur sei dort gesünder?

Krengel

Nein, ich meine nur, daß sie unberührt ist.

Kogon

Können Sie Herrn Krengels Vermutung bestätigen, Herr Rogiers?

Rogiers

Das ist eine sehr schwierige Frage. Ich glaube, Herr Krengel hat teilweise zu Recht gesagt, daß wir uns in mehr traditionellen Denkkategorien bewegen.

Krengel

Das ist aber seit 1958 anders geworden.

Rogiers

Wir haben nach dem Krieg keine Investitions-, sondern eine konsumorientierte Wirtschaftspolitik betrieben. Eine investitionsorientierte Richtung kennen wir eigentlich erst seit 1958/1959. Vielleicht liegt da einer der Gründe, weshalb wir in Belgien noch traditionsgebundener denken, obwohl sich soziologisch die Dinge zur Zeit ändern.

Leber

Ich weiß von meinen belgischen Freunden und aus eigenen Erfahrungen, daß man sich in Belgien seit einiger Zeit intern sehr stark mit diesen Problemen beschäftigt. Sicherlich wird es nicht mehr lange dauern, bis man auch dort praktische Versuche in dieser Richtung unternommen wird. Das ist eine Entwicklungsfrage.

Kogon

Unter entsprechenden Voraussetzungen kann also ein positiver Effekt in einem Lande sich auch in anderen Ländern auswirken.

Hoefnagels

Es ist doch wichtig, sich gerade aus der Konkurrenzsituation heraus darüber Rechnung zu geben, was in anderen Ländern geschieht. Auf Grund meiner Erfahrungen in Frankreich, speziell mit den französischen Gewerkschaften, kann ich Ihnen versichern, daß dort der Gedanke einer Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gar nicht lebt. Ich muß das hinnehmen, auch wenn ich es bedauere.

Kogon

Das hat doch aber spezifisch französische Ursachen! Wir können also sagen, daß diese Ideen außer in der Bundesrepublik nur noch in den Niederlanden leben.

Preiser

Ich möchte das, was Herr Hoefnagels sagte, für Frankreich bestätigen. Ich habe gerade ein Vortragsmanuskript von Jean Marchai gelesen, der sich mit den Fragen der Einkommensverteilung wissenschaftlich sehr ausführlich auseinandergesetzt hat und sie jetzt auch in Zusammenhang mit der Planifikation bringt. Er erwähnt die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in seinem Manuskript mit keinem Wort. Die Planifikation bemüht sich, die Gewerkschaften im Rahmen des Produktivitätsfortschrittes zu halten. Das ist also nur eine andere Methode als unsere Seelenmassage. Es ist allgemein bekannt, daß die Planifikation ursprünglich entstand, weil die französische Industrie nachhinkte - als ein Mittel also, den Fortschritt zu fördern. Die Regierungsstellen und ihre Experten arbeiten den Plan unter Heranziehung der Praxis aus. Da die Banken verstaatlicht sind, hat man in Frankreich viel größere Möglichkeiten der Einflußnahme. Wenn jemand etwas tun will, was nicht im Plan steht, bekommt er einfach keinen Kredit.

Nun will man zu meinem allergrößten Erstaunen offensichtlich mit dem Plan gleichzeitig eine "stabilisation des prix" durchführen. Aber von Vermögensbildung ist keine Rede. Wenn also Belgien "relativ ungeschoren" geblieben ist, dann offenbar auch Frankreich, Herr Krengel. Vielleicht hängt es einfach mit der Mentalität der Romanen zusammen. Sie sind Individualisten und sagen, wir brauchen so etwas nicht - für die Preußen ist es vielleicht notwendig.

Kogon

Die Planifikation ist nicht gerade ein Musterbeispiel des Individualismus!

Zweig

Die Franzosen haben allerdings die ersten Gesetze zur Förderung der Ergebnisbeteiligung der Arbeitnehmer gehabt. Die deutschen Vorstellungen über die Vermögensbildung der Arbeitnehmer sind zum Teil von diesen französischen Gesetzen angeregt worden. Allerdings haben sich die französischen Vorstellungen nie durchgesetzt; sie sind nur Papier geblieben.

Kogon

Zum Abschluß der Länderberichte hören wir nun noch Herrn Wenger über Österreich.

Wenger

Die eigentumspolitische Problematik in Österreich ist derjenigen in Deutschland wohl am ähnlichsten. Allerdings war und ist die eigentumspolitische Diskussion in Österreich nie so in die Breite gegangen.

Man kann das Problem vielleicht am besten verstehen, wenn man kurz in die Geschichte zurückblendet. Bei uns hat der katholische Publizist Karl Freiherr von Vogelsang im 19. Jahrhundert jene eigentumspolitischen Ideen entwickelt, die später zum Teil in den Sozialenzykliken der Päpste, aber auch in den Programmen der christlichen Arbeiterbewegung und der Christlich-Sozialen Partei einen entsprechenden Niederschlag fanden. Vogelsang meinte, die christliche Soziallehre verlange, daß der Arbeiter selbst Eigentum an Produktionsmitteln erwerbe, indem er an seinem Betrieb beteiligt werde, Einfluß auf die Leitung habe und an seine Arbeitsstätte gebunden bleibe.

Das Programm der Christlich-Sozialen Partei von 1899 forderte "geeignete volkswirtschaftliche Maßregeln", die den Besitzlosen ermöglichen sollten, wieder Besitz oder doch wenigstens eine gesicherte Existenz zu erlangen. Diese allerdings nicht sonderlich präzisierende und konkretisierte Forderung wurde in den folgenden Jahrzehnten mehrmals wiederholt.

Demgegenüber war der österreichische Sozialismus stets relativ radikal für die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln eingetreten. Auf dem Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde der Einzelbesitz an Produktionsmitteln abgelehnt und der Übergang der Arbeitsmittel in den "gemeinwirtschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes" verlangt. Nach dem Ersten Weltkrieg beschloß dann das Parlament auf Initiative der Sozialisten die Errichtung einer Sozialisierungskommission und auch einige Sozialisierungsgesetze, die aber praktisch nicht zum Tragen kamen.

Außerdem hatten die strukturellen und konjunkturellen Schwächen der österreichischen Wirtschaft in der Ersten Republik in der praktischen Politik andere Fragen in den Vordergrund gerückt. Nur in Wien, das im Jahre 1921 selbständiges Bundesland geworden war und bis zum Jahre 1934 unter sozialistischer Führung stand, wurde im Wege einer Wohnbausteuer praktisch eine Sozialisierung des Hausbesitzes in die Wege geleitet. Im gleichen Maße, wie der soziale Wohnungsbau zunahm, ging die private Wohnbautätigkeit zurück. Heute befinden sich mehr als ein Fünftel aller Wiener Mietwohnungen im Eigentum der Gemeinde Wien. Es war sicher kein Zufall, daß das erste eigentumspolitische Projekt der Zweiten Republik, das einen realen Niederschlag fand, das Wohnungseigentumsgesetz vom 8. Juli 1948 war. Man wollte damit ein Gegengewicht gegen die Sozialisierung des Wohnungsbaus schaffen. Heute gibt es etwa vierzigtausend Eigentumswohnungen in Österreich; davon befindet sich rund die Hälfte in Wien, wo sie annähernd drei Prozent der bewohnten Normalwohnungen ausmacht.

Auf der anderen Seite fand in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg eine sehr weitgehende Verstaatlichung von Produktivvermögen statt. Das erste Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946 erfaßte die Grundstoffindustrie und die Großbanken, das zweite Verstaatlichungsgesetz vom 26. März 1947 die Elektrizitätswirtschaft. Die sozialistischen Sprecher im Parlament erklärten offen, sie sähen in der Verstaatlichung ein Instrument der Wirtschaftslenkung, zur Konjunkturstabilisierung und zum Umbau der Wirtschaftsstruktur. Der Arbeitnehmerflügel der österreichischen Volkspartei dagegen hoffte, über die verstaatlichten Unternehmungen durch Übergang der Aktien in das Eigentum der Belegschaft eines Tages das alte Projekt der Werksgenossenschaften realisieren zu können. Das gleichzeitig mit dem ersten Verstaatlichungsgesetz beschlossene Werksgenossenschaftsgesetz kam allerdings praktisch nicht zum Tragen.

Als dann im Jahre 1955 nach dem Abzug der Besatzungsmächte der Komplex des sogenannten "Deutschen Eigentums" der Republik anheimfiel, wurde 1956 ein Wahlkampf um die weitere Ausdehnung oder um die Einschränkung des staatlichen Produktivvermögens geschlagen, bei dem die Devise vom breitgestreuten Eigentum eine wesentliche Rolle spielte. Die siegreiche österreichische Volkspartei vermochte daraufhin eine Teilreprivatisierung der verstaatlichten Großbanken, deren Aktienkapital sich seit 1957 nur noch zu 60 Prozent im Eigentum der Republik befindet, durchzuführen. Sie setzte auch einen Verkauf der meisten Objekte des ehemaligen "Deutschen Eigentums" durch. Dabei wurden bei zwölf Unternehmen Volksaktien mit einer Gesamtnominale von 280 Millionen Schilling ausgegeben, wobei ein größeres Paket jeweils auch der Belegschaft zu Vorzugsbedingungen angeboten wurde. Diese Eigentums politik bestand also in einer Vermögensumverteilung, die die Konzentration des Produktivvermögens bei der öffentlichen Hand

etwas auflockerte. Private Großunternehmen in der Größenordnung wie etwa im Ruhrgebiet gibt es in Österreich nicht.

Der dritte Ansatzpunkt einer Eigentumspolitik war die steuerliche Begünstigung des Sparens, wie sie auch in anderen Ländern, darunter in der Bundesrepublik, gehandhabt wird. Dazu zählen das Sparbegünstigungsgesetz von 1953, das für dreijährig gebundene Spareinlagen und den Erwerb festverzinslicher Wertpapiere eine Steuerermäßigung gewährte. Seit 1957 ist allerdings nur noch der Erwerb von öffentlichen und von Energie-Anleihen begünstigt. Das Kontensparen genoß zwischen 1957 und 1962 keine, seither nur eine sehr bescheidene Begünstigung. Das Versicherungssparen wurde im Jahre 1954 durch eine Berücksichtigung beim Freibetrag für Sonderausgaben begünstigt, wobei es allerdings mit dem Bausparen und den Anzahlungen für Eigentumswohnungen konkurriert.

Bei allen diesen Maßnahmen ist zu beachten, daß sie - von den erwähnten Begünstigungen der Arbeitnehmer bei Volksaktienemissionen abgesehen allen Staatsbürgern, also nicht nur den Arbeitnehmern zugute kommen. In der Frage einer spezifischen Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist man bisher in Österreich über bloße Diskussionen und einige bescheidene Ansätze auf Betriebsebene kaum hinausgekommen. Einige Unternehmungen geben für bestimmte Leistungen, vor allem für langjährige Betriebszugehörigkeit, Mitarbeiteraktien aus. Desgleichen gibt es einige Partnerschaftsbetriebe.

Die politische Diskussion um eine spezifische Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wird vor allem von der Fraktion christlicher Gewerkschafter beziehungsweise vom Arbeitnehmerbund der österreichischen Volkspartei, dem ÖAAB, getragen, der in seinem letzten, im April 1964 beschlossenen Aktionsprogramm ein wirksames Sparprämienengesetz und ein Vermögensbildungsgesetz für Arbeitnehmer forderte. Die Fraktion christlicher Gewerkschafter erreichte bei der letzten Arbeiterkammerwahl im September 1964 zweiundzwanzig Prozent der Stimmen. Die Sozialistische Gewerkschaftsfraktion, die bei der Arbeiterkammerwahl 1964 achtundsechzig Prozent der Stimmen erhielt, steht der Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand skeptisch, wenn nicht überhaupt ablehnend gegenüber. So erklärte etwa der sozialistische Abgeordnete und einflußreiche Arbeiterkammer- und Gewerkschaftsfunktionär Dr. Staribacher bei einer Diskussion im Mai vorigen Jahres: Solange es breiten Schichten der österreichischen Arbeitnehmer noch vielfach an mittel- und langfristigen Konsumgütern fehle, könne man andere Ziele nicht realisieren. Er meinte, es sei als gewerkschaftliches Ziel lohnender und optisch wirksamer, das Mitspracherecht der Arbeitnehmer in der bestehenden Eigentumsordnung zu verstärken und den Entartungen dieser Eigentumsordnung durch eine Kräftigung der "Kontrollfunktion" entgegenzuwirken, als zu versuchen, die bestehende Eigentumsordnung zu ändern.

Der als Einheitsgewerkschaft organisierte österreichische Gewerkschaftsbund hat bisher zur Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand offiziell nicht Stellung genommen. Dasselbe gilt für die einzelnen Fachgewerkschaften.

Generell kann man sagen, daß die Forderung nach einer zielbewußten Eigentumspolitik, nach einer Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, in Österreich vor allem von der Arbeitnehmergruppe der österreichischen Volkspartei, also einer politischen Partei, getragen wird, während die Interessenverbände der Arbeitnehmer - offenbar wegen der ablehnenden Haltung der dortigen sozialistischen Mehrheit - bisher eine eigentumspolitische Initiative nicht entwickelt haben.

Kottulinsky

Ich hätte für Österreich nichts zu ergänzen und möchte daher zur eigentlichen Diskussion überleiten. Meiner Ansicht nach sind in diesem Thema zwei Tendenzen miteinander verschränkt, wobei von der einen viel, von der anderen wenig gesprochen wird.

Viel wird über die Förderung der Vermögensbildung - vor allem in Arbeitnehmerhand - gesprochen. Eng damit verbunden ist aber die Frage einer Neuordnung der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel. Ich habe den Eindruck, daß man oft letzteres meint, wenn man über Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand redet. Man sollte ganz offen auch über die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen sprechen. Zumindest müssen wir in unserer Diskussion im Auge behalten, welche ordnungs- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen bestimmte Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung haben.

Des weiteren wird manchmal davon gesprochen, daß eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes angestrebt werden sollte. Gemeint ist wohl eine andere Verteilung des Volkseinkommens. Das Sozialprodukt ist doch in seiner Zusammensetzung gegeben. Ganz grob gesagt, besteht es aus Konsum und Produktionsgütern. Die Produktionsgüter gehen zwangsläufig in die Verfügungsmacht

derer über, die die Verantwortung für den volkswirtschaftlichen Produktionsapparat tragen. Das wird immer eine irgendwie determinierte, verhältnismäßig kleine Gruppe sein. Man darf an der Tatsache nicht vorbeisehen, daß es nun einmal unvermeidlicherweise auch große Produktionseinheiten und damit eine Ballung von Verfügungsmacht über Produktionsmittel gibt. Wenn man nun dazu meint, daß dann wenigstens die Verteilung des Volkseinkommens geändert werden sollte, so frage ich mich: warum? Man sagt, es sollte eine "gerechtere" Verteilung des Volkseinkommens angestrebt werden, das heißt also eine "gleichere". Es ist aber fraglich, ob eine gleiche Verteilung auch eine gerechte - vor allem, ob sie sachgerecht ist.

Mir scheint das Motiv für dieses Verlangen schief zu sein. Es gründet offensichtlich in dem Umstand, daß da oder dort das Privateigentum an den Mitteln gemeinschaftlicher Arbeit Anstoß erregt. Wer heute noch durch das persönliche Verfügungsrecht über Produktionsmittel schockiert ist, sieht offensichtlich nicht, daß der Rechtscharakter dieses persönlichen Verfügungsrechtes über Mittel gemeinschaftlicher Arbeit schon stark verändert ist und sich noch weiter verändert. Es gewinnt ständig an Öffentlichkeitscharakter und verliert an Privatheit. Es ist deshalb falsch, wenn man verschiedene Vermögen, auch wenn sie in der Verfügungsmacht ein und derselben Person liegen, in einen Topf wirft. Es ist auch falsch, wenn man die kongruenten Einkommensströme unter einen Nenner setzt. Man geht demnach bei dem Verlangen nach einer "gerechteren" Verteilung des Volkseinkommens von einer Voraussetzung aus, die nicht mehr gültig ist.

Trotzdem bejahe ich eine Förderung der Bildung persönlichen Eigentums. Dies sollte mit einer möglichst breiten Wirksamkeit geschehen.

Woran scheidet aber bisher die Bildung persönlichen Eigentums? Ich glaube nicht, daß die Einkommen zu gering sind. Zu anderen Zeiten ist aus wesentlich geringeren Einkommen mehr gespart worden. Bei den jährlichen Zuwachsraten der Löhne wäre es durchaus möglich, daraus Vermögen zu bilden. Aus welchen Ursachen geschieht dies dennoch nicht in größerem Umfang?

Eine dieser Ursachen ist vielleicht die Geldentwertung; ich bin jedoch in diesem Punkt nicht ganz sicher.

Eine zweite Ursache ist zweifellos der Konsumvorrang, die Konsumverlockung. Dieser Faktor gründet in der Lebenseinstellung der Menschen unserer Zeit, in ihrer stärkeren Zentrierung im Hier und Jetzt. Es kommen darin Veränderungen der geistig-seelischen Haltung zum Ausdruck, die sich auch im Wirtschaftsverhalten auswirken müssen.

Schließlich ist eine gewisse Unlust, Vermögen zu bilden, auch auf die Entmündigung des einzelnen durch den Staat zurückzuführen, der ihm mehr und mehr an Für- und Vorsorge abnimmt.

Das scheinen mir die wichtigsten Gründe dafür zu sein, daß die an sich wünschenswerte und mögliche Bildung persönlichen Vermögens noch nicht den Stand erreicht hat, den wir aus gesellschaftspolitischen und humanitären Gründen anstreben.

Es ergibt sich demnach die Frage, ob das Übel dadurch an der Wurzel gepackt wird, daß der einzelne weiter entmündigt und gezwungen wird zu sparen, also etwas zu tun, was er aus seiner Lebenseinstellung und seiner Lebenssituation heraus nicht tun zu müssen glaubt, obwohl er an sich dazu in der Lage wäre. Würden wir nicht besser beraten sein, wenn wir uns zunächst überlegten, wie wir die erwähnten Hemmnisse abbauen und in dem einzelnen den Wunsch stärken können, Vermögen zu bilden?

Leber

Durch die Ausführungen von Herrn Kottulinsky ist so recht klar geworden, daß die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht nur eine wirtschaftliche, soziale oder soziologische, sondern im wesentlichen auch eine politische Frage ist.

Wenn wir hier über die Zusammenhänge diskutieren, meinen wir nicht nur Vermögen an sich oder schlechthin, sondern es geht konkret um die Beteiligung des Arbeitnehmers am Produktionsvermögen und auch am wachsenden Produktionskapital. Damit sind zum Beispiel das Einfamilienhaus, das Auto und der Fernsehapparat, die man ebenfalls als Vermögen ansehen kann, aus der Diskussion ausgeschlossen. Sie werden aus dem laufenden Einkommen finanziert.

Im Vordergrund unseres Problems steht aber die Beteiligung des Arbeitnehmers am Produktionsvermögen. Das ist der wesentliche Punkt, der auch politische Perspektiven ersten Ranges hat.

Herr Kottulinsky meinte - und das ist eine auch sonst geäußerte Formel: Die Leute können ja sparen und auf diese Weise Vermögen bilden. Warum tun sie das dann nicht? Diese Formel hat unser Herr Bundeskanzler auf das Treffendste in die Worte gefaßt: Vermögen entsteht nur aus Konsumverzicht. Darauf möchte ich nicht nur rhetorisch erwidern: Ist dann auch das bisher gebildete Vermögen, das der Wirtschaft als Produktionskapital zur Verfügung steht, durch Konsumverzicht der jetzigen Eigentümer entstanden? Ich will keineswegs die unternehmerische Leistung verkleinern, die dahinter steht. Aber es ist doch in einem wesentlichen Umfang das Ergebnis eines riesigen Sparprozesses in der Volkswirtschaft, der sich auch im juristischen Sinne zugunsten eines Teiles der Bevölkerung als Vermögen, als persönliches Eigentum niedergeschlagen hat. Das ist der wesentliche Teil der Problematik, wie wir sie sehen.

Außerdem ist es volkswirtschaftlich - und zwar vom Funktionieren des Kreislaufs der Wirtschaft her von außerordentlicher Bedeutung, ob man überhaupt Konsumverzicht zugunsten des Sparens propagieren soll. Damit läßt sich das Problem nicht lösen. Ich bin der Überzeugung, daß die Wirtschaft nicht gesünder wird, wenn alle Arbeitnehmer einen wesentlichen Teil ihres Einkommens sparen würden, sondern daß wir dadurch in gefährlich depressive Verhältnisse hineingeraten würden, die man einer Volkswirtschaft überhaupt nicht zumuten darf. Einem wachsenden Angebot an Gütern muß auch eine kaufkräftige Nachfrage gegenüberstehen. Wer wesentliche Teile davon stilllegen will, bringt die Wirtschaft, diesen Kreislauf von Angebot und Nachfrage, in Unordnung.

Im übrigen bin ich der Auffassung und bitte, mir das nicht zu verargen, daß der Arbeitnehmer ja nicht nur im guten, positiven und moralisch einwandfreien Sinne zum Sparen animiert wird, sondern er wird gleichzeitig unter Aufwendung von Milliardenbeträgen für Werbezwecke aufgefordert, Geld auszugeben.

Schließlich möchte ich noch ein Letztes sagen. Auch soziale Sicherheit in der perfektsten Form, die wir uns denken können, ist kein Ersatz und keine Lösung dieses Problems, um das es hier geht. Denn soziale Sicherheit, ob nun gegen Krankheit, Unfall, Alter oder wer weiß welchen Zustand, ist auch nichts anderes als ein Ersatz für ausfallendes Einkommen aus eigener Arbeitsleistung, damit der Mensch dann konsumfähig bleibt - wenn wir es materiell sehen wollen. Damit bleibt das andere Problem ungelöst. Ich meine, man sollte sich im Konkreten darauf beziehen und daraus das Wichtigste ableiten.

Kottulinsky

Ich bin nicht der Ansicht, daß Produktionsvermögen nur aus Konsumverzicht gebildet worden ist oder gebildet wird, sondern daß Eigentum an Produktionsvermögen durch individuelles Sparen erworben werden kann. Ich kann mich Ihrem Einwand nicht anschließen, Herr Leber, daß ein Ausfall an Nachfrage entsteht, wenn die Arbeitnehmer sparen, weil damit Kapital geschaffen wird. Das ist ein Transformationsproblem, das gelöst werden muß. Diese Nachfrage richtet sich auf die Produktionsmittel und tritt auf dem Kapitalgütermarkt auf.

Leber

Das Problem ist doch wohl seit Ricardo gelöst.

Hoefnagels

Herr Leber meint, daß Vermögensbildung durch Konsumverzicht bei breiten Schichten überhaupt unmöglich ist. Herr Kottulinsky vertritt dagegen die Auffassung, Vermögensbildung müsse auf dem Wege über das Sparen erfolgen. Da möchte ich fragen, ob es in diesem Kreise noch weitere Teilnehmer gibt, die der These von Herrn Leber, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sei durch Sparen überhaupt nicht zu erreichen, widersprechen würden.

Kogon

So scharf hat es Herr Leber nicht ausgedrückt.

Leber

Ich habe gesagt, das Problem läßt sich allein mit Sparen nicht lösen.

Hoefnagels

Ich möchte es so scharf betonen. Mir ist es ein Rätsel - aber vielleicht sehe ich die Sache falsch;- , daß so viele Menschen noch immer die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Sparen für möglich halten.

Kogon

Individuelles Sparen und individuelle Vermögensbildung!

Hoefnagels

Natürlich können vereinzelt Menschen immer zu sparen beginnen. Es handelt sich doch aber um die Frage, ob es volkswirtschaftlich möglich ist, daß Gruppen, die bisher nicht gespart haben, in ihrer Gesamtheit durch Konsumverzicht zur Vermögensbildung zu kommen suchen. Stellen Sie sich einmal vor, was geschehen würde, wenn diese Gruppen von morgen ab zehn Prozent ihres Einkommens zurücklegten. Prof. von Nell-Breuning weist darauf hin, daß das nur dann nicht zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führt, wenn die Unternehmer ihre Preise senken, so daß die noch vorhandene Kaufkraft genügt, die produzierten Güter und angebotenen Dienstleistungen zu kaufen. Dementsprechend würden die Gewinne rückläufig sein. Das hieße aber, daß eine Vermögensumverteilung zustande käme, die sich kaum von der unterscheidet, die man mit Hilfe des Investivlohnes erreichen möchte. Natürlich ist diese Überlegung rein hypothetisch, denn eine allgemeine Preissenkung führt praktisch zwangsläufig zu einer Depression. Aber hier liegt doch der Beweis vor, daß breite Vermögensstreuung nicht durch Konsumverzicht erreicht werden kann, sondern nur durch Umverteilung des Vermögens.

Radke

Die Problemstellung des Herrn Kottulinsky findet durchaus meinen Beifall, nur seine Schlußfolgerung nicht. Die erinnert mich an Marie Antoinette, die fragte, warum denn die Bauern keinen Kuchen äßen, wenn sie kein Brot hätten. Ähnlich scheint mir die Frage: Warum sparen die Arbeitnehmer nicht? Jetzt können Sie sagen, von den existentiellen Bedürfnissen aus gesehen verdienen alle Leute mehr, als sie dafür verbrauchen. Sie können also sparen, wenn sie ihren Lebenszuschnitt auf die existentielle Bedürfnisgrenze reduzieren. Wir haben aber eine gesellschaftliche Bedarfsgrenze, die hier schon angesprochen worden ist: die Werbung im Konsumbereich, die Statussymbole schafft, und so weiter. Folglich wird derjenige, der heute siebenhundert Mark verdient und morgen neunhundert, mit diesen neunhundert Mark auch nicht auskommen, weil er zu anderen Statussymbolen nicht nur verführt, sondern geradezu gezwungen wird.

Hier ist zu prüfen, ob man in einer dynamischen Industriegesellschaft mit Kategorien der Agrargesellschaft, die letztlich eine statische Gesellschaft war, operieren kann. Deshalb läßt sich die Frage so einfach - ich möchte sagen: so ein wenig vorgestrig nicht beantworten, indem man sagt, die Menschen brauchten nur zu sparen, dann könnten sie Vermögen bilden. Jeder Unternehmer habe damit einmal angefangen. Die Vermögensbildung beim heutigen Unternehmer ist doch nicht etwa das Ergebnis eines Sparprozesses vom persönlichen Einkommen des Unternehmers - darauf hat mein Kollege Leber bereits hingewiesen;- , sondern ein Akkumulationsvorgang, der nicht viel mit der unternehmerischen Leistung als solcher mehr zu tun hat, wobei ich einen Teil als echten Unternehmerlohn durchaus qualifizieren und anerkennen will.

Kottulinsky

Ich wundere mich über die Feststellung, Herr Radke, daß es subjektiv nicht möglich sei zu sparen. Alle Pläne, die hier diskutiert werden, haben auf irgendeine Weise ein Sparen - allerdings ein zwangsweises Sparen - zum Gegenstand. Wenn diese Prozentsätze oder Markbeträge vom Unternehmer bezahlt werden, sind sie für ihn und auch für den Arbeitnehmer letztlich Lohnbestandteile, auch wenn sie zunächst vorenthalten und investiert werden. Alle diese Vorgänge sind also sowohl subjektiv für den einzelnen als auch volkswirtschaftlich gesehen als Sparen zu betrachten.

Radke

Was ist denn letztlich Sparen? Individuell legt jemand Teile seines Einkommens zurück, und zwar um so mehr, je höher sein Einkommen ist. Wie legt er diese Teile an? Entweder er steckt sie in den Sparstrumpf und entzieht sie damit der Wirtschaft, oder er leiht sie für Investitionen aus. Damit sind wir beim volkswirtschaftlichen Begriff des Sparens, der mit Investieren gleichzusetzen ist. Wir müssen also von dem grundsätzlichen Tatbestand ausgehen, daß derjenige spart, der investiert.

Dieser Vorgang vollzieht sich aber in einer privatwirtschaftlichen, auf Eigentum gegründeten Wirtschaftsordnung. Die investierten Werte fallen einer Person direkt oder indirekt als Vermögen zu, über das sie volles Herrschaftsrecht ausübt. Wer hat also die Verfügungsgewalt und warum? Das ist die gesellschaftspolitische Frage. Vom grundsätzlichen Tatbestand her kann für das investierte Kapital nur dann Zins gezahlt werden, wenn damit neue Werte geschaffen werden.

Was an Werten erzeugt wird, kann entweder konsumiert oder investiert werden. Es geht allein darum, was in den Konsum und was in die Investition fließt. Der Teil, der investiert wird, erscheint als Vermögen, das über den Eigentumstitel dem Eigentümer gleichzeitig Nutzen bringt. Die Verfügungsmacht über diese Investition wird gesellschaftliche, wirtschaftliche Macht. In unserer Gesellschaft geht nun einmal die Investitionsrate in das Eigentum einer vorbestimmten, durch Staat und Recht geschützten Gruppe, die damit Herrschaftsmacht über die gesellschaftliche Produktion erhält. Der andere, in den Konsum fließende Teil wird nur verbraucht, ohne daß die Gruppe der Verbraucher direkten Einfluß ausüben kann; sie muß praktisch die Herrschaft der ersten Gruppe passiv hinnehmen, die mit ihrer wirtschaftlichen Macht bestimmt, was, wieviel und in welcher Form produziert wird, aber auch, was investiert wird. Die verbrauchende Gruppe bleibt daher von dieser die Herrschaft ausübenden Gruppe abhängig. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Wenn ich von Gruppen spreche, meine ich natürlich keine formalen, sondern soziale Gruppen.

Das ist das Problem. Nun müssen wir uns einmal in den Bereich der Ideologie begeben. Ich bekenne mich hier als Ideologe. Ich akzeptiere gern, wenn Sie sich alle als Sachverständige und sachlich Argumentierende begreifen, für die Ideologien garstige Vorurteile sind. Besteht jedoch das geschilderte Problem, lassen Sie mich einmal auf unsere Verfassungswirklichkeit zurückgreifen. Da ist die Rede von der Würde des Menschen. Das Grundgesetz sagt zwar, diese Würde sei unantastbar und die freie Entfaltung der Persönlichkeit sei garantiert. Wir bezeichnen aber dennoch beispielsweise das Arbeitsrecht mit schlichter Einfachheit als "Recht der abhängigen Arbeit". Es geht mir nicht in den Kopf, daß die Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen kraft Rechtes nichts mit der Würde zu tun haben soll. Wieso ist jemand kraft Rechtes von einem anderen abhängig?

Kogon

Ändert sich dieses Verhältnis durch eine verstärkte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand?

Radke

Ich behaupte, es ändert sich nichts. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist weiter nichts als eine Ersatzideologie, mit der dieser tatsächliche Prozeß um die wirkliche Herrschaftsordnung verschleiert werden soll. Wir können in der Bundesrepublik seit 1945 - und das ist einmalig in der Geschichte - einerseits das Gesetz der Kapitalakkumulation überschaubar und unmittelbar erkennen. Andererseits ist die Sozialisierungsidee diskreditiert. Also braucht man aus politischen Gründen Ersatzideologien. Infolge der sichtbaren Demonstration der einseitigen Vermögens- und Machtverteilung könnte Unruhe entstehen, die zu einem politischen Radikalismus zu führen vermag. Um das zu vermeiden, hat man zum ersten Mal der Forderung nach Mitbestimmung bei Kohle und Stahl nachgegeben. Sie ist jedoch ein Torso geblieben und konnte folglich als Ersatzideologie nicht das leisten, was man vorher von ihr propagandistisch behauptet hatte. Die gleichen Gründe führen heute zu einer Programmierung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Ich gebe Herrn Wallraff völlig recht, wenn er sagt, daß bei zwei oder drei Prozent der Lohnsumme, selbst bei dem 312,-DM-Gesetz, die Globalsumme enorm ist, wenn sie über dreißig Jahre hinweg angesammelt wird. Sie ist aber nur geringfügig, wenn man sie auf die Zahl der Arbeitnehmer, die hier bedacht werden sollen, umrechnet. In der Perspektive des Arbeitnehmers bedeutet es natürlich sehr viel, ob er zehn-, zwanzig- oder dreißigtausend Mark oder gar nichts als Vermögenstitel besitzt. Aber selbst wenn wir eine günstige Verzinsung von sechs Prozent und dreißig Jahre zugrunde legen, ist die Summe von DM 3000,- als Jahreszinsen so geringfügig, daß sie nicht als soziale Sicherheitskomponente angesehen werden kann. Natürlich ist ein Zuwachs zum Einkommen von DM 250,- im Monat nicht uninteressant. Aber ist es ein Zuwachs?

Geht er nicht vom möglichen konsumtiven Lohn ab?

Die Perspektive derjenigen - und diese Gruppe ist in der Bundesrepublik nicht klein;- , die in der Vermögensbildung eine soziale Sicherheit sehen, ist doch falsch. Wie auch aus der Analyse deutlich wurde, wird die soziale Sicherheit dadurch nicht erreicht. Gehe ich aber noch weiter und nehme eine höhere Rate als zwei Prozent der Jahreslohnsumme oder mehr als DM 312,- im Jahr an, so daß zum Beispiel nach dreißig Jahren auf den Arbeitnehmer ein Vermögenstitel von DM 100000,- entfällt, dann habe ich bei sechsprozentiger Verzinsung ein Jahreseinkommen von DM 6000,-. Damit würde ich -

bei Unterstellung der heutigen Verhältnisse und Preise - eine Grenze erreichen, deren Überschreitung für einige schon Anlaß sein kann, nicht mehr zu arbeiten. Wer erzeugt dann die Werte?

Kogon

Das ist sehr weit hergeholt, Herr Radke. Ich meine, Sie sollten sich auf das Zentralargument beschränken.

Radke

Das ist nicht sehr weit hergeholt. Ich würde alle diejenigen, die diese These bestreiten, bitten, einmal in die sogenannten Aussiedlungsgebiete der Großstädte zu gehen. Wie viele Leute, die mehr verdienen könnten, geben sich mit wenigem zufrieden, weil sie einfach nicht arbeiten wollen. Die Grenze kann natürlich steigen. Damit aber - Vollbeschäftigung einmal vorausgesetzt - ziehe ich in Wirklichkeit wieder eine Anzahl von Menschen aus dem Arbeitsprozeß heraus, die nicht mehr arbeiten wollen, weil ihnen die DM 6000,- eventuell als Kapitaleinkommen ausreichen. Diese Gefahr ist zumindest für diejenigen gegeben, die den totalen Volkskapitalismus - wiederum als Surrogat-Ideologie - propagieren. Das ist doch nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine sozialpsychologische: Wie verhalten sich die Menschen?

Es gibt also eine Vielzahl von Plänen und Ideen. Eine Lösung des gesellschaftlichen Problems ist damit aber nicht gefunden. Sie sind interessant, bringen Teillösungen für Teilbereiche, bedeuten für die eine oder andere Gruppe tatsächlich einen Vorteil, aber nicht für die Masse. Das Herrschaftsproblem wird nicht entscheidend gelöst, und - Herr Wallraff hat darauf hingewiesen - die Mitbestimmungsfrage wird weiterhin auf der Tagesordnung bleiben, wenn man nicht zur Gemeinwirtschaft, zur Vergesellschaftung übergehen will.

Das ist aber in der Bundesrepublik im Augenblick unmöglich. Wir müssen uns im Bereich der Realität bewegen und können keine utopischen Modelle konstruieren. Das schließt aber nicht aus, daß das 312,- DM-Gesetz von den Gewerkschaften - nach der Theorie: Was wir erst einmal haben, das haben wir - genutzt wird. So bedeutend ist das Projekt aber nicht, daß es unter den Arbeitnehmern in Wirklichkeit ein solches Interesse erweckt und politische Kräfte in dem Umfang freisetzt, daß es sich lohnt, davon so viel zu reden, wie es in der Bundesrepublik heute geschieht.

Kogon

Sie würden also sagen, es sei nicht einmal besonders evolutionär.

Radke

Ja! Dazu möchte ich Ihnen einen Vergleich geben: Die IG Metall hat beispielsweise vom Jahre 1965 ab allein zwei Prozent der Lohnsumme als Urlaubsgeld durchgesetzt. Das ist einfach hingenommen worden, während diese 1,5 Prozent die Gemüter in einer Weise erhitzen, die für mich langsam unverständlich wird.

Thönnessen

Warum diskutieren wir ausgerechnet hier in der Bundesrepublik so sehr über die Beteiligung der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Vermögen, und warum stellt sich anderwärts diese Frage anders? Ich glaube, die Art der Diskussion bei uns hat sehr viel mit der seit fünfzehn Jahren ungebrochenen politischen Herrschaft der Christlich-Demokratischen-Union zu tun. Wir dürfen nicht vergessen, daß am Anfang der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Aufbauperiode in der Bundesrepublik ein völlig anderes Gesellschaftsbild bestanden hat, als es heute verbindlich ist. Das können wir nicht nur in den politischen Programmen der Gewerkschaften und der SPD, sondern auch in denen der CDU nachlesen. Man muß einmal daran erinnern, daß gerade die CDU, die heute die soziale Marktwirtschaft nicht nur für die beste aller möglichen Wirtschaftsformen erklärt, sondern sie geradezu mit dem von der Verfassung gewollten Ordnungsbild identifiziert, vor 1948 oder 1949 völlig andere Vorstellungen gehabt hat. Es ist bekannt, daß Männer wie Dr. Adenauer sowie führende Unternehmerpersönlichkeiten und auch der Bochumer Katholikentag damals proklamierten, ein kapitalistischer Wiederaufbau in der Bundesrepublik, also eine privatwirtschaftliche Eigentumsordnung, dürfe für Deutschland nicht wieder in Frage kommen, weil diese Ordnung durch den Nationalsozialismus und dessen Zusammenbruch ihr Unvermögen demonstriert habe. Alle gesellschaftlich maßgebenden Kreise waren damals der Ansicht, daß eine Art demokratischer Sozialismus - die Christlich-Sozialen haben nicht gezögert zu sagen: christlicher Sozialismus - in Deutschland aufgebaut werden müsse.

Die Art der Eigentumsverteilung war in diesem Gesellschaftssystem insofern kein Problem, als das gesellschaftliche oder das gemeinwirtschaftliche Eigentum, vor allen Dingen an den großen und entscheidenden Produktionsmitteln, maßgebend sein sollte.

Es gibt auch Kataloge aus jener Zeit - der letzte ist, glaube ich, im DGB-Programm von 1949 enthalten gewesen;- , wo man sich die Vergesellschaftung der Banken, der Versicherungen und der Grundindustrie vorgenommen hatte. Man hatte also damals einen Stand der Diskussion, der sich nicht sehr unterschied von dem anderer westlicher Länder heute.

Ich glaube, daß die fünfzehnjährige Herrschaft der CDU und natürlich auch die fünfzehnjährige Konjunktur in der Bundesrepublik für die völlige Verschiebung der Akzente nicht unwesentlich ist. Wir hatten aber auch in anderen westlichen Ländern eine ähnliche Konjunktur, wenn auch in etwas abgewandelter Form und nicht mit der gleichen Blüte, ohne daß dort gesellschaftspolitisch ähnliche Folgen eingetreten wären. Tatsache ist also, daß wir in der Bundesrepublik aus Gründen, die ich in diesem Zusammenhang nicht untersuchen möchte, doch wieder zu einer restaurativen Ordnung, zu einem marktwirtschaftlichen System gekommen sind, wie es in ähnlicher Form vor 1933 bestanden hat, anstatt zu der von allen maßgebenden Kräften damals intendierten Ordnung.

Die in diesem System erfolgte Vermögensbildung war - da möchte ich Herrn Meinhold völlig zustimmen - in dessen Funktionsgesetzen weitgehend beschlossen. Es ist kein zufälliges Ergebnis, daß sich ein so großer Anteil der volkswirtschaftlichen Vermögen in der Hand der Unternehmer angesammelt hat und daß den Arbeitnehmern ein sehr viel geringerer Anteil zugefallen ist, sondern es ist in weitem Maße ein notwendiges Resultat dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Das Produkt dieser Entwicklung ist die Konzentration, die - und das ist jetzt das Interessante - heute wiederum in einer neu entstandenen eigentumspolitischen Diskussion fast einmütig abgelehnt wird. Sowohl die Sozialdemokraten und Gewerkschaften als auch kirchliche Kreise und erstaunlicherweise sogar die Unternehmer - wenn auch mit etwas weniger Pathos als die anderen - stimmen darin überein, daß die Vermögensbildung, so wie sie verlaufen ist, sozial nicht gerecht sei. Ich möchte im Augenblick gar nichts über die Problematik dieses Begriffes sagen. Es ist einer Kombination von verschiedenen Faktoren zuzuschreiben, daß wir nicht nur eine lebhafte Diskussion haben, sondern im Moment sogar gewisse konkrete Schritte sowohl auf gewerkschaftlichem als auch politischem Gebiet vorbereiten, um diesem Problem näherzutreten, während in den vergangenen fünfzehn Jahren eine Fülle von Plänen ausgeheckt wurde, die dem Problem beikommen sollten, die aber nur eine ganz ephemere Bedeutung hatten und niemals vor der Praxis standen.

Dieses Mal haben wir aber eine ganz andere Situation, die in erster Linie durch die Politik der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden ausgelöst worden ist. Der Leber-Plan hat die politischen Kräfte in der Bundesrepublik in die Zwangslage versetzt, zum ersten Mal eine konkrete Antwort auf die Frage der Vermögensbildung zu suchen.

Nicht so öffentlichkeitswirksam ist eine andere gewerkschaftliche Initiative verlaufen, die ebenfalls sehr stark mit dem Problem der Gesellschaftspolitik zusammenhängt und die auch hier verschiedentlich schon angesprochen wurde, nämlich das Problem der Unternehmensverfassung und der Mitbestimmung. Auch dieser Gedanke war in dem gewerkschaftlichen Ordnungsbild, das nicht realisiert wurde, beschlossen. Dieses Ordnungsbild stand bekanntlich auf drei Säulen: einmal auf der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, dann auf einer weitgehenden Überführung entscheidender Produktionsmittel in Gemeineigentum und schließlich auf einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung. Praktisch ist davon nur die Mitbestimmung erreicht worden, allerdings, wie Herr Radke schon sagte, auch nur in Torsoform. Sie wird einmal in der Montanindustrie als paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat und durch den Arbeitsdirektor praktiziert, zum anderen in der unbefriedigenden Form des Betriebsverfassungsgesetzes.

Es ist wohl kein Zufall, daß diese beiden Forderungen aus dem gewerkschaftlichen Bereich im Moment wieder diskutiert werden, wobei in der Frage der Vermögensbildung höchst widerstrebende gesellschaftliche und politische Interessen konvergieren. Es war allerdings immer das Anliegen der Christlich-Sozialen, den Freiheitsbereich der abhängig Arbeitenden durch eine Vermögensumverteilung - oder, um einen Ausdruck des Herrn von Loesch zu zitieren: durch eine Beteiligung an der kleinen Habe - zu vergrößern. Bei den Liberalen ist es das Motiv des Kampfes gegen den Kollektivismus, Kommunismus, Sozialismus und Bolschewismus - jedenfalls die Schaffung irgendeiner Form von neuem Mittelstand, der für eine nichtsozialistische Ordnung tragfähig ist. Bei den Sozialdemokraten ist es schließlich wieder das alte Problem der Kritik am Kapitalismus, wie man nämlich nicht nur die Vermögen, sondern auch die gesellschaftliche Macht gerechter verteilen könnte. Diese drei Gruppen haben Interesse an dem Problem, und deshalb kommt es auf Grund der

bestimmten konkreten Initiative einer Gewerkschaft - besonders jetzt vor den Wahlen - so stark in die Diskussion.

Die andere gewerkschaftliche Offensive - wenn ich so sagen darf;-, die auf die Unternehmensverfassung gerichtet ist, hat vielleicht auch eine gewisse Aussicht auf Erfolg, nicht nur weil sie von zwei der größten Gewerkschaften, nämlich von der IG Metall und der IG Chemie - selbstverständlich auch vom ganzen Deutschen Gewerkschaftsbund - vorgetragen wird. Ich erinnere nur an die Forderung nach Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großunternehmen ohne Unterschied der Wirtschaftsform. Auch die Sozialdemokraten haben sich mit dieser Forderung identifiziert, und weite Kreise, zumindest aber der linke Flügel der CDU sympathisieren ebenfalls mit dieser Forderung. Aus diesen beiden Quellen speist sich im Augenblick die Hoffnung, daß man trotz des Mißlingens der ursprünglichen Ordnungsvorstellungen der maßgebenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik die soziale Marktwirtschaft mehr oder weniger tiefgreifend korrigieren könnte.

Ich glaube allerdings, daß beiden Versuchen eine höchst ungleiche Bedeutung zukommt. Nach meiner Auffassung wird die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand überschätzt, wenn man ihr zutraut, mehr zu sein als eben ein gewisser und in seiner Bedeutung nicht tiefgreifender Ausgleich der ungerechten Vermögensverteilung. Das zentrale Problem der gewerkschaftlichen Kritik an Gesellschaft und Kapitalismus, nämlich die Kritik an der Machtverteilung, die auf Besitz beruht, wird nach meiner Auffassung durch die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht berührt. Ich würde es selbstverständlich für eine wichtige, auch tarifpolitische Aufgabe der Gewerkschaften halten, zusätzlich zu der Einkommensbildung aus Löhnen und Gehältern, also zusätzlich zu einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik, eine Politik zu betreiben, die auf eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen gerichtet ist. Aber dieser Politik sind ebenso wie der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltspolitik sehr enge Grenzen gezogen. Ich glaube, daß eine wirkliche Umverteilung der Vermögen nur das Produkt einer umfassenden Gesellschaftspolitik sein kann, einer umfassenden Wirtschafts-, Preis-, Steuer- und Sozialpolitik, die im Augenblick nicht betrieben wird. Die von der Bundesregierung und den sie tragenden Kräften in erster Linie aus einem gewissen Kompromißbedürfnis mit christlich-sozialen Kreisen, in zweiter Linie aus wahltaktischen Gründen betriebene Gesellschaftspolitik ist nicht geeignet, diese herrschende Richtung umzukehren.

Obwohl unter den herrschenden Verhältnissen vielleicht die Mitbestimmungsoffensive der Gewerkschaften nicht so viel Aussicht auf Erfolg hat wie die Offensive zur Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand, kommt ihr gesellschaftspolitisch meiner Meinung nach doch die größere Bedeutung zu. Damit lehne ich - etwa für die IG Metall - keineswegs die Beteiligung an einer Tarifpolitik mit dem Ziel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ab. In ihrer Bedeutung als Eingriff in die gegenwärtige Gesellschaftsordnung im Sinne einer Veränderung der Stellung der Arbeitnehmer in dieser Gesellschaft kommt der Forderung nach Mitbestimmung jedoch eine größere Bedeutung, ein größeres Gewicht zu.

Kogon

Sehen Sie die beiden Initiativversuche in einem realen Zusammenhang?

Thönnessen

Die beiden Initiativen kommen aus verschiedenen geistigen Quellen, das wird Herr Leber sicher nicht abstreiten. Ich würde bei der Initiative zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sehr viel eher den christlich-sozialen, bei der Initiative nach Mitbestimmung dagegen mehr den freiheitlich-sozialistischen Hintergrund sehen. Da aber beide Initiativen im gewerkschaftlichen Lager wie auch in der Sozialdemokratie praktisch trotz verschiedener Quellen beheimatet sind, besteht natürlich ein Zusammenhang.

Kogon

Meine Frage sollte eigentlich lauten, Herr Thönnessen: Ist Ihrer Meinung nach die Realisation des Vorschlages einer Beteiligung der Arbeitnehmer am privaten Produktionsvermögen sozusagen dann politisch eine Abschlagszahlung, die die Mitbestimmung verhindert?

Thönnessen

Ich würde das weitgehend bejahen, und zwar in ähnlichem Sinne, wie es der Bundeskanzler zum Beispiel gesagt hat: Die Bundesregierung verbindet mit ihrer Zustimmung zum 312,- DM-Gesetz gewissermaßen das Versprechen an die Unternehmer, die arbeitsrechtliche Lösung der

Lohnfortzahlung zu verhindern. Ein ähnliches Geschäft könnte ich mir auf diesem Gebiet auch vorstellen.

Wallraff

Das ist nicht logisch notwendig.

von Loesch

Ich sehe den Zusammenhang zwischen Eigentumsbildung und Mitbestimmung ganz konkret in der Tatsache, daß diese beiden Forderungen der Gewerkschaften im Grunde die aufgespaltene Sozialisierungsforderung sind. Was ist denn Sozialisierung? Eigentum besitzen bedeutet, über eine Sache Verfügungsgewalt zu haben und Nutznieß aus ihr ziehen zu können. Diese beiden Faktoren, aus denen sich der Begriff Eigentum zusammensetzt, haben sich in die beiden Forderungen Mitbestimmung, das heißt Mitverfügungsgewalt, und Eigentumsbildung, das heißt Nutznieß, aufgespalten. Der Sozialisierungskomplex ist ja in der Bundesrepublik durch die Ostzone völlig diskreditiert. Darum konnte man ihn auch vom Tisch fegen. In den übrigen westlichen Ländern, wo die Begegnung mit dem Kommunismus nicht in dem Umfang wie bei uns stattgefunden hat, ist die Aufspaltung in die beiden Teilbereiche nicht erfolgt.

Kogon

Bedeutet das nach Ihrer Meinung eine Abwertung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand?

von Loesch

Nein. Ich sehe in der Vermögensbildung nur ein Surrogat für die ursprüngliche Sozialisierung. Ich könnte meine These literarisch untermauern. Zum Beispiel läßt sich aus den Schriften Prof. von Nell-Breunings - quellenmäßig sogar aus den ersten Veröffentlichungen - nachweisen, daß die Forderung nach der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand und nach Mitbestimmung als Ablösung der diskreditierten Forderung nach Sozialisierung zu verstehen ist.

Kottulinsky

Es wurde hier festgestellt, daß eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsvermögen notwendig sei. Was ist damit eigentlich gemeint?

Von der Eigentumsseite her gesehen, ist Eigentum am Produktionsvermögen zunächst Verfügungsmacht. Die Ordnung der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel ist aber ein zentrales Thema, und es würde den Rahmen dieser Diskussion sprengen, sich damit jetzt eingehend zu befassen.

Weiterhin bedeutet es Beteiligung am Substanzwert. Das ist entweder in der Form des Aktieneigentums möglich, und ich bin sehr dafür, daß man die Aktie als eine Art des Miteigentums populärer macht. Oder ist es in der Form des Miteigentums an dem Unternehmen möglich, das den betreffenden Arbeitnehmer beschäftigt. Das wirft die heikle Frage der Mitbestimmung auf, die hier auch nicht diskutiert werden kann, zu der aber ebenfalls sehr viel zu sagen wäre.

Drittens führt Beteiligung am Produktionsvermögen zur Beteiligung am Produktionsertrag. Genau genommen ist der Lohn ein Anteil am Ertrag der gemeinschaftlichen Arbeit. Er soll so hoch sein, als es die volks- und betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten erlauben.

Untersucht man also genauer, was der Kern einer Beteiligung am Produktionsvermögen ist, dann bleiben von einem verwirrenden Schlagwort, nüchtern aber handfest, die Aktie als Instrument des Miteigentums am volkswirtschaftlichen Produktionsapparat und ein möglichst hoher Lohn.

Kogon

Sie halten also das Problem, wie es hier erörtert wird, für nicht sehr relevant?

Kottulinsky

Andere Probleme scheinen mir wichtiger zu sein. Ich habe das unangenehme Gefühl, daß sich die allgemeine gesellschaftspolitische Diskussion an Maßnahmen festbeißt, die keine Lösungen bringen. Das Ganze ist ein Randproblem.

Kogon

Ein Randproblem von nur mäßiger Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung?

Kottulinsky

Die Bildung persönlichen Eigentums ist, das möchte ich unterstreichen, kein Randproblem. Die verschiedenen vorgeschlagenen Lösungen treffen jedoch nicht den Kern.

Spiegelhalter

Wir haben jetzt drei Stimmen aus dem gewerkschaftlichen Lager gehört, die das Problem Mitbestimmung - Vermögensbildung in ein Verhältnis zueinander gestellt haben. Bei Herrn Thönnessen stand beides völlig unabhängig nebeneinander, zwei völlig getrennte Quellen und Wirkungen. Herr von Loesch sieht einen gemeinsamen historischen Ausgangspunkt, in dem beide noch miteinander verbunden waren. Und Herr Radke hat beide in ihrer Wirkung mehr oder weniger ad absurdum geführt.

Ich möchte jetzt eine Zusatzfrage stellen, die bei Herrn Kottulinsky als Sorge anklang: Glauben Sie auf der Gewerkschaftsseite, daß man über die Eigentumsstreuung auch die Mitbestimmung auf einer vielleicht höheren, kollektiven Ebene schneller herbeiführen kann? Und liegt bei Ihnen ein solches Motiv ebenfalls zugrunde?

Thönnessen

Ich würde es klar verneinen, aber Herr Leber hat sich einen anderen Standpunkt zu eigen gemacht.

Spiegelhalter

Herr von Loesch, Sie haben es von der Quelle her bejaht. Wie sehen Sie es von der Wirkung und von der Zwecksetzung her?

von Loesch

Ich halte die Eigentumsbildung im breiten Sinne wegen bestimmter Faktoren, die auszuführen zu weit gehen würde, für undurchführbar. Ich sehe sie als ein Scheinproblem an, um das gestritten wird und das nicht verifizierbar ist.

Lenk

Sehr richtig!

Kogon

Damit ist Ihre Frage, Herr Spiegelhalter, klar beantwortet, das heißt, die Herren Radke, Thönnessen und von Loesch, dazu Herr Lenk, sind der Meinung, daß die Vermögensbildung keine sonderliche Relevanz hat, was die Machtkontrolle in der Gesellschaft anlangt.

Lenk

Sie hat vor allem auch keine Relevanz hinsichtlich dessen, was für den einzelnen Arbeitnehmer dabei herauspringt. Entscheidend ist, wieviel laufend produziert wird.

Krengel

Da kommen noch mehr dazu, die auch dieser Meinung sind.

Paelinck

Wir sollten einmal von der Tatsache ausgehen, daß der Kollektivnutzen aus einem Gesamtnutzen über verfügbares Einkommen und Eigentum von Zeit 0 bis Zeit t besteht. Daraus ergeben sich zwei Fragen. Inwieweit werden zunächst einmal diese Dinge in die Gegenwart diskontiert? Wenn der Zinsfuß unendlich ist, besteht das einzige Interesse in der Verbrauchsmöglichkeit des unmittelbar verfügbaren Einkommens.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob die heutige Einkommensverteilung gerecht ist. Die Nationalökonomien können darüber keine Aussage machen, weil sich der Nutzen nicht interpersonal

vergleichen läßt. Die Politiker haben das Problem gelöst, indem sie sagen, jedermann habe eine Stimme und darauf beruhe schließlich unsere Demokratie. Wenn wir dieser Feststellung zustimmen, müßten alle das gleiche Einkommen haben, weil eben jeder eine Stimme hat. Eine derartige gleichmäßige Verteilung würde meiner Meinung nach einer sauberen, demokratischen Lösung entsprechen, wenn der Zinsfuß unendlich ist.

Kogon

Sie meinen, alle müßten als Minimum das gleiche bekommen, darüber hinaus aber ist die Höhe natürlich unterschiedlich.

Paelinck

Nein! Als Optimum der Verteilung sollte das Volkseinkommen einfach durch N - die Gesamtzahl der Bürger geteilt werden. Damit kommt man natürlich zu unmöglichen Ergebnissen.

Eine bessere Lösung könnte darin bestehen, daß N geteilt durch zwei plus eins Menschen entscheiden, daß N geteilt durch zwei minus eins Menschen einfach erschossen werden und dann das Einkommen aufs neue verteilt wird. Am Ende bliebe dann ein Mann übrig, der das ganze Volkseinkommen behält. Das wurde bereits von Attila und anderen praktiziert, und zwar mit gewissem Erfolg.

Der Zinsfuß, mit dem man diskontiert, ist also wahrscheinlich nicht unendlich, sondern endlich. Das Problem besteht somit in einer Effizienzlösung, inwieweit nämlich die augenblickliche Einkommens- und Vermögensverteilung einen Einfluß auf das wirtschaftliche Wachstum ausübt.

Wir wissen, daß das Einkommen zwischen Investition und Konsum aufgeteilt wird. Ich halte eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in bestimmtem Ausmaß für notwendig, um das wirtschaftliche Wachstum zu fördern.

Die neuartigen Produkte zum Beispiel werden erfahrungsgemäß zunächst in den höchsten Einkommensschichten erprobt und dann erst von den anderen übernommen. Das war bei allen Konsumgütern der Fall: Auto, Fernsehgerät und so weiter. Man kann sich fragen, ob eine solche Dynamik in unserer sehr komplizierten Gesellschaft überhaupt auf anderem Wege möglich wäre.

Unter bestimmten Umständen hat auch der Eigentumsbesitz einen gewissen Einfluß auf die Wachstumsrate. Man weiß aber nicht genau inwieweit. In einem Unternehmen gibt es beispielsweise ein Direktorium und die Aktionäre. Die Investitionen werden aber letztlich durch die Dynamik der Direktion bestimmt und nicht durch die Aktionäre.

Schließlich kann man meiner Meinung nach durch soziale Sicherheit nicht nur die Einkommens-, sondern auch die Vermögensbildung beeinflussen. Was die laufende soziale Sicherheit für den Zeitpunkt 0 - das ist heute - betrifft, so gibt es in Frankreich zum Beispiel das Minimumgehalt, während man für die Zeit t die Pensionsfonds hat. Für die Zeit 0 könnte man auf der Besitzebene zum Beispiel ein gewisses Minimum an Wohnungseigentum anstreben. Dabei träte natürlich das Problem auf, inwieweit man eine solche Lösung direkt in Form von Wohnungen durchführen kann oder ob man den Arbeitnehmern finanzielle Beihilfen, zum Beispiel Familienzuschläge, gewähren soll. Derartige Kapitalhilfen dürften dann aber nur zum Kauf von Wohnungen, nicht aber zu anderen Dingen verwendet werden.

Was schließlich das Kapital für die Zeit t anbelangt, das man für die Zukunft vorsehen sollte, wenn die Menschen dreißig oder vierzig Jahre älter sind, so kann ich darüber jetzt nichts sagen. Hier wäre noch intensives Nachdenken notwendig.

Ehrenberg

Herr Paelinck sagte, der Nationalökonom könne nicht entscheiden, was gerecht ist. Das kann er sicher nicht; er ist kein Philosoph.

Ich glaube aber, daß eine Entwicklung, wie sie bei uns stattgefunden hat, die dazu führte, daß die Lohnquote trotz einer Vermehrung der Arbeitnehmer um sechs Millionen in zehn Jahren konstant blieb, während sich die Anzahl der Selbständigen im gleichen Zeitraum um eine halbe Million verringerte, nicht gerecht sein kann. Ich kann zwar nicht sagen, was gerechter ist, aber wir dürften uns wohl darüber einigen können, daß das nicht gerecht sein kann.

Kogon

Wir können also inhaltlich nicht bestimmen, was gerecht ist, aber sehr wohl, was ungerecht ist.

Ehrenberg

Genau! Wenn wir nun aber gleichzeitig feststellen müssen, daß es mit der konventionellen gewerkschaftlichen Lohnpolitik in zehn Jahren nicht gelungen ist, an diesem Zustand etwas zu ändern - denn die Lohnquote blieb konstant;- , dann sollte man die Begründungen für die Forderung nach Vermögensbildung der Arbeitnehmer vielleicht weniger im ideologischen Bereich oder in einer Ersatzideologie suchen, sondern das Problem etwas ökonomischer betrachten, nämlich als Ausweitung der Instrumente gewerkschaftlicher Einkommenspolitik.

Weiterhin glaube ich nicht, daß die Feststellung, die Vermögensbildung sei eine halbierte Sozialisierung, sehr viel soziologische Substanz hat. Man dürfte ebenfalls innerhalb der Arbeitnehmerschaft weitgehend erkannt haben, daß auch die Sozialisierung das Problem der Fremdbestimmung der Arbeitnehmer nicht löst und daß es darum von einer ganz anderen Seite her aufzurollen ist - nicht als Ersatzideologie.

Krengel

Sehr richtig, Herr Ehrenberg, man sollte die Dinge auch einmal ökonomisch betrachten, denn fast alle Argumente für eine verstärkte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die wir bisher gehört haben, waren letztlich politischer oder soziologischer Natur.

Was die politischen Argumente angeht, so bekenne ich, als linker Liberaler aus Berlin so weit links zu stehen, daß kaum ein Sozialdemokrat von heute weiter links stehen kann als ich. Die soziologische Diskussion dagegen scheint keine politische Frage, sondern mehr oder weniger eine Frage des Alters zu sein. Gerade wir Ökonomen neigen ja mit zunehmenden Alter dazu, soziologisch zu diskutieren und zu argumentieren. In voller Würdigung der politischen Argumente des Herrn Leber und der soziologischen Argumente der Herren Thönnessen, Radke und von Loesch muß ich aber als Nationalökonom dennoch auf bestimmte Grundtatbestände der Analyse aufmerksam machen.

Kogon

Möchten Sie jetzt feststellen, daß es nicht realisierbar sei?

Entsprechend dem Katalog des Herrn Wallraff wollen wir betrachten, welche gesellschaftliche Relevanz es haben würde, wenn Pläne wie der von Herrn Leber verwirklicht werden.

Krengel

Ich will auf das Faktische hinaus und auf bestimmte Größenordnungen hinweisen. Herr Wallraff hat in seinem Referat von einer Kleinbeteiligung von zehn bis zwanzigtausend Mark pro Kopf gesprochen. Als Ökonom treffe ich mich mit Herrn Radke und anderen darin, daß die Größenordnungen, um die es dabei geht, unbeschadet aller politischen Bedeutung, aus zwingenden Gründen sehr bescheiden sein müssen.

Wir wissen aus den verschiedensten Analysen in den letzten Jahren - Herr Krelle hat ein ganzes Buch darüber geschrieben;- , daß die Einkommensverteilung weitgehend vom Kapitalkoeffizienten abhängt. Der spezifische Kapitalbedarf je produzierter Einheit des Sozialproduktes also ist in einer modernen Industriegesellschaft ungefähr halb so hoch wie in einer Entwicklungsgesellschaft. Das heißt, daß die Investitionschancen, bezogen auf unser erzeugtes Einkommen, im Trend sinken. Diese wichtige Aussage müssen wir - gleichgültig, ob es uns soziologisch oder politisch paßt - in unser ökonomisches Konzept einbauen. Die Industriegesellschaft bringt eine so radikale Umstrukturierung der Wirtschaft mit sich, daß gerade diejenigen Bereiche, die technisch bedingt mit niedrigen Kapitalkoeffizienten arbeiten, stark in den Vordergrund treten.

Dieser Struktureffekt führt zu etwa folgenden Größenordnungen: Bei einem Sozialprodukt von DM 8000,- im Jahr pro Kopf der gesamten Bevölkerung in der Bundesrepublik können wir das eingesetzte Vermögen brutto ungefähr auf das Dreieinhalbfache, also auf rund DM 25.000,-, und zwar in Wiederbeschaffungswerten gerechnet, beziffern - einschließlich der Wohnungen, die ungefähr ein Drittel dieser Summe ausmachen. Von diesen DM 25.000, ist von vornherein die Hälfte zu streichen, die für eine private Vermögensverteilung überhaupt nicht in Frage kommt. Es sei denn, wir bauen unsere Universitäten, Schulen und Autobahnen als Aktiengesellschaften - worüber man sprechen könnte - und erheben Brückenzölle. Dann könnte alles privatisiert und entsprechend verteilt werden. Wenn wir aber nicht so weit gehen wollen, muß rund die Hälfte des insgesamt eingesetzten Vermögens für die Infrastruktur abgesetzt werden.

Es bleiben somit - großzügig gerechnet - DM 13.000,- pro Kopf der Bevölkerung übrig. Das ist zunächst nur ein statistisch errechneter Wert, ein Wiederbeschaffungswert und noch kein Vermögenstitel. Die Vermögenstitel richten sich mehr nach der durchschnittlichen Lebensdauer der Anlagen. Gut gerechnet sind sie etwa noch 60 Prozent wert. Wir kommen also auf eine Größenordnung von DM 8000,-.

Bei einer Durchschnittsfamilie von drei Personen erhalten wir ein Durchschnittsvermögen von etwa DM 25.000,- pro Beschäftigten. Diese Zahl allein sagt zunächst noch nicht viel aus, denn ein Inder zum Beispiel würde sich mit DM 25.000,- ungeheuer reich vorkommen. Als Ökonomen wissen wir aber, daß Reichtum nur im Verhältnis zum jeweiligen Einkommen gemessen werden kann.

Unter Zugrundelegung der oben errechneten Daten beträgt der privatwirtschaftliche Kapitalkoeffizient 1:1, das heißt, theoretisch kann man mit einem durchschnittlichen Vermögen von DM 25.000,- ein Einkommen in ungefähr der gleichen Höhe erzeugen.

Unterstellen wir nun einmal eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren bei Männern, von über 70 Jahren bei Frauen, und geben wir einem Rentner noch eine durchschnittliche Lebensdauer von sieben Jahren. Bei 70 Prozent seines zuletzt verdienten Einkommens wären das in sieben Jahren etwa 490 Prozent, also das Fünffache seines letzten Einkommens.

Damit werden die sich hart im Räume stoßenden Relationen deutlich. Auf der einen Seite haben wir einen durchschnittlichen Vermögensanspruch von DM 25.000,- pro Familie errechnet. Auf der anderen Seite braucht dieser altgewordene Familienvater bei einem letzten Einkommen von DM 25.000,- - entsprechend meinem Beispiel - rund DM 125.000,-, um bei dem vorgegebenen Lebensstandard die letzten Jahre seines Lebens verbringen zu können.

Man muß diese Durchschnittszahlen ganz nüchtern sehen. Es nützt nichts, wenn wir mit heißem Herzen an das Problem herangehen und uns über die Fragen der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit endlos streiten. Vielleicht bringt uns das in unserem sozialen Gefühl, für einander eintreten zu wollen, etwas weiter, aber um die ökonomischen Relationen kommen wir nicht herum.

Kogon

Sie sind also der Meinung, Herr Krengel, daß die DM 42.000,-, die Herr Leber errechnet hat, nicht genügen? Was heißt aber ökonomisch: Hier stoßen sich die Dinge hart im Raum?

Krengel

Es besteht die große Gefahr, daß von irgendwelchen Vermögenspolitikern eines Tages eine unangenehme Gegenrechnung präsentiert wird. Wenn die Arbeitnehmer einen bestimmten Prozentsatz privater Vermögensbildung zugebilligt bekommen, kann man sich nämlich auf den Standpunkt stellen, dafür bei der Dynamisierung der Sozialrenten irgendwo haltzumachen. Davor möchte ich warnen. Die Vorstellung, daß bei steigendem Produktivitätsniveau eine Sozialpolitik allmählich überflüssig wird, ist grundfalsch. Genau das Gegenteil ist der Fall. Je höher das Produktivitätsniveau ansteigt, desto mehr Sozialpolitik müssen wir treiben. Als Ökonomen wissen wir das und müssen die Politiker und Soziologen immer wieder darauf hinweisen, in der Analyse nichts zu vergessen.

Erst wenn uns bewußt ist, daß die bisherigen Vermögensumverteilungsvorschläge eine relativ belanglose Größenordnung haben und kein Surrogat für eine Sozialpolitik sind, würde ich den Weg für die Politiker freigeben.

Kogon

Man soll also Vermögensbildung betreiben, wenn auch nur so wenig dabei herauskommt, daß es bei weitem nicht ausreicht, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen.

Meinhold

Niemand nimmt an, Herr Krengel, daß durch die Vermögensbildung die gesamte Bevölkerung von der Arbeit befreit werden könnte. Es muß immer gearbeitet werden.

Krengel

Darum geht es nicht, sondern um die Altersversorgung durch Renten.

Meinhold

Auch das trifft nicht zu. Es muß immer geschafft werden. Es geht um den gemeinsamen Besitz derjenigen Vermögen, die mit Arbeit kombiniert werden.

Ich habe vorhin versucht, den Unterschied zwischen der sozialen Marktwirtschaft und der Planwirtschaft aufzuzeigen. Der Hauptunterschied liegt wohl darin, daß in der modernen Wirtschaft die Automatismen der sogenannten freien Marktwirtschaft weitgehend aufgehoben und durch Verantwortung ersetzt worden sind, und zwar nicht durch die Verantwortung des Staates, sondern durch die aller Beteiligten. Die Tarifpartner tragen heute eine ungeheure Verantwortung. Wenn sie dazu nicht bereit sind, geht das System unserer Wirtschaft zugrunde, denn dann muß der Staat diese Funktion übernehmen. Der Unternehmer trägt nicht nur die Verantwortung der Gewinnmaximierung, sondern er muß auch darauf achten, daß die Investitionen im Bereich des gesamten Wachstums bleiben.

Das geht weit über das hinaus, was ihm früher in der sogenannten freien Marktwirtschaft mit der Gewinnmaximierung auferlegt wurde. Herr Radke sprach über die Abhängigen und die Unabhängigen. Die Abhängigen sind in einem anderen Sinne gerade diejenigen, die als Individuen heute noch keine Verantwortung tragen.

Radke

Ja, aber bei uns kraft Rechtsstatus. Auch wenn sie wollten, könnten sie keine Verantwortung tragen.

Meinhold

Diesen Abhängigen soll durch die Vermögensbildung eine gewisse Verantwortung übertragen werden - nicht einmal der Mitbestimmung, die ich in bestimmtem Umfang begrüßen würde, sondern nur in der Form, daß sie dieses Vermögen nicht aufessen dürfen, weil sie sich damit gegen die Gesamtheit versündigen würden. Wenn es gelänge, irgendwie klarzumachen, daß man dieses persönliche Eigentum sozusagen im Namen der Gemeinschaft besitzt, dann ergäbe sich ein ganz anderes Verständnis für die Notwendigkeit des Zusammenwirkens und auch für die Toleranz, auf der nun einmal unsere Demokratie beruht. Darin sehe ich soviel Positives, daß mich die Größenordnung, die Sie nennen, Herr Krengel, gar nicht schreckt. Entscheidend ist, ob es gelingt, dieses Verantwortungsbewußtsein zu wecken.

Kogon

Sie meinen, Herr Meinhold, daß das auch dann eintritt, wenn es nicht direkt objektbezogen ist, sondern sich zum Beispiel um Anteile an einem Investmentfonds handelt?

Meinhold

Es soll ja sobald wie möglich objektbezogen werden, damit der einzelne eine eigene Beziehung dazu bekommt und allmählich in die Verantwortung hineinwächst. Wie kann diese Gesellschaft, die ihre Automatismen weitgehend abgebaut hat, existieren, wenn nicht die Gesamtheit der Bevölkerung irgendwie an der Verantwortung beteiligt wird? Darin liegt der Hauptsinn dieser Bemühungen. Deshalb kann ich auch nicht zwischen dem Politischen und dem ökonomischen unterscheiden, denn die ökonomische Verfassung ist hier unmittelbar mit der politischen verfilzt.

Kogon

Herr Krengel wollte das nur in die richtigen Maße bringen.

Radke

Wie wollen Sie individualpsychologisch einem Familienvater mit drei Kindern und einem Einkommen von DM 660,- im Monat - in dieser Höhe liegen die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik - klarmachen, daß er nicht alles aufessen darf, weil er eine gewisse Gesamtverantwortung trägt?

Meinhold

Das kann ich ihm jetzt nicht klarmachen. Aber wenn hier allmählich ein Vermögen anwächst und er zunächst - wie ich es mir vorstelle - über die Zinsen verfügt, wobei man ihm die Möglichkeit gibt, unter verschiedenen Anlagemöglichkeiten zu wählen ...

Radke

Und auf den Wintermantel für seinen Sohn soll er verzichten? Bei DM 3000,- Vermögen und sechs Prozent Verzinsung bekommt er im Jahr DM 180,- oder, auf dem Monat umgerechnet, DM 15,-.

Meinhold

Natürlich soll er den Wintermantel kaufen.

Radke

So stellt sich das konkrete Problem!

Meinhold

Das ist ein Projekt, das nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, sondern sich vielleicht über zehn Jahre erstreckt. Wenn das Wachstum der Wirtschaft in den nächsten zehn Jahren weiter steigt wie bisher, dann wird der produktivitätsorientierte Lohn auch für die wenigen, die heute den Wintermantel noch nicht kaufen können, ausreichen müssen, das zu tun. Es soll ja beides verwirklicht werden.

Leber

Das ist im übrigen nicht Sache der Vermögenspolitik, sondern des kontinuierlich wachsenden Einkommens.

Ehrenberg

Eine Bemerkung noch zu den Größenvorstellungen, die bei Herrn Krengel nicht recht deutlich wurden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die gesamte Vermögensbildung in der Bundesrepublik 1950 etwa zwölf Milliarden DM und 1963 rund 62 Milliarden DM betrug. Das bedeutet eine Verfünffachung der Vermögensbildung und sollte uns bei Zukunftsprognosen über die Bedeutung dessen, was sich in vierzig Jahren mikro- und makroökonomisch angesammelt haben kann, vorsichtig stimmen. Schon allein diese Zahlen zeigen, daß wir mit sehr viel größeren Dimensionen rechnen müssen, als wir es uns heute auf Grund der bisherigen Entwicklung überhaupt vorstellen können. Eine Reihe von Wissenschaftlern, die sich mit diesen Problemen intensiv befaßt haben - beispielsweise Professor Meinhold, Professor Oberhauser und andere;-, halten es für möglich, daß ohne Gefährdung des wirtschaftlichen Wachstums fünf bis sieben Prozent der Lohnsumme über den konsumfähigen Lohnanteil hinaus vermögenswirksam angelegt werden können. Umgerechnet wären das 1963 neun Milliarden DM gewesen, und ich glaube, daß das nun kein irrelevanter Betrag mehr ist. Wenn wir bedenken, daß die Aufwertung der DM - die einzige arbeitnehmerfreundliche Maßnahme der Bundesregierung seit Gründung der Bundesrepublik - einen Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer von rund fünf Milliarden DM in einem Jahr gebracht hat, dann wird die ökonomische und die gesellschaftspolitische Bedeutung der Auswirkungen vermögenspolitischer Maßnahmen sehr viel plastischer.

Krengel

Die einzige arbeitnehmerfreundliche Maßnahme der Bundesregierung war das ja nun nicht.

Ehrenberg

Die einzig wirksame, um es deutlicher zu sagen.

Ich wollte die Größenordnungen nur noch einmal betonen, um die Relevanz dieser Bestrebungen herauszustellen.

Krelle

Meiner Meinung nach denken die Herren Thönnessen, Radke und von Loesch erheblich zu kurz. Sie sehen das Problem der Vermögensbildung mehr taktisch unter dem Gesichtspunkt der Enttäuschung, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik nach 1948 während der CDU-Regierungen nicht so vor sich gegangen ist, wie sie es sich erhofften. Das Problem hat aber eine viel weiterreichende und tiefergehende Bedeutung, wenn auch Herr Krengel uns hier vorgerechnet hat, daß geldmäßig für den einzelnen pro Jahr relativ wenig dabei herauskommt und sich für ihn daher im Augenblick wenig ändern wird.

Nehmen wir einmal an, wir würden jetzt im Jahre 1800 leben. Wenn wir uns die damalige Einkommensverteilung ansehen, über die wir statistische Unterlagen für Großbritannien besitzen, und diese an Hand der Lorenz-Kurve mit der heutigen vergleichen, können wir eine fundamentale Verschiebung zu größerer Gleichheit hin feststellen. Wenn man den Menschen damals diesen Unterschied vorausgesagt hätte, würden sie das für völlig utopisch angesehen und nur als taktischen Zug im politischen Spiel verstanden haben - sozusagen als Vertröstung auf eine niemals eintretende Zukunft.

Wir sind dabei, eine neue Bewegung einzuleiten, die, wenn sie lange genug und systematisch mit ausreichender Kraft weitergeführt wird, diese Welt genauso umgestalten wird, wie die günstigere Einkommensverteilung unsere jetzige Welt gegenüber der von 1800 umgestaltet hat - und zwar zum Besseren hin. Ich sehe die Entwicklung überhaupt in ganz anderen Linien, als die Herren hier vorgetragen haben.

Die Marxsche These in der Umformung durch Oppenheimer und Alexander Rüstow besagt, daß die Hochkulturen im wesentlichen durch Überlagerungen, durch Konzentrierung von Macht und Vermögen in wenigen Händen entstanden sind. Jetzt beginnen wir, die Hochkulturen von dieser Überlagerungsstruktur zu befreien und sind damit bereits recht weit vorangeschritten. Die politischen Vorrechte einer kleinen Oberschicht sind weitgehend beseitigt. Die Einkommensverteilung wurde verbessert und die soziale Sicherung eingeführt. Die Bismarckschen Sozialversicherungen waren eines der größten Ereignisse in der Sozialgeschichte. Niemand von uns wird sie ja wohl aufheben wollen; allerdings haben einige Ideologen das schon in die Debatte geworfen. Aber die Vermögensmasse der Sozialversicherungen gibt gar kein Objekt für eine Vermögensverteilung ab, da unsere soziale Sicherung jetzt praktisch eine laufende Einnahmen- und Ausgabenrechnung darstellt und nichts anderes als eine Umlage zur Umverteilung laufender Einkommen ist.

Geblichen ist die ungleiche Vermögensverteilung, die wir aus der Vergangenheit und nicht erst von 1945 her geerbt haben. In anderen Ländern ist die Vermögensverteilung sicher nicht weniger ungleich als bei uns. Zumindest in den südamerikanischen Ländern ist sie sogar erheblich ungleicher. Man kann das leider nicht so genau nachweisen wie an der Einkommensverteilung, weil wir darüber keine Statistiken haben. Uns fehlt ein Gesetz zur Durchführung einer Vermögensenquête, um die Vermögensverteilung nach Größenklassen, Art des Vermögens und soziologischen Schichten über mehrere Jahre zu verfolgen. Bei der Vermögensverteilung handelt es sich um ein allgemeines Entwicklungsproblem aller nichtkommunistischen Staaten, nicht um ein spezielles Problem für die Bundesrepublik. Genau wie man einmal in Deutschland mit der Sozialversicherung begonnen hat und alle Nationen dann gefolgt sind die USA ziemlich als letzte;- , fangen wir heute mit der Vermögensverteilung an; dies liegt im Zuge der normalen Entwicklung von einer Überlagerungsstruktur zu einer - sagen wir - demokratischen Gesellschaftsstruktur.

Nun wollen Sie diese Entwicklung mit Hilfe der Mitbestimmung einleiten. Ich bin keinesfalls gegen die Mitbestimmung und halte sie sogar für notwendig, auch in dem rein theoretischen, niemals anzustrebenden Fall, daß wir einmal eine vollkommen gleiche Vermögensverteilung haben würden. Dann wären die Aktien ganz breit gestreut, und bei den Großunternehmen gäbe es keine einzelnen maßgebenden Besitzer oder Eigentümer mehr.

Meiner Meinung nach soll die Mitbestimmung in der Willensbildung des Unternehmens sowohl die Interessen der Gesamtheit als auch die der Arbeiter gegenüber den reinen Kapitalinteressen zum Tragen bringen. Im großen und ganzen ist sie eine bestimmte Lösung des Problems der normalen öffentlichen Aufsicht gegenüber Unternehmen, die aus dem Privathaushalt des Unternehmers herausgewachsen sind und eine öffentliche Bedeutung gewonnen haben. Die Mitbestimmung wird dem einzelnen Arbeitnehmer niemals irgendwelche Verfügungsgewalt bringen. Dieser hat nichts davon, daß die Gewerkschaften ihre Funktionäre in die Aufsichtsräte entsenden. Er hat persönlich keinen Einfluß dort oben, wenn er auch indirekt davon profitiert, daß seine Interessen in den Beratungen nicht unberücksichtigt bleiben. Schließlich kann man in einer Firma keine demokratische Abstimmung darüber vornehmen, ob dieses oder jenes Investitionsvorhaben durchgeführt werden soll oder nicht.

Nach allen bisherigen Untersuchungen, zum Beispiel von Prof. Voigt und Dr. Blume, hatte die Einführung der Mitbestimmung wirtschaftlich und sozial überwiegend günstige Folgen. Aber das ändert gar nichts an dem Prinzip der ungleichmäßigen primären Vermögensverteilung. Deshalb halte ich es für grundfalsch, die Mitbestimmung in Gegensatz zur Vermögensbildung zu stellen und letztere als Surrogat anzusehen. Die Mitbestimmung ist - eher umgekehrt - Ersatz für mangelnde Vermögensrechte der Mehrzahl der Bevölkerung. Das aus dem Vermögen stammende Recht ist in einer auf Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnung nicht durch Mitbestimmung zu substituieren.

Letztere hat eine andere Zielsetzung und gar nichts mit der Frage der Vermögensbildung zu tun, die auf lange Sicht viel weiter wirkt.

Sie, Herr von Loesch, Herr Radke und Herr Thönnessen, sehen nur, daß Sie die Mitbestimmung in weiteren Bereichen der Wirtschaft erlangen können, wenn Sie sich im nächsten Jahr politisch durchsetzen. Nach den Erfahrungen in der Kohle- und Stahlindustrie, wo dies bereits realisiert ist, wissen wir ziemlich genau, was das Ergebnis sein wird: eine gewisse Verbesserung in den Beziehungen zwischen Unternehmensführung und Belegschaft und eine gewisse Beeinflussung der Sozialpolitik der Unternehmen. Ich schätze das nicht gering. Aber wenn Sie glauben, damit unsere Gesellschaft wirklich ändern zu können, scheint mir das doch sehr über das Ziel hinausgeschossen zu sein.

Wenn wir dagegen die Vermögensverteilung jetzt langsam anlaufen lassen, dann wird das zwar nicht schon heute, aber doch in absehbarer Zeit die Gesellschaft umgestalten. Man muß vielleicht mehrere Generationen abwarten; aber ein Volk hat Zeit. Man sollte nicht durch Ungeduld Entwicklungen abzuwürgen versuchen, die sich später im Rückblick als die wirklich entscheidenden herausstellen werden. hätten die Gewerkschaften 1950 einem Plan zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zugestimmt, wären von den seither gebildeten über 150 Milliarden DM privaten Nettovermögens vielleicht 30 bis 50 Milliarden DM bereits in Arbeitnehmerhand. Das ist versäumt. So fangen wir nun jetzt an.

Ehrenberg

Natürlich hat Herr Krelle recht, wenn er sagt, daß wirklich relevante Vorstellungen praktisch ein Generationsproblem sind. Dazu möchte ich bemerken, daß wir bereits die halbe Generationsstrecke hinter uns hätten, wenn wir 1950 - wo es sehr viel leichter gewesen wäre - Wege dieser Art beschritten hätten.

von Loesch

Ich möchte mich gegen die Unterstellung von Herrn Krelle wehren, daß meine grundsätzliche Ablehnung des Themas Eigentumsbildung und die Tatsache, daß ich sie für undurchführbar halte, politischen Erwägungen entspringt. Ich begann seinerzeit über dieses Thema unter dem Gesichtspunkt zu arbeiten, den Reichen etwas fortzunehmen und es den Armen zu geben. Dafür bin ich eigentlich immer. Ich fand jedoch heraus, daß dies auf Grund eines ökonomischen Gesetzes unmöglich ist. Implicite beruht nämlich diese Diskussion auf der mikroökonomischen Konsumfunktion: Bei steigendem Einkommen wird relativ weniger verbraucht und infolgedessen eine Sparrate frei. Makroökonomisch wissen wir aber - es gibt bedeutende Nationalökonomien, die man dafür zitieren kann;-, daß dies bei der langfristigen Konsumfunktion in einem säkularen Prozeß, um den es hier geht, nicht der Fall ist. Bei langfristiger Betrachtung steigt der Verbrauch ebenso schnell wie das Einkommen.

Wallraff

Das Tempo steigt.

von Loesch

Kuznets hat für die USA zwischen 1900 und 1950 festgestellt, daß der Verbrauch sogar etwas schneller gestiegen ist. Der Grund liegt meiner Meinung nach darin, daß der allgemeine Lebensstandard sich an einer Norm ausrichtet, die jeweils von einer der oberen Einkommensschichten - es braucht nicht die oberste zu sein - bestimmt wird. Die unteren Einkommensbezieher werden um den Preis ihrer Selbstachtung und wegen der Achtung ihrer Umwelt gezwungen, sich diesem Lebensstandard anzugleichen. Dieser ist heute sogar fast genau fixierbar. Das Modell ist etwa: Einfamilienhaus und Auto, zwei Kinder auf der Oberschule und jährlich eine Auslandsreise. Innerhalb dieses Status sind dann wieder beliebige Qualitätsunterschiede bis zur Verdreifachung oder Verzehnfachung der einfachen Ausstattung möglich.

Wie ist das mit einem Arbeitereinkommen jemals zu erreichen? Ich möchte es fast als ein Gesetz ansehen - soweit wir in der Nationalökonomie überhaupt Gesetze haben;-, daß die unteren Einkommensschichten ständig überfordert sind, wenn man sie zum Sparen anhält. In einer anonymen Großstadtgemeinschaft kann man seinen Status nur durch demonstrativen Konsum zeigen. Sparguthaben und Vermögenswerte sind allein in dörflichen Verhältnissen interessant, denn dort sorgt der dörfliche Klatsch selbst für die Publizität der Vermögensverhältnisse. In der Großstadt schützt hiervoor hingegen das Bankgeheimnis; und über Aktienkurse kann jeder am Stammtisch reden; das ist

kein Ausweis und kein Statusmerkmal. Man muß in der Großstadt seinen Wohlstand und beruflichen Erfolg der Familie, der Umwelt und allen Leuten sichtbar demonstrieren, sonst wirkt er nicht. Das gilt für jede einkommensdifferenzierte Gesellschaft - auch für die russische. Ich glaube daher, daß sich die pharisäische Forderung, die Arbeiter sollten nun gefälligst auch sparen, an die falsche Adresse wendet. Ich halte sie geradezu für impertinent. Man sollte sie vielmehr an die oberen Einkommensschichten richten.

In der Diskussion taucht an dieser Stelle nun die Frage auf, ob man das Spar- und Verbrauchsverhalten mit pädagogischen Mitteln beeinflussen kann. Davon wurde auch hier gesprochen. Zur Warnung möchte ich auf ein großes sozialpädagogisches Experiment hinweisen. Seit hundert Jahren versuchen beide Kirchen und der Staat mit ihrer gesamten Autorität, den Menschen die Geburtenregelung auszureden beziehungsweise zu verhindern, daß die Zahl der Geburten beschränkt wird. Damit hat man Schiffbruch erlitten, denn die Menschen schränken die Geburtenzahlen trotz intensivster sozialpädagogischer Maßnahmen ein. Mackenroth führt in seiner Bevölkerungslehre die Geburtenbeschränkung sogar ausdrücklich auf die Konkurrenz zwischen Lebenshaltungs- und Aufwandsnorm zurück. Ich behaupte deshalb: Wenn jemand auf den existentiellen Wunsch, Kinder zu haben, verzichtet, nur um sich der nächst höheren Schicht und dem Nachbarn im Lebensstandard anzugleichen, dann verzichtet er erst recht auf das mühsame Ansammeln anonymen Sparguthaben.

Außerdem bin ich der Überzeugung, daß wir die breite Eigentumsstreuung nicht unbedingt brauchen. Denn echte soziale Sicherheit bringt uns nur der Ausbau der Sozialversicherung. Es ist schon immer eine alte Sitte in deutschen Familien gewesen, daß der älteste Sohn den Hof oder die Werkstatt übernahm, während der zweite und dritte Sohn Beamte wurden. Die beamtenrechtliche Sicherheit stand dem Eigentum des Bruders gleichwertig gegenüber, wenn es auch qualitativ etwas anderes war. Ich meine daher, daß man die Eigentumslosigkeit der unteren Einkommensschichten nicht zu korrigieren braucht, sondern daß es genügt, sie zu kompensieren. Das System der sozialen Sicherheit ist eine hinreichende Kompensation für die Eigentumssicherung, wenn es nur intensiv ausgebaut wird - etwa in dem Sinne, in dem es den Beamten bereits gewährt wurde.

Wallraff

Selbstverständlich ist es impertinent, in dieser Situation zum individuellen Sparen zu animieren. Wenn wir nun aber den Arbeiter der Versuchung entheben, mögliche Sparbeträge in den Prestige Konsum hineinzugeben, indem wir durch gesamthänderischen Entscheid für das Sparen eintreten und Bindungen auferlegen, bis eine Schwelle erreicht ist, die dann eigengesetzlich zusammenhält?

von Loesch

Das Zwangssparen richtet sich meiner Ansicht nach gegen die Grundgedanken unserer Verfassung. Ich glaube auch nicht, daß es politisch in großem Umfang durchsetzbar ist. Das wird der Wähler bestimmen.

Verdoorn

Herr von Loesch stellte fest, daß sich die Ersparnisse des Arbeiters im Laufe der Zeit nur wenig erhöhen, obgleich der Lohn wesentlich steigt. Der Grund liegt darin, daß die Ersparnisse von dem Platz abhängig sind, den das Einkommen in der Einkommenspyramide einnimmt. Das haben amerikanische Untersuchungen bestätigt. Dazu kommt aber noch ein zweites: Der Anreiz zum Sparen fehlt. Kleine Selbständige, zum Beispiel Bauern und Ladeninhaber, die das gleiche verdienen wie ein geschulter Arbeiter, sparen wesentlich mehr, weil die Ersparnismöglichkeiten ihres Betriebes durch die Sparquote bedingt sind.

Staatsfunktionäre dagegen sparen bei gleichem Einkommen viel weniger als die Arbeiter, weil sie eine größere soziale Sicherheit genießen. Das letzte bestätigt die These von Herrn von Loesch, daß es immer eine gewisse Substitutionsmöglichkeit zwischen der Vermögensbildung und der Sozialversicherung gibt. Der gewöhnliche Arbeiter, der vor dem Kriege fast keine soziale Sicherung kannte, sparte das Doppelte wie ein Staatsfunktionär mit gleichem Einkommen.

Krelle

Sie sagen, Herr von Loesch, wir könnten die Sozialversicherung als ausreichende Kompensation für die Eigentumbildung ansehen. Wollen Sie das Vermögen einer Industriewitwe für deren Kinder und Enkel ewig nicht nur konservieren, sondern mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum anwachsen lassen, um dann immer wieder darauf hinweisen zu können, wie ungerecht doch die

Vermögensverteilung im Kapitalismus sei? Wollen wir nicht endlich einmal eine vernünftige Vermögensverteilung herbeiführen, indem wir dafür sorgen, daß den Einkommensbeziehern der Sparscheid, der heute - wie die Dinge liegen - für die unteren Einkommensklassen unzumutbar ist, genauso abgenommen wird, wie sich jeder einzelne davon befreit, indem er in einer einsichtsvollen (oder schwachen) Stunde einen Sparvertrag abschließt? Das halte ich für sehr vernünftig. Meinen Sie denn, es sei unsozial, jemandem einen Entscheid abzunehmen, der für ihn in seiner Situation psychologisch schwierig ist, von dem wir aber wissen, daß er richtig ist und nur seinem Vorteil dient? Es gibt im sozialen Leben viele Beispiele hierfür.

von Loesch

Ob der Mann sparen will oder nicht, ist seine Privatangelegenheit. Außerdem wird ja gespart, die Sparrate steigt ständig. Ich habe übrigens nichts gegen das 312,- DM-Gesetz, wenn es tarifvertragsfähig wird. Warum sollten die Gewerkschaften diese DM 312,- nicht in ihren Katalog aufnehmen? Für den Arbeitnehmer ist es nach Überwindung einer Art Durststrecke ein reiner Einkommenszuwachs, denn er kann die DM 312,- ja nach fünf Jahren wieder so verwenden, wie er es für richtig hält.

Leber

Es kommt doch darauf an, was im Tarifvertrag steht.

von Loesch

Bei Herrn Krelle klang weiterhin die Frage der Auflösung großer Vermögen sowie die Verhinderung von Vermögensansammlungen und damit des Entstehens einer reichen, müßigen Schicht an. Dies sollte man nicht durch eine Vermögensumbildung zu erreichen suchen, sondern durch steuerliche Maßnahmen.

Krelle

Das schaffen Sie mit Steuern nie. Durch Erbschaftsgesetze ruinieren Sie allenfalls den Mittelstand, da der kleine Eigentümer dann bei jedem Erbgang mit erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten zu kämpfen hat, während die großen Aktiengesellschaften davon überhaupt nicht betroffen werden.

Hoefnagels

Das Problem wird falsch gestellt, wenn man Sozialversicherung und Vermögensbildung in Gegensatz stellt.

Lenk

Die Frage der Sicherheit ist innerhalb der gesamten Umgestaltung der Gesellschaft ein besonderes Problem, das mit der Vermögensumverteilung - auch auf lange Sicht - eo ipso nicht gelöst werden kann. Bei einem wirtschaftlichen Rückschlag nützen die ganzen Beteiligungen nichts.

Hoefnagels

Ich möchte betonen, daß man auch mit einer noch so perfektionierten Sozialversicherung nicht erreicht, daß der Mensch seine Freiheit erhält. Es wird doch immer klarer, daß die in der Sozialversicherung notwendige Verwaltung die Menschen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Beamten bringt. In Holland zeigt sich das sehr deutlich: Wenn man Arbeitslosenunterstützung haben will, muß man die Arbeit annehmen, die der Beamte für den Betroffenen für angemessen hält. Weigert man sich, so bekommt man keine Unterstützung. In der Krankenversicherung sind nur bestimmte Leistungen vorgesehen. Andere Leistungen muß man selbst bezahlen, und das kann man nur, wenn man gewisse Reserven hat. Erst dann gewinnt man der Bürokratie gegenüber die Freiheit, sich nicht einfach der amtlichen Entscheidung fügen zu müssen.

Kogon

Das Problem ist, wie man zu diesen Reserven kommt. Herr von Loesch hat uns klargemacht, daß der Arbeitnehmer heute und noch auf lange Zeit überfordert sei, wenn man von ihm verlangt, er möge so viel sparen, daß er diese Freiheit erlangt. Man müsse ihm diese Freiheit auf anderem Wege verschaffen.

Leber

Herr von Loesch meinte, der Arbeitnehmer erwarte gar nicht, daß das Vermögen breiter gestreut werde. Deshalb sei die Vermögensumverteilung nicht nötig. Der Arbeitnehmer habe nur Interesse an einer Erhöhung seines Lebensstandards und sei bereit, dafür vieles aufzugeben. Es genüge, ihm eine echte soziale Sicherheit zu geben.

Ich bin allerdings anderer Meinung. Wäre das nämlich wirklich der Fall, müßten wir den bestehenden Zustand hinnehmen und aufhören, über ungerecht verteiltes Vermögen zu reden. Die heutige Vermögensverteilung wäre dann für uns schlechterdings sakrosankt, es sei denn, Herr von Loesch, daß wir sie lediglich aus ideologischen Gründen bei gleichzeitiger Anhebung des Lebensstandards aufrechterhalten, um bei passender Gelegenheit für den bis dahin konservierten Zustand eine revolutionäre Lösung herbeizuführen. Das wäre eine dritte Möglichkeit.

Wenn aber der Lebensstandard wirklich das Primäre sein würde, täte der Arbeitnehmer beispielsweise auch nichts im Interesse seiner sozialen Sicherheit, wenn diese nicht gesetzlich geregelt wäre. Das ist ein ähnliches Politikum. Wenn er krank ist, muß er versorgt werden, ohne daß sein freier Wille dabei eine Rolle spielt. Hätte der Lebensstandard das Primat, dann doch wohl auch im Falle der Krankheit. Daraus ergibt sich für mich die Schlußfolgerung, daß sich diese Fragen, die nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die Allgemeinheit und für die Freiheit der Gesamtheit von Bedeutung sind, nicht im Bereich der privaten Initiative lösen lassen. Sie können nur durch übergeordnete Koordination eine Antwort finden.

Weiterhin stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Besitz von Vermögen gesellschaftspolitisch von außerordentlicher Bedeutung ist. Dazu ein Beispiel: Die Deutsche Bauhütte hat wahrscheinlich als eines der ersten Unternehmen das 312,- DM-Gesetz voll ausgeschöpft, und zwar mit einem Weihnachtsgeld zuzüglich DM 312,-. Zunächst gab es bei der Durchführung große Schwierigkeiten, weil ein Teil der Arbeiter das Geld in bar haben wollte. Der Betriebsrat mußte mit jedem einzelnen Mann sprechen, um alle dazu zu überreden, das Geld prämiengünstig zu sparen. Schließlich haben es alle eingesehen.

Als nach einem halben Jahr die ersten Prämien und die ersten Zinsen hinzugebucht worden waren, fragten wir, wer denn jetzt das Geld wieder abheben möchte, ohne allerdings dabei zu erwähnen, daß es gesetzlich überhaupt nicht zulässig sei. Da gab es nur einen verschwindenden Bruchteil, der das Geld aus irgend einem Grunde ausgezahlt haben wollte. In der Zwischenzeit war nämlich bei diesen Menschen etwas gewachsen, das vorher nicht existierte, und ihre veränderte Haltung hatte nichts mit der aus Prämien und Zinsen gegebenen materiellen Einnahme zu tun.

Ich bin weiter der Meinung, daß Vermögen zwar kein Ersatz für soziale Sicherheit ist, daß es aber dennoch die Sicherheit des einzelnen erhöht. Das ist wesentlich. Würde dieses Vermögen als Ersatz für soziale Sicherheit, beispielsweise im Alter, verbraucht, dann stünde jede Generation von neuem vor dem Problem der Vermögenslosigkeit. Die Vermögensbildung darf schon auf Grund der Kontinuität der geschichtlichen Entwicklung nicht als Ersatz für soziale Sicherheit angesehen werden, sondern muß gewissermaßen der zweiten Generation als Basis auf der nächst höheren Stufe zur Verfügung stehen, damit diese es schneller weiterbringt als die vorherige.

Nun möchte ich etwas zu dem Zwang sagen, von dem hier gesprochen wurde. Wir sind der Überzeugung, daß die Vermögenslosigkeit der arbeitenden Menschen nicht nur diese persönlich etwas angeht, sondern daß sie ein Politikum ist, das weit darüber hinaus auch für die Gemeinschaft, für das Volk im ganzen bedeutsam ist. Es ist ja auch nicht Privatsache des einzelnen, sich gegen Alter, Invalidität, Unfall, Krankheit und weitere Risiken abzusichern. Also muß es auch eine Ordnungsregel geben, die den einzelnen aus der Misere der Vermögenslosigkeit befreit, aus der er sich allein nicht lösen kann. Dabei hat man nur die Wahl zwischen dem Staat und einer Institution, die zwischen Staat und Individuum existiert: das sind in einer freien Gesellschaft die Verbände.

Soweit in diesem Zusammenhang ein Wort über die Verfügungsmacht des einzelnen über sein Vermögen nötig ist, möchte ich betonen, daß auch nach unserer Vorstellung niemand je daran gedacht hat, dem einzelnen Arbeitnehmer die freie Verfügungsgewalt über sein Vermögen ein Leben lang vorzuenthalten. Es ging darum, die Diskussion mit dem äußersten Extrem zu beginnen und dort einen Pfahl einzuschlagen, weil das der unangenehmste und unpopulärste Punkt in den eigenen Reihen ist, den man nachher aufhellen kann. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Ich bin der Auffassung, daß man die freie Verfügbarkeit in dem Maße gewähren kann, wie man sicher ist, das jetzt noch häufig mangelnde Verhältnis zum Vermögen durch eine entsprechende Erziehung geweckt zu haben. Man muß nur das Wort: "Du sollst über Dein Vermögen frei verfügen können" konsequent

zu Ende führen. Dann braucht man sich lediglich noch darüber zu unterhalten, wann man Vermögen hat. Mit hundertfünfzig Mark hat man noch keines.

Körber

Wer entscheidet das?

Leber

Ich wollte Ihnen gerade sagen, wo die Grenze sein soll. Nach dem Gesetz kann der Arbeitnehmer innerhalb von fünf Jahren überhaupt nicht darüber verfügen. Dann hätte er etwa tausend Mark, Herr Körber. Ich bin der Meinung, daß tausend Mark Kapitalanteil schon Vermögen ist. Jetzt kann er frei bestimmen, wo er dieses Geld mit allen Risiken und allen Vorteilen anlegen will. Nur eine Verfügung soll er nicht leichtfertig treffen können, nämlich es wieder in die Liquidität zu geben. Da müssen Grenzen und Sicherheiten eingebaut werden. Ich glaube aber, daß wir eine Lösung finden werden, die den Verhältnissen gerecht wird.

Der Arbeitnehmer könnte zum Beispiel für seine tausend Mark Aktien kaufen, sei es von der Firma, bei der er beschäftigt ist, oder auch von irgendeinem anderen Unternehmen. Vielleicht sagt ein Bauarbeiter, Automobilaktien seien ihm lieber. Das soll er frei entscheiden können. Das Risiko trägt er selbst. Er soll die Wertpapiere aber erst in dem Augenblick verkaufen können, wenn besondere Ereignisse vorliegen; wenn zum Beispiel in der Familie eine Notlage eintritt oder wenn Kinder ausgebildet werden sollen. Aber auch der eigene Hausbau ist eine Investition. In diesen Fällen soll er frei über sein Vermögen verfügen können. Das sind Situationen, in denen der traditionelle Wertpapier- oder Vermögensbesitzer ja auch sein Vermögen einsetzen würde.

Klug

Nehmen wir an, er hat Aktien zu DM 400,- gekauft, die nach einiger Zeit auf DM 500,- steigen. Darf er sie dann nicht verkaufen?

Leber

Er hat auf diese Weise sein Vermögen vergrößert und kann dafür eine andere Aktie kaufen, er darf die DM 500,- aber nicht konsumieren.

Klug

Wie kontrolliert man das?

Leber

Das soll über den berühmten Fonds geschehen. Dort nimmt der Arbeiter an der Kontrollausübung teil. Nicht die Fonds- oder Kapitalfunktionäre bestimmen, sondern der einzelne Arbeiter verfügt, was der Depothalter praktisch damit anzufangen hat.

Krengel

Wenn er sich aber verspekuliert?

Leber

Dann geht das zu seinen Lasten. Vermögen besitzen heißt auch, Risiken zu übernehmen. Wir werden die Arbeitnehmer natürlich darüber aufklären, welche Anlagen man machen kann und was Aktien, Pfandbriefe oder Obligationen und so weiter bedeuten. Dann aber soll er selbst entscheiden - im positiven wie im negativen Sinne.

Herr Radke kritisierte vorhin den Diskussionsaufwand um diese 1,5 Prozent. Er nannte dagegen die zwei Prozent Urlaubsgeld, die die IG Metall durchgesetzt hat. Das Urlaubsgeld ist eine gute, aber ganz andere Sache. Es gibt Kritiker, die behaupten, anderthalb Prozent seien viel zuviel. Ich will Ihnen einmal vorrechnen, wieviel das ist. Dabei darf man nicht mehr philosophieren, sondern muß es aus der Praxis beurteilen. Anderthalb Prozent sind im Baugewerbe gerade richtig. Es ist weniger, als mancher gute Freund glaubt anraten zu dürfen, und es ist mehr, als mancher Unternehmer freiwillig zu geben bereit wäre.

Als Beispiel nenne ich ein kapitalmäßig gut ausgestattetes Bauunternehmen. Mit sechs Millionen Mark Gesellschaftskapital und dreitausend Beschäftigten macht es einen Jahresumsatz von sechzig Millionen Mark. Diese dreitausend Beschäftigten bekommen unter Zugrundelegung von 1,5 Prozent der Lohnsumme je DM 150,-. Das sind im Jahr insgesamt DM 450.000,-. In zwölf Jahren etwa wäre die Kapitalgleichheit mit diesen "lumpigen" anderthalb Prozent hergestellt, wenn das alte Kapital stagnieren würde. Das wird aber nicht der Fall sein. Wir rechnen damit, daß bei dieser Norm in ungefähr einer Generation, also in 25 bis 30 Jahren - unter den speziellen Gegebenheiten im Baugewerbe und dem dortigen Verhältnis von Lohnanteil und Kapitalanteil - evolutionär ein Ausgleich zustande gekommen ist, der unser Problem einer Lösung zuführt.

Wenn ich hier sage, daß anderthalb Prozent für das Baugewerbe richtig sind, dann weiß ich, daß ein Lohnanteil von 1,7 Prozent in einer mir bekannten Nahrungsmittelindustrie gar nichts bedeuten würde, denn dort würden Lohnerhöhungen von - sagen wir - hundert Prozent keine Preiskorrekturen erforderlich machen. Man muß also mit den Maßstäben rechnen, die auf den jeweiligen Fall zutreffen.

Das ist kein Surrogat zur Verschleierung bestehender Vermögensverhältnisse, sondern es ist ein Ansatz - vielleicht ein schlechter, das weiß ich nicht - zur Lösung dieses Problems dort, wo es im Kern existiert. Ich kenne selbst viel mehr Mängel in unserem Plan, als mir bisher jemand aufgezeigt hat, weil wir gerade auch die Mängel studiert haben. Trotzdem bin ich der Meinung, daß es der beste Vorschlag ist, der bisher gemacht wurde. Wer mit dem Bestehenden unzufrieden ist, muß sich halt um eine Lösung des Problems bemühen, damit es vom Tisch kommt.

Nun muß ich aber doch zwei Parteien in Schutz nehmen, die heute hier zitiert worden sind. Es wurde gesagt, die CDU habe mit Absicht diese ungerechte Vermögensbildung herbeigeführt. Dabei streite ich nicht darüber, was gerecht und was ungerecht ist. Die Definition, was gerecht oder ungerecht sei, unterliegt wie vieles andere einer subjektiven Beurteilung. Ich möchte dies an einem Beispiel aus dem Baugewerbe klarmachen. Da fragt jemand einen Bauarbeiter, der an einem Richtfest teilgenommen hat, wie denn das Bier gewesen sei, und dieser antwortet: "Wenn es besser gewesen wäre, hätten sie es uns nicht gegeben; wäre es schlechter gewesen, hätten wir es nicht getrunken. Es war gerade so recht." - Lassen Sie uns also zunächst einmal einen ersten Schritt tun, nach fünf Jahren wird vielleicht alles anders angesehen werden als heute. Ich bin der Meinung, die CDU hat den gegenwärtigen Zustand nicht bewußt herbeigeführt; sie hat nur nichts dagegen getan.

Etwas anderes aber halte ich für viel politischer, Kollege Thönnessen. Die ungerechte Vermögensverteilung ist ein Nebenprodukt der Marktwirtschaft. Die Kritik vieler Arbeitnehmer und Gewerkschaften an der Marktwirtschaft war nicht so sehr auf diese Wirtschaftsordnung bezogen als vielmehr auf das ungerechte Nebenprodukt, das sie nach deren Meinung produziert hat. Wenn man das beseitigen oder gerechter gestalten kann, wird auch die Marktwirtschaft in den Augen der arbeitenden Menschen als eine gar nicht schlechte Wirtschaftsordnung dastehen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Das Wort Selbstfinanzierung ist bisher nicht gefallen. Vielleicht würde mich jemand aufhängen, der das Folgende aus dem Zusammenhang herausnehmen würde. Ich halte die Selbstfinanzierung für die beste, glatteste und eleganteste Art der Investitionsfinanzierung. Aber Selbstfinanzierung des Unternehmens, nicht des Unternehmers. Ungerecht an der Selbstfinanzierung ist, daß sie immer wieder dort Vermögen aufstockt, wo es bisher schon gewesen ist. Da müßte ein Ausgleich herbeigeführt werden. Nicht der Eigentümer des Unternehmens oder der bisherige Sachwertbesitzer allein dürfte in den Genuß der über Selbstfinanzierung durchgeführten Investition kommen, sondern auch die Arbeitnehmer müßten daran beteiligt werden. Dann würde der Arbeitnehmer nichts gegen die Selbstfinanzierung der Unternehmen einzuwenden haben. Fremdfinanzierung heißt doch nichts anderes als vertagte Selbstfinanzierung. Unsere Bank für Gemeinwirtschaft, Herr von Loesch, würde einen Unternehmer, der gar keine Selbstfinanzierung ermöglichen kann, sondern alles fremdfinanzieren muß, wahrscheinlich nicht für kreditwürdig halten. Es kommt doch nur darauf an, wo sich die Investitionen als Eigentum niederschlagen. - Das gilt für die eine Partei.

Bei der anderen Partei bin ich befangener. Ich weiß, daß es bei den Sozialdemokraten nicht taktische Motive sind, die sie auf den heutigen Weg gebracht haben, sondern ein Entwicklungsprozeß und bewiesene Erkenntnisse. Sie stehen aus ehrlicher politischer Überzeugung zu dem, was hier geschehen ist. Wenn die Dinge in den nächsten Monaten im Parlament zum Schwur kommen, würde wahrscheinlich eine der großen Parteien gar nicht das, was in ihrem Regierungsprogramm steht, durchbringen können, wenn die andere sie nicht mit sanftem Druck dazu angehalten hätte. Es kommt dabei nur etwas heraus, wenn beide großen Parteien sich über die richtigsten Formeln verständigen. Ich hoffe, daß das der Fall sein wird.

Krengel

Sie haben gesagt, Herr Leber, daß in den verschiedenen Branchen die Möglichkeiten zur Zahlung von solchen vermögenswirksamen Lohnbestandteilen unterschiedlich sind.

Leber

Die Bedingungen in den einzelnen Branchen sind unterschiedlich. Deshalb kann man die anderthalb Prozent, die wir für das Baugewerbe als richtig ansehen, nicht zum Maßstab und zur Richtschnur für andere Branchen nehmen.

Krengel

Das heißt also, daß wir nun ganz offiziell neben die bisherigen Einkommensunterschiede künftig auch Vermögensbildungsunterschiede setzen wollen. Schon die anderthalb Prozent - wenn wir einmal diese Marge beibehalten - sind ja von Branche zu Branche unterschiedlich, weil Lohndifferenzierungen bestehen. Wenn diese noch durch vermögenswirksame Quotendifferenzierungen verändert werden, läuft das doch wieder auf eine Machtfrage hinaus.

Der Vorschlag kommt aus der Gewerkschaft, die eine glänzende Konjunktur hinter sich hat. Das ist doch sicherlich kein Zufall, wobei ich der letzte bin, der Ihre persönlichen Verdienste an dem Zustandekommen dieses Planes in Zweifel zieht, Herr Leber.

Kogon

Meinen Sie, Herr Leber sollte deshalb nicht beginnen, weil - obwohl sich ihm für seine Gewerkschaft eine gute Chance bietet - die Folgen für die anderen Branchen so beachtlich sind?

Krengel

Nein, darum geht es mir nicht. Es geschieht zwar schon einiges, wenn unsere Vermögenspolitik darauf hinausläuft, bestehende Machtpositionen durch neue zu ersetzen. Aber auf die Dauer macht doch ein Unterschied von 0,1 Prozent, bezogen auf zwei Generationen, schon extreme Differenzen aus, wenn Sie dabei auch noch die Zinseszinsberechnung zugrunde legen.

Leber

Da auch die Quote, die für vermögensbildende Zwecke angelegt wird, Gegenstand der freien Vereinbarung der Tarifparteien ist, halte ich es für möglich, daß in anderen Wirtschaftszweigen andere Quoten für richtig angesehen werden.

Körber

Von 27 Millionen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik sind zirka 13 Millionen in der produzierenden Wirtschaft beschäftigt, zu der Sie und auch ich gehören. Bei mir würden 1,5 Prozent gar nichts ausmachen, sondern ich könnte meinen über zweitausend Mitarbeitern unter forcierter Ausnutzung der Automationsmöglichkeiten sogar mehr geben. Aber rund 11 Millionen Arbeitnehmer sind im tertiären Bereich tätig, der zum größten Teil überhaupt nicht automatisierbar ist und wo vielfach gar nicht auf Gewinnbasis gearbeitet wird. Wie sollen diese dann zu Vermögen kommen?

Leber

Auch aus diesem Grunde haben wir uns auf anderthalb Prozent festgelegt. Wir sind sehr wohl der Meinung, es müßte gesamtwirtschaftlich ein Spielraum gelassen werden, damit auch in anderen Bereichen mit der Aussicht auf Erfolg darüber nachgedacht werden kann.

Körber

Ihr Plan würde ja meine Zustimmung finden, Herr Leber, wenn die Arbeitnehmer für diese 1,5 Prozent, die Sie vorgesehen haben, auch eine Eigenleistung zum Vermögenserwerb zu erbringen hätten. Sehr bedenklich finde ich weiterhin, daß keine freie Verfügung über diese Beträge besteht und diese Gelder letzten Endes doch wieder von Funktionären angelegt und verwaltet werden.

Außerdem bin ich der Meinung, daß die besonders günstige Gewinnsituation eines Industriezweiges infolge von Rationalisierungs- und Automationsmöglichkeiten oder auch konjunkturellen Gegebenheiten nicht nur den unmittelbar Beteiligten zugute kommen darf. Ein Teil solcher Gewinne

müßte für gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse abgezweigt werden. Ich denke da zum Beispiel an eine Bank der Sozialpartner, die ihre Mittel ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen hat. Sie kennen ja meinen Vorschlag, Herr Leber.

Leber

Das würde dann die größte Bank der Welt werden.

Körber

Wenn sie für gemeinnützige Zwecke, insbesondere für den Bildungs- und Forschungssektor, tätig ist, kann diese Bank gar nicht groß genug sein.

Hoefnagels

Man hat vorläufig noch keine Vorstellung davon, was eigentlich in den anderen Betrieben geschehen soll, um auch den dort Beschäftigten zu helfen. Die sozialistische Gewerkschaft in Holland hat dazu einen sehr realistischen Standpunkt eingenommen. Sie hat gesagt, daß man das Prinzip, daß niemand zurückbleiben darf, doch nicht so verstehen sollte, daß niemand vorauslaufen dürfe. Diejenigen, die heute noch nicht zum Zuge kommen, sollten die Vorläufer als diejenigen sehen, die die Positionen besetzen, die morgen auch die ihren sein werden. Man muß einfach dort anfangen, wo der Widerstand am geringsten ist.

Körber

Herr Leber erwähnte vorhin als Beispiel ein Unternehmen mit einem Grundkapital von DM 6 Millionen und 3000 Arbeitnehmern. In diesem Unternehmen würde sich nach 30 Jahren etwa das gleiche Firmenkapital in Arbeitnehmerhand angesammelt haben, auch wenn das Grundkapital in der Zwischenzeit wächst. Wer soll aber über dieses Kapitel mit dem nötigen Sachverstand, zum Beispiel für Produktivitätssteigerungen, verfügen? Wie können hier unternehmerische Initiativen freigehalten werden, die doch unerlässlich für unsere Gesellschaft sind? Wie kann man hierbei eine Selbstverantwortung garantieren?

Leber

Das ist ein sehr vielschichtiger Komplex, den man gesondert behandeln müßte. Davon ist zum Beispiel die Frage nach der Vertretungsmacht im juristischen Sinne abzuleiten. Wenn materiell der erste Schritt in die Praxis hinein getan ist, werden wir auch Antworten auf dieses Problem finden müssen. Wie soll die Vertretungsmacht ausgeübt werden, und welche Folgen wird das für die Haltung des Arbeitnehmers, für seine Einstellung dem Kapital und dem Unternehmen gegenüber haben und so weiter.

Wir sind der Überzeugung, daß der Erwerb von Vermögen mit pädagogischen Anstrengungen und mit einem Bildungsvorgang, der beim Arbeitnehmer selbst einsetzt, einhergehen muß.

Kogon

Das wird doch eine Repräsentationsfrage wie in der politischen Demokratie, Herr Leber.

Leber

Aber den Mut müssen wir haben.

Kogon

Das kann aber zu ungeheuren Konsequenzen führen. Entweder scheitert die Sache oder es verändert tatsächlich die Gesellschaftsstruktur.

Leber

Wie in der Demokratie schlechthin.

Radke

Es ist durchaus möglich, daß neue Abhängigkeiten entstehen.

Kogon

Abhängig sind wir allerdings von unseren Repräsentanten heute auch.

Hoefnagels

Als Soziologe erwarte ich von keiner Gesellschaftsreform sehr viel. Die Resultate aller großen Reformen waren immer enttäuschend bescheiden. Man sollte aber die kleinen Schritte nicht verachten, denn die großen Wandlungen der Gesellschaft sind jeweils durch eine Reihe kleiner Veränderungen bewirkt worden.

Meines Erachtens sind die Hoffnungen, die Herr Krelle in die Eigentumsbildung oder die Vermögensstreuung setzt, zu utopisch. Ich würde da doch etwas bescheidener sein. Herr Radke dagegen glaubt, alles von der Mitbestimmung erwarten zu dürfen. Es hat beides seinen Wert, und wir können erst in zwanzig oder dreißig Jahren feststellen, was bei den heutigen Plänen herausgekommen ist. Man muß aber experimentieren, denn diese Gedanken können sich nur in der Praxis selbst bewähren. Von beiden Bestrebungen verspreche ich mir also etwas, jedoch nicht allzuviel.

Ich habe unter den Argumenten meines Mitbruders Pater Wallraff für die Eigentumsbildung oder Vermögensstreuung etwas vermißt, das ich für das Wichtigste halte. Weder der Einkommenseffekt noch der Sicherungseffekt sind so bedeutend. Ich verspreche mir auch nicht sehr viel von einer Veränderung der Machtverhältnisse. Als viel wichtiger erscheint mir der Effekt auf den Unterschied zwischen dem Bürger und dem Arbeiter. Nach Raymond Aron ist das Kennzeichen des Bürgers, daß er Reserven hat, also nicht von einem Tag zum ändern rechnen muß. Der Arbeiter dagegen ist immer auf seinen Lohn oder auf die Verwaltung der Sozialversicherung angewiesen. Gerade in den sozialistischen Kreisen in Holland geht man mit mir einig, daß auch der Arbeitnehmer eine Reserve etwa in Höhe eines Jahreseinkommens besitzen sollte. Damit könnte er nicht nur bestimmte unvorhersehbare Notlagen überbrücken, sondern auch seine Freiheit im Wirtschaftsleben vergrößern. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Ein junger Mann aus meiner Bekanntschaft hatte in Deutschland etwa vier- bis fünftausend Mark verdient, also ein kleines Vermögen. Darauf war er sehr stolz. Auf meine Frage, was er damit gemacht habe, antwortete er: "Ich habe mir die Freiheit genommen, mich zwei Monate lang nach einer Stellung umzusehen, die mir paßte." - Ohne Reserve kann man das nicht. Es geht also gar nicht darum, die Menschen an ihr Eigentum zu fesseln, sondern sie sollen die Freiheit haben, es dort einzusetzen, wo es zu ihrem Nutzen geschieht.

Es ist daher meiner Meinung nach von großer Bedeutung, daß Herr Leber mit seinem Vorschlag die ganze Diskussion auf eine sachliche Ebene gestellt hat. Als schwachen Punkt in diesem Plan empfinde ich lediglich, daß der Arbeitnehmer jetzt bei einer anderen Verwaltung wieder um Genehmigung bitten muß, ob er sein Geld für diesen oder jenen Zweck verwenden darf. Ich sehe durchaus ein, daß es vorläufige Zwangsmaßnahmen geben muß. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten aber die Arbeitnehmer andererseits nicht allzu paternalistisch behandeln, indem einfach vorausgesetzt wird, daß der Arbeitnehmer kein Vermögen verwalten könne und man das also immer für ihn tun müsse.

Kogon

Von wann ab soll er das selbst können?

Hoefnagels

Wenn es bei den Arbeitnehmern erst einmal - genau wie heute schon bei den Angestellten - zum guten Ton gehört, eine derartige Reserve zu besitzen, kann man es ihnen völlig überlassen. Es geht allein um die Spargewohnheit, die der Bürger von jeher gepflogen hat. Warum sollte der Arbeitnehmer nicht auch das Sparen lernen, wenn er die Vorteile einmal erkannt hat. Eine Übergangszeit ist also notwendig, in der er durch eigene Erfahrung lernt, was eine Reserve für seinen sozialen Status bedeutet. Dann muß er aber unbedingt die freie Verfügung über sein Vermögen erhalten, denn andernfalls ist Eigentum sinnlos. Damit will ich den Leber-Plan gar nicht kritisieren, hoffe aber, daß Herr Leber auf Grund bestimmter Erfahrungen seinen Vorschlag in einigen Jahren so umbauen wird, daß allmählich auch die freie Verfügung möglich wird.

Verdoorn

Herr Hoefnagels betont, daß persönliche Freiheit und Prestigegefühl des Arbeiters durch die Vermögensbildung in seiner Hand erhöht würden. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß er dann auch

über das erworbene Vermögen frei verfügen muß. Werden aber die Ersparnisse blockiert, so wird er keinen Anreiz zum Sparen verspüren, denn sein Selbstbewußtsein und sein Prestigegefühl werden nicht gestärkt durch Vermögen, das er nicht verwenden darf.

Man wird dieses Vermögen also nach kurzer Zeit wieder freigeben müssen, so daß der Arbeiter, der das wünscht, es für den Konsum verwenden kann. Dagegen habe ich nichts einzuwenden.

Man muß sich aber bewußt sein, daß auf diese Weise Investitionsgelder in den Konsum geleitet werden. Dadurch könnte sich die Zuwachsrate des Nationalproduktes erheblich verringern. Wir haben das einmal nachgerechnet. Nehmen wir an, daß vom Mehrgewinn zwanzig Prozent an die Arbeiter verteilt und für die Zeit von fünf Jahren blockiert werden. Wenn danach fünfzig Prozent dieser Summe in den Konsum gehen, vermindert sich die Zuwachsrate des Nationalproduktes pro Berufstätiger von 3 auf 2,65 von Hundert, das heißt um drei Zehntel Prozent. Die zu verteilenden zwanzig Prozent vom Mehrgewinn machen pro Arbeitnehmer ungefähr drei Prozent des durchschnittlichen Jahreslohnes aus. Bei einer Abnahme der Zuwachsrate um drei Zehntel

Prozent wäre der Vorteil dieser Vermögensumverteilung schon nach zehn Jahren wieder aufgehoben. Andererseits erhalten die Arbeiter Vermögen, was sie auf andere Weise nicht erreicht hätten. Ob und inwieweit diese Vermögensbildung den Nachteil einer permanent geringeren Zuwachsrate des Nationalproduktes und damit des laufenden Einkommens der Arbeiter ausgleichen würde, ist selbstverständlich eine schwierige Frage.

Kogon

Dieser Effekt tritt also immer noch ein, selbst wenn die Arbeiter nach fünf Jahren die Hälfte des Ersparnen verbrauchen?

Verdoorn

Ganz recht. Er wird aber kleiner, wenn man die Sperrzeit verlängert. Würde man diese Sperre zum Beispiel auf zwanzig Jahre ausdehnen, dann blieben diese fünfzig Prozent natürlich länger als Investitionsgelder bestehen und die Verminderung der Zuwachsrate würde um die Hälfte geringer sein. Aber zwanzig Jahre bedeuten für den Arbeitnehmer eine lange Zeit. Offenbar handelt es sich hier im allgemeinen um eine soziopolitische, weniger um eine wirtschaftliche Frage.

Kogon

Aber das nationalökonomische Kalkül darf natürlich nicht übersehen werden.

Spiegelhalter

Ich möchte jetzt konkret die Frage stellen, ob Zwangssparen revolutionär oder evolutionär ist. Ich glaube, das kann man nicht schlechthin beantworten, denn es gibt "Zwangssparen" sehr unterschiedlichen Grades.

Das absolut freiwillige Sparen aus dem Barlohn ist das eine Extrem. Davon redet heute kaum noch jemand. Irgendwelche Sparprämien oder Steuervorteile will man in jedem Falle einstecken. Man beginnt also heute schon auf der zweiten Stufe der Beeinflussung der Einkommensverwendung, nämlich mit Hilfe der Sparprämie. Das andere Extrem liegt dann vor, wenn die Sparprämie unendlich hoch ist, das heißt der Vermögensbildung entspricht. Hier wird praktisch ein vollständiger Zwang ausgeübt, denn es bleibt nur noch die Alternative: entweder die Prämie nehmen und sparen oder ganz auf sie verzichten. Das ist das Föhlsche Konzept, das die Ersparnis nicht vom Einkommen, sondern von den Steuern abzugsfähig machen will. Der einzelne hat hier nur die Alternative, daß er entweder spart und diesen Sparbetrag durch Steuernachlaß voll vom Staat zurückerhält, oder er spart nicht, muß dann aber mit gleichem Betrag Steuern bezahlen. Diese Alternative bedeutet also praktisch einen Sparzwang. Die Sparprämie ist in diesem Fall unendlich hoch.

Zwischen diesen beiden Extremen kann man nun mit Hilfe der Sparprämie die verschiedensten Zwischenstufen eines indirekten Sparzwanges ausüben.

Doch auch in der Form der Auszahlung bestehen Unterschiede des "Zwanges". Beim Sparen aus der Lohntüte etwa, also aus dem bar ausgezahlten Lohn, ist der Konsumwiderstand sehr klein, der Sparwiderstand hingegen sehr groß.

Leber

Diese Art von Zwangssparen wäre wahrscheinlich verfassungswidrig. Rechtlich zulässig dagegen ist ein Sparen, das aus zusätzlichem Einkommen erfolgt, auch wenn es nicht mit ausdrücklicher Zustimmung des Arbeitnehmers geschieht. Das ist auch moralisch legitimiert, weil er diesen Betrag de facto ja gar nicht bekommen würde.

Spiegelhalter

Aber auch bei zusätzlichem Einkommen ist die Frage wichtig, in welcher Form es ausgezahlt wird. In die Auszahlungsform kann man gleichsam einen Konsumwiderstand einbauen, wiederum der verschiedensten Grade bis zum vollständigen Sparzwang.

Wenn man etwa aus der Lohntüte sparen soll, ist der Konsumwiderstand wesentlich geringer als zum Beispiel bei bargeldloser Lohnzahlung. Größer als bei letzterer ist er etwa bei den Formen des Vermögensbildungsgesetzes, wo der vermögenswirksame Teil des Lohnes in fünf möglichen Anlageformen "ausbezahlt" werden kann. Aber auch hier besteht, selbst bei tarifvertraglichen Regelungen im Sinne der Gesetzesreform der Bundesregierung, noch immer eine Art "Konsumwahlrecht" des einzelnen. Denn er kann jederzeit die Sparprämien- oder Bausparprämienverträge kündigen und das Geld zum Konsum abheben. In dieser Notwendigkeit, erst kündigen zu müssen und dann noch die Prämie und die Lohnsteuervergünstigung zu verlieren, liegt der zusätzliche Konsumwiderstand, der hier eingebaut ist.

Ein absolutes Konsumverbot und damit echtes "Zwangssparen" wäre erst dann gegeben, wenn man auf unbegrenzte Zeit jegliche individuelle Konsummöglichkeit ausschließen wollte. Selbst hier gibt es noch viele Zwischenstufen, sowohl in der zeitlichen Bindungsfrist als auch im Grad der Freizügigkeit innerhalb der möglichen Anlageformen sowie der Verwaltung der Anlagen. Je geringer der Grad der Selbstverantwortlichkeit nach diesen verschiedenen Richtungen hin ist, desto ernster stellt sich die Frage, ob der gewählte Grad des "Zwangssparens" noch mit unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung in Einklang steht. Soweit er darüber hinausginge, würde ich ihn nicht mehr als evolutionär, sondern als revolutionär bezeichnen.

Soweit jedoch gewisse Bindungen lediglich ein vorübergehendes Mittel der "Erziehung" sein wollen, um die Arbeitnehmer in ein positiveres Verhältnis zum Vermögen und zur Selbstverantwortlichkeit in der Vermögensbildung und -Verwaltung zu bringen, kann über bestimmte Gradationen in der Anlagebindung selbstverständlich diskutiert werden. Der Übergang darf nur nicht zum Selbstzweck werden.

Radke

Bei diesen 1,5 Prozent handelt es sich nicht um ein Zwangssparen im individualrechtlichen Sinne, denn dann müßte schon ein Rechtsanspruch gegeben sein, der zwangsweise um einen Teil verkürzt wird. Es handelt sich um einen zukünftigen Anspruch, für den man selbstverständlich Bedingungen setzen kann. Das ist in diesem Sinne kein Zwang.

Es wurde nun hier mit ziemlicher Emphase und einstimmiger Akklamation festgestellt, daß diese 1,5 Prozent zusätzlich zum Lohn gezahlt werden. Ich spreche nicht vom 312,- DM-Gesetz, aber da wird es ähnlich sein. Wie kann man aber feststellen, daß hier wirklich eine zusätzliche Leistung erfolgt? Wenn ich beispielsweise annehme, daß im Jahre 1965 eine Lohnerhöhung von 8 Prozent möglich ist, wer sagt nun, daß ich diese acht Prozent durchbekomme und nicht nur 6,5 Prozent, weil 1,5 Prozent vermögenswirksam angelegt werden? Das bedeutet dann keine zusätzliche Leistung. Welches ist die Beurteilungskordinate dafür, daß diese 1,5 Prozent nicht tatsächlich als Kostenteil aufgerechnet werden, sondern sich als ein vermögenswirksamer Eingriff in die Vermögensansammlung der Eigentümer darstellt? Zumindest der Satz meines Kollegen Leber, daß die ungerechte Vermögensverteilung angeblich von denen aufrechterhalten wird, die gegen die Vermögensbildung im Sinne seines Planes sind und die statt dessen eine revolutionäre Lösung anstreben, ist falsch. Der Leber-Plan und andere Pläne dieser Art greifen die ungerechte Vermögensbildung nicht an und heben sie nicht auf. Vor allem wird das bestehende Großvermögen nicht beseitigt. Folglich ist seine These doch zumindest in sich nicht logisch.

Leber

Wenn wir einmal durchrechnen, Herr Radke, welche Rolle das jetzt bestehende, ungerecht und einseitig verteilte Vermögen in zwanzig Jahren im Verhältnis zu den dann gegebenen Vermögenssubstanzen noch spielen wird, wird es kaum mehr ein nennenswerter Bruchteil sein.

In der Bauindustrie - ich spreche aus vielerlei Gründen nur von dieser Branche - lag der Kapitaleinsatz pro Kopf des Beschäftigten vor dreißig Jahren bei knapp 500,- Mark. Er beträgt heute mehr als DM 40.000. Welche Rolle spielt das damalige Kapital, das auch schon ungerecht verteilt war, im Verhältnis zu dem heutigen, das zehn oder fünfzehn Jahre später zur Hälfte im Besitz der Arbeitnehmer wäre? Es hätte überhaupt keine Bedeutung, und das wird in dreißig Jahren genauso sein.

Radke

Das würde doch nur zutreffen, wenn die jetzt bestehenden, ungerecht verteilten Vermögen stagnierten. Aber die wachsen weiter, denn es ist einfach nicht nachzuweisen, daß diese 1,5 Prozent nicht aus dem möglichen konsumtiven Lohn stammen. Das ist doch nur eine Hypothese. Vielleicht kann ich in zwanzig Jahren einmal feststellen, daß darin wirklich Teile aus den Unternehmerngewinnen enthalten waren und nicht etwa nur vorenthaltener Lohn. Ich weiß doch gar nicht, welche Lohnerhöhungen konsumtiv möglich gewesen wären, so daß die 1,5 Prozent darüberhinausgehen.

Kollege Leber, Sie müßten gleichzeitig ein neues Bilanzierungsgesetz konzipieren, und die vermögenswirksamen Leistungen an die Arbeitnehmer dürften erst nach der Ermittlung des Reingewinnes aus diesem Reingewinn des Unternehmers gezahlt werden.

Leber

Wenn Herr Radke recht hätte, müßten wir nach drei Jahren sagen, daß die 1,5 Prozent falsch sind. Das ist doch Sache eines Tarifvertrages.

Krelle

Wenn diese 1,5 Prozent wirklich festgelegt und gespart werden und nicht nach fünf Jahren wieder konsumtiv verwandelt werden, ...

Leber

Das ist das Entscheidende.

Krelle

... dann geht das, wenn alle übrigen Umstände gleichbleiben, nur auf Kosten des Gewinns.

Radke

Dann ist das im volkswirtschaftlichen Sinne Zwangssparen, weil es nicht ausgezahlt wird und damit die Verfügungsfreiheit, ob diese Werte investiv oder konsumtiv verwendet werden, aufgehoben ist.

Krengel

Wenn sich die IG Metall und andere Gewerkschaften entschließen, das Beispiel von Herrn Leber nachzuahmen, stimmt die These von Herrn Krelle, daß es auf Kosten des Gewinns geht. Solange sie es nicht tun, stimmt die These nicht.

Wallraff

Solange nicht mehr als die Hälfte der Nettoinvestitionen von den bisherigen kapitalgebenden Schichten auf Neubürger im Kapitalektor umgeleitet wird, muß die Schere meiner Ansicht nach weiter auseinandergehen. Das ist meine Sorge. Erst wenn man über die Hälfte hinausgeht, müßte man sich allmählich an diese Größenordnung herantasten, ohne daß beispielsweise die Investitionsneigung Schaden nimmt.

Kogon

Im Laufe der Zeit durch Akkumulation.

Zweig

Ich darf vorweg sagen, daß ich an der Schaffung des 312,- DM-Gesetzes mitgearbeitet habe. Ich bin immer wieder überrascht - auch heute abend;- , wie allmählich etwas zur Selbstverständlichkeit wird, was am Anfang gegen den absoluten Widerstand fast aller gesellschaftlichen Kreise durchgesetzt

werden mußte. Die Grundtendenz dieses "Gesetzchens", wie wir es damals nannten, wird heute von links bis rechts anerkannt. Selbst die Tarifvertragsfähigkeit vermögenswirksamer Leistungen wird heute bejaht. Sie war bereits im ersten Entwurf des 312,- DM-Gesetzes vorgesehen und ist dann in der dritten Lesung des Gesetzentwurfs beseitigt worden.

Durch das Gesetz sollten zwei Dinge erreicht werden: Einmal wollte man die Trägheitsschwelle des Arbeitnehmers überwinden. Der Arbeiter ist noch nicht daran gewöhnt, zur Sparkasse zu gehen; er hat noch keine inneren Beziehungen zu den Kreditinstituten. Wenn man ihn zu einer geregelten Spartätigkeit bringen will, muß man ihn an die Kreditinstitute heranführen. Das würde geschehen, wenn er für die DM 312,- zum Beispiel Aktien oder Sparguthaben erhält. Wie Herr Spiegelhalter betonte, ist damit kein Zwang verbunden, denn nach unseren Sparforderungsgesetzen kann das Geld schon am nächsten Tage wieder abgehoben werden.

Deshalb halte ich die Diskussionen über das Zwangssparen für unehrlich, weil alle, die in der Wirtschaft gegen die Bindung der Ersparnisse polemisieren, über diesen Tatbestand genau unterrichtet sind. Auch ich bin dafür, daß man die Freiheit des Arbeitnehmers erhält, und dazu gehört, daß er sein Geld nach drei Tagen wieder abholen kann. Er wird es in den meisten Fällen nicht tun, weil jetzt die Trägheitsschwelle umgekehrt wirkt. Er muß zum Kreditinstitut gehen, Formulare ausfüllen und sich als "schlechter Mensch" dekuivieren, indem er kundtut: Ich will nicht sparen. Außerdem stellt er dann fest, daß er nicht DM 312,- herausbekommt, sondern nur etwa DM 210,-.

Zum anderen wollte man - wie Herr Leber schon gesagt hat - über die Bagatellbeträge hinwegkommen. Auch die DM 312,- sind anfangs immer als Bagatelle bezeichnet worden. Inzwischen erkennt man sie jedoch als eine beachtenswerte Größenordnung an. Wenn man sie über mehrere Jahre hinweg ansammelt, kommt man auf die berühmten tausend Mark, bei denen der einzelne anfängt, das angesammelte Geld als Vermögen zu empfinden. Dann ist es keine Bagatelle mehr. Auch damit läßt sich dieses Gesetz rechtfertigen.

Im übrigen bin ich über die Diskussion heute abend dankbar und erfreut, weil sie den Leuten recht gibt, die gegen alle möglichen und unmöglichen Widerstände versucht haben, mit dem 312,- DM-Gesetz "den Fuß zwischen die Tür zu setzen". Es waren nur sehr wenige, und man sollte sie nicht ganz vergessen. Inzwischen sind nahezu alle mit dem Gesetz einverstanden. Selbst Herr von Loesch, der sich im Prinzip gegen die Vermögensbildung ausspricht, sagt: "Na, nehmen wir es mal mit". - Mehr wollten wir gar nicht.

Schumacher

Mir als relativem Außenseiter hier erscheint doch die Verwendung des Wortes Zwangssparen - besonders im Zusammenhang mit dem Leber-Plan - als ein tendenziöser Mißbrauch der deutschen Sprache. In unserer letzten Lohnverhandlung haben wir unseren Bergarbeitern sieben Ruhetage konzediert. Aber kein Mensch ist auf die Idee gekommen, das als Zwangsfeiern zu bezeichnen.

Anders

Prof. Fohl vertritt in seinem Gutachten über die Vermögensbildung in der Bundesrepublik die Auffassung, daß die Besitzer des Produktivkapitals von Jahr zu Jahr reicher werden, während die anderen, die nur Arbeitnehmer sind, praktisch leer ausgehen. Das ist ein Prozeß, der sich auch zukünftig automatisch vollziehen wird, wenn man grundsätzlich nichts daran ändert.

Diese einseitige Vermögensstruktur ist bereits ein großes Ärgernis und kann zu der Situation des Kessels führen, dessen Ventile nicht funktionieren. Dann ist eine radikale Lösung aus dem politischen Raum zu erwarten.

Wir sollten in Kategorien der Zukunft denken. Mir ist bewußt, wie schwierig das ist. Wir wissen zum Beispiel nicht, was sich in den nächsten zehn bis dreißig Jahren durch die Automation, die technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen verändern wird. Whiteheads Feststellung, daß die Technik der Erfindung die größte Entdeckung unserer Zeit sei, macht zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten unberechenbar. Was aber auch geschehen mag: Der Zwang zu größeren Investitionen wird sich verstärken.

Zukünftiges zu denken erfordert Phantasie. Der Leber-Plan gehört nicht in die Denkkategorien der Vergangenheit. Er orientiert sich nicht an Marx und an ideologischen Überlegungen von gestern. Was soll der Einwurf: Wo nimmt der Vater jetzt das Geld her, um seinem Sohn den Mantel zu kaufen? Vor vierzig, vor sechzig Jahren wurde gefragt: Wo nimmt der Vater das Geld her, um seinen Kindern Brot zu kaufen? In zwanzig Jahren werden die unbefriedigten Bedürfnisse anderer Art sein, denn Lohn und Lebensstandard werden steigen. Aber seit hundert Jahren hat die Lohnpolitik nichts an der Tatsache

ändern können, daß die Arbeitnehmer an den Zuwachsraten des Produktivkapitals nicht direkt partizipieren.

Es geht bei diesem Problem nicht um die alte soziale Frage, sondern um gesellschaftliche Strukturveränderungen. Die Opposition gegen das Eigentum hat in der Arbeiterschaft tiefe psychologische Wurzeln. Sie kann sich gegen den technischen Fortschritt richten, wenn er arbeitslos macht. Sie braucht nicht die radikalen Formen der Maschinenstürmerei des Frühkapitalismus anzunehmen, aber hier liegen unübersehbare Gefahrenmomente für die Gewerkschaften. Ich erinnere nur daran: Wenn in Amerika ein Musikstück vom Band gespielt wird, sitzt das Orchester untätig daneben. Der Zeitungstreik, der Dockertreik in New York sind alarmierende Beispiele. Wenn man die Arbeitnehmer zukünftig nicht zu Miteigentümern an den Produktionsmitteln macht, werden sie dem notwendigen technischen Fortschritt von vornherein indifferent und oft feindlich gegenüberstehen.

Ich weiß wohl, daß die vorgeschlagenen Lösungen - auch der Leber-Plan - nicht der Weisheit letzter Schluß sind. Aber alle politischen und sozialpolitischen Errungenschaften der letzten hundert Jahre wurden in kleinen Schritten erreicht, ohne daß man jeweils wußte, wie es weitergehen würde. Das ist zumindest die Erfahrung, die wir rückblickend machen können. Aus der industriellen Entwicklung ist bekannt, daß man "pilot-factories" anlegen, also Modelle bauen muß. Auch der Leber-Plan sollte erst einmal als "pilot-project" auf einem bestimmten Gebiet anerkannt werden, damit wir Tatbestände schaffen, an denen die Wissenschaft, die Öffentlichkeit und die Politik Erfahrungen sammeln können. Hier besteht die Chance, etwas - wenn auch vielleicht nur experimentell - zu verwirklichen, um zu lernen und zu verbessern: "research by doing".

Mir erscheint diese Chance erregend groß. Politisch fehlt bei diesem Unternehmen das Risiko gesellschaftlicher Erschütterungen, die sonst kennzeichnend für Veränderungen in bestehenden Eigentumsstrukturen sind. Auch die Spaltung der Atome läßt sich für friedliche Zwecke nutzen, wenn der Prozeß langsam und kontrolliert vor sich geht.

Schumacher

Wenn Sie etwas umverteilen, dann tun Sie es von A zu B. Es ist bisher viel davon gesprochen worden, was der B davon hat. Ich möchte jetzt einmal darüber reden, was die Umverteilung dem A zufügt.

Kogon

Das ist der U, nämlich der Unternehmer.

Schumacher

Das ist nicht der Unternehmer, sondern der Kapitalgeber, der Eigentümer, der heute in den Firmen, um die es sich hier handelt, in keiner Weise mehr mit dem Unternehmer identisch ist. Es gibt in Großbritannien recht gute Statistiken über die Vermögensverteilung. Dabei zeigt sich, daß etwa sechzig Prozent des Eigentums in England Frauen gehört. Es ist unwahrscheinlich, daß sie es gespart haben, sie haben es geerbt. Der Reichtum bildet sich in der Regel eben nicht bei den Unternehmern, sondern bei den Kapitalisten. Dieser Tatbestand ist soziologisch doch von großer Bedeutung.

Hinzu kommt, daß die bestehende riesige Vermögensballung sich trotz der sehr hohen Erbschaftssteuer, die bis zu neunzig Prozent ansteigt, seit 1914 nur in einer Periode einmal etwas geändert hat, nämlich in den Jahren 1940 bis 1950, das heißt unter der Koalitionsregierung im Zweiten Weltkrieg und der darauffolgenden Labour-Regierung. Diese Ballung von Reichtum stellt nach meiner Ansicht eine sehr große Belastung für die moderne Gesellschaft dar. Herr Krelle hat schon darauf hingewiesen. Vielleicht war so etwas in einer früheren Phase notwendig. Heute steht es jedoch allen besseren Bestrebungen wie Demokratisierung, Einbeziehung der Massen in den Kulturprozeß und so weiter im Wege. Deshalb erhoffe ich von jedem Plan, wie auch von dem des Herrn Leber, daß dadurch diese Reichtumsballung in gewissem Ausmaß verringert oder gar aufgelöst wird. Sie hat nämlich außerordentlich weitreichende Konsequenzen, weil dem arbeitenden Menschen damit demonstriert wird, daß das, was in der Gesellschaft als Erfolg angesehen wird, nämlich das große Vermögen, weder durch ehrliche Arbeit noch durch Konsumverzicht zu erreichen ist. Die Reichtumsballung hat also einen absolut negativen Demonstrationseffekt. Ich sehe den größten Wert bei allen Umverteilungsmaßnahmen darin, daß man diesen Effekt vielleicht langsam mindert.

Des weiteren möchte ich an Herrn von Loesch anknüpfen, der meinte, daß diese Vermögensumverteilung sozusagen nur ein Surrogat für Sozialisierung oder für einen Teil der

Sozialisierung sei. Sozialisierung sei mit Mitbestimmung plus Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gleichzusetzen. Ich halte das nicht für richtig. Sozialisierung ist durchaus nicht eo ipso Mitbestimmung.

von Loesch

Das habe ich nicht behauptet. Ich sagte, daß es sich ideengeschichtlich bei uns so entwickelt habe, nicht, daß es identisch sei.

Schumacher

Wenn wir uns darin einig sind, folgt daraus, daß man diese Vermögensumverteilung nicht als Surrogat für Sozialisierung abzuwerten braucht. Sie wäre wirklich ein neuer Anfang, eine neue Idee, an die man positiv herangehen sollte. Mich interessiert nicht so sehr, ob bei der Vermögensumbildung sogleich viel herauskommt. Ich stehe da auf dem Standpunkt von Gandhi, der sagte: "Für das erste ist der erste Schritt genug". Es ist ja noch nicht aller Tage Abend. Wenn man die Mitbestimmung für viel wichtiger hält, so ist auch das eigentlich kein Argument gegen die Vermögensumbildung.

Ein anderer Weg zur Minderung oder Verhütung der privaten Reichtumsballung ist die Sozialisierung. Das zeigt sich am Beispiel der englischen Elektrizitätswirtschaft, die in der gesamten britischen Wirtschaft am meisten investiert und zu keinem privaten Vermögen geführt hat. Die großen nationalisierten Industrien werden rein professionell und sachlich verwaltet. Der Chef des National Coal Board, der größten Firma Europas, beschäftigt sechshunderttausend Menschen und bekommt zwölftausendfünfhundert Pfund Sterling im Jahr. Der Chef der größten Privatfirma, der I. C. I., die etwa nur ein Sechstel so groß ist wie das National Coal Board, verdient vielleicht das Sechsfache, über das Gehalt hinaus verlangt man heute auf der Unternehmerseite auch noch Optionsrechte, wie sie besonders in Amerika ausgebildet sind, um auf diese Weise noch große Besitzrechte zugespielt zu erhalten.

Krelle

Der Clown im russischen Staatszirkus, Popoff, soll - wie man hört - ein Gehalt von der gleichen Größenordnung beziehen.

Schumacher

Diejenigen, die nach der britischen Einkommensstatistik die größten Einkommen beziehen, sind nicht einmal Clowns - die tun gar nichts.

Kogon

Sind Sie der Meinung, Herr Schumacher, daß sich durch die Auflösung solcher zusammengeballten Vermögensmacht die Lebensstandardvorstellungen der breiten Schichten ändern werden?

Schumacher

Ich bin durchaus dieser Meinung. Ich halte es für eine der größten Belastungen des modernen Lebens, daß die Standards der Gesellschaft von oben her - aus unverdientem, ohne Arbeit und Konsumverzicht erworbenem Einkommen - gesetzt werden, Standards, nach denen sich alles richten zu müssen vermeint. In England nennt man das "keeping up with the Joneses". Ich weiß nicht, ob ich in diesem Punkt mit Herrn Leber einig bin, meine jedoch, daß dadurch eine Wirtschaft entsteht, die den Konsum in einer menschlich bedrohlichen Weise fördert. Die Extreme in der Vermögens- und Einkommensbildung müssen gemildert werden, denn nur die Extreme sind problematisch: die ganz Armen und die ganz Reichen - und nach meiner Ansicht bilden die Reichen das größte Problem.

Kogon

Nachdem jetzt die extreme Armut bei uns im Laufe der Entwicklung beseitigt ist.

Wir stehen nun am Ende einer erregenden und - wie ich hoffe - fruchtbaren Diskussion, für die ich Ihnen allen danken möchte. Ich darf Herrn Wallraff das Wort zu einer abschließenden Darstellung geben.

Wallraff

Überblickt man die Debatte, so zeichnen sich in dem bunten Kaleidoskop der Gesichtspunkte drei Grundströmungen ab: ein Strang energischer Ideen und Bewegungen, eine breit gelagerte mittlere

und eine langsamere, nach rechts verebbende. Von beiden Flanken her werden der Leber-Plan wie auch die ihm mehr oder weniger verwandten Anregungen heftig attackiert. Von rechts her betrachtet, erscheinen sie als revolutionär im dunklen Sinne des Wortes. Im Blickwinkel der robusteren Absichten sind sie nicht revolutionär genug. Sie sind kaum evolutionär, wenn nicht belanglos, oder dienen gar im Endergebnis einer Verfestigung des Systems, das abgewandelt werden soll. Die von Herrn Leber vorgesehenen Schritte lassen die einen für das System, in dem wir leben, die anderen ein Andauern eben dieses Systems fürchten. Die ins Auge gefaßten Befugnisse der Tarifpartner sollen nach Meinung der einen selbst die Konturen der Gesellschaft und Wirtschaft ändern, nach der der anderen lediglich verhindern, daß Maßnahmen eingeleitet werden, die die Konturen wirklich berühren.

Offenbar hängt die Reichweite der eigentumspolitischen Verfahrenstechniken nicht nur von deren Art, sondern auch von der Größenordnung ab, in der sie intendiert oder unterstellt sind.

Es dürfte beispielsweise nicht möglich sein, in absehbarer Zeit eine so hohe Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu erreichen, daß andere Ordnungsfaktoren, etwa die Renten- und Sozialversicherungen, überflüssig werden. Soweit von einem Sekuritätseffekt die Rede ist, kann nur an eine zusätzliche Sicherung gedacht werden. Dennoch behält eine solche zusätzliche Sicherung ihre Bedeutung. Ihr Ordnungsbeitrag besteht darin, daß der einzelne Arbeitnehmer in Notlagen nach seinem Ermessen auf einen frei verfügbaren Reservebestand zurückgreifen kann, wie es auch die Leberschen Ausnahmefälle vorsehen.

Auch der wahrscheinliche Einkommenseffekt bleibt in Grenzen. Für eine längere Periode, vielleicht für die ganze erste Generation, sind die erzielbaren Zinseinkommen im Vergleich zu den durchschnittlichen Einkünften aus Arbeit von untergeordneter Bedeutung. Beachtenswert ist, daß auch der Arbeitnehmer ein zweites Faktoreinkommen erhält - weniger das zusätzliche Einkommen an sich. Die Akzentuierung dieses Tatbestandes ist keineswegs eine nichtssagende Geste, denn jahrzehntelang bestand eine weit verbreitete Animosität gegen das Faktoreinkommen Kapitalzins. In den USA ist das gewiß anders; in Deutschland jedoch findet sie sich immer noch. Wird sie endlich abgebaut, trägt dies zur Entwicklung und Stabilisierung der Gesellschaft bei.

Ohne Zweifel wird das Prestigebewußtsein der Arbeitnehmer nicht dadurch in dramatischer Weise erhöht, daß sie Anteile am investiven Privateigentum erhalten. Dennoch wächst es; die Gesellschaftsphase, in der um grobe Veränderungen gerungen wird, dürfte vorüber sein. Also sind auch im einzelnen geringfügige Steigerungen des durchschnittlichen Selbstbewußtseins begrüßenswert, zumal die Vielen gleichzeitig die Zentrierung der Ordnung um das private Eigentum als ihre Sache anzusehen lernen. Sie haben etwas zu verlieren und sind deshalb an der Stabilität der Volkswirtschaft interessiert.

Was die gewaltenteilende Kraft einer Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand betrifft, taucht selbstverständlich die Frage auf, ob nicht Verfahrenstechniken naheliegen, die wirkräftiger sind. Die Herren von Loesch und Radke stellten offen auf andere Wege ab. Ist die Vermögensbildung im Bereich der individuellen Arbeitnehmer ein Surrogat, belastet mit dem Makel aller Surrogate, also ein Zurückbleiben hinter dem durchaus erreichbaren Zustand? Sicherlich greift eine Überführung der Grundstoffindustrie in gemeinwirtschaftlich betriebene Unternehmen härter zu auch dann, wenn nicht mehr an eine grobschlächtige Sozialisierung, sondern an ein differenziertes System öffentlicher Kontrollen gedacht ist.

Die vorgesehene Eigentumspolitik lenkt demgegenüber nicht einmal einen Teil der bereits bestehenden Vermögen und nur eine Quote des künftigen Vermögenszuwachses auf andere über. Um beide Absichten zu vergleichen, muß jedoch nicht lediglich die gewaltenteilende Kraft beurteilt werden, sondern alles, was sich jeweils an Neben- und Fernwirkungen einstellt. Diesbezüglich blieb die Diskussion heute abend aus Zeitgründen insofern zurück, als die Verfechter einer robusteren Gewaltenteilung die Neben- und Fernwirkungen, die sie auslösen würden, nicht zu verteidigen genötigt waren.

Daß die Eigentumsbildung in der Hand der Arbeitnehmer per se keine weitere Steigerung des Aktionsradius der Großeigentümer bewirkt beziehungsweise diesen nicht in dem Ausmaß steigert, wie es ohne diese Maßnahmen geschehen dürfte, ist kaum bestreitbar. Es muß aber zugegeben werden, daß damit nicht alle einschlägigen Fragen der Gewaltenteilung beantwortet sind. Eigengesetzlich leitet die erörterte Eigentums politik in die Diskussion um eine sinnhafte Repräsentanz der Kleinbeteiligten hinüber. In den einleitenden Bemerkungen wurde dies bereits angedeutet.

Nehmen wir einmal an, es käme in Kürze zu Tarifverträgen, die den Arbeitnehmern Anteile an der privaten produktiven Nettoinvestition zuleiten, und dieser Vorgang hielte unter Voraussetzung einer andauernd progressiven Volkswirtschaft eine Generation und länger an, so daß etwa ein Drittel des

privaten produktiven Vermögenszuwachses Eigentum der breiteren Schichten würde: Die entsprechende Kapitalmasse wäre dann zwar immer noch von dem zuwachsenden Kapital, das die bisherigen Eigentümer erhalten, überragt. Sie würde aber doch ein so bedeutsamer Faktor im System der Volkswirtschaft werden, daß man sich möglichst früh über die Verwaltung und Repräsentanz dieser Kapitalien Gedanken machen müßte. Man plädiert mit guten Gründen sowohl für die bestehenden privaten Kreditinstitute als auch für Sonderformen, die dem Arbeitnehmer besser angepaßt sind. Bezüglich der Bestimmungsrechte ist es nicht ratsam, die quasi autonome Position, die das Management zur Zeit innehat, noch stärker zu zementieren. Von links her gesehen, zeigen sich analoge Aufgaben wie bei der Organisation moderner gemein- oder gemischt-gemeinwirtschaftlich betriebener Unternehmen - analoge Aufgaben, nicht notwendig parallele. Die Fassung eines besonderen Rechtes für die Publikumsaktiengesellschaft wird dringender. Es ist offensichtlich, daß eine wirksame Eigentumpolitik zu einer gesellschaftsgeschichtlich relevanten Initialzündung wird.

So vieles in Bewegung geraten mag, das Ergebnis unterscheidet sich klar von der Konstellation, die durch die vormaligen Sozialisierungsprogramme so wie durch die heutigen Vorstellungen öffentlich-rechtlich kontrollierter Unternehmensleitungen intendiert ist. Das produktive Privateigentum wird nicht auf einen Erinnerungsposten zurückgebucht, auch die Zuständigkeit des individuellen Eigners bleibt erhalten. Gewiß ist die Zusammenfassung der Individuen unabdingbar, dennoch bleibt das Individuum und das Private ausschlaggebend. Allerdings konnten die feineren Linien der durch die Eigentumpolitik eingeleiteten strukturellen Veränderungen heute und hier nicht herausgearbeitet werden, da die verfügbare Zeit nicht so weit reichte.

Wenn auch eine Vermögensbildung in der Hand von Vielen auf die Dauer dazu zwingt, die schwierige Aufgabe einer fortschrittlichen Unternehmensverfassung zu lösen, so zählt sie trotzdem zu den relativ bürgerlichen Programmen. Im Vergleich zu den konkurrierenden Entwürfen und Absichten bleibt sie organisch mit der bestehenden Ordnung verbunden. Daß manches schwierig wird, ist nicht zu verkennen. Es wird aber nicht so schwierig werden, daß man schon eine Generation im voraus kapitulieren müßte. Alle das produktive Privateigentum betreffenden Positionen geraten im Zuge der Entwicklung in eine Bewegung, deren Phasen und Stationen nicht restlos vorauszubestimmen sind. Das gilt in gleicher Weise nach links für die gemeinwirtschaftlichen Gebilde wie nach rechts für die großen Familienunternehmen und die Hierarchie des derzeitigen Managements.

Die zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland erörterte Eigentumpolitik und ihre zentrale Idee, tarifvertragliche Vereinbarungen über investive Löhne zu treffen, ist, sowohl auf die Individuen als auch auf organhafte Gebilde bezogen, nach rückwärts verbunden und nach vorwärts gerichtet, evolutionär genug und nicht so revolutionär, daß man sie ablehnen müßte.

Körper

Wir alle sind Herrn Wallraff dankbar dafür, daß er die heute abend vorgetragenen Argumente in der ganzen Spielbreite der vertretenen Standpunkte nochmals überschaubar machte. Die Diskussion könnte sich an einigen Folgerungen, die er zog oder die vorher angedeutet wurden, neu entfachen. Es wird sich dies, über die sozialpolitischen oder psychologischen Momente hinaus, rein im zunächst nicht schärfer umrissenen gemeinsamen politischen Raum sicher als notwendig erweisen.

Mir scheint zunächst wesentlich, daß die Reichweite der eigentumpolitischen Verfahrenstechniken verdeutlicht wurde, denn jede Argumentation klärt sich an dieser Art der Versachlichung ab. Keiner von uns bewegte sich außerhalb der einsehbaren Voraussetzungen und Notwendigkeiten; niemand verlief sich in irrealen, überstarrten Konstruktionen. In jeder der dargestellten oder angestrebten Situationen bekam Eigentum oder Vermögen in Zustimmung oder Zurückhaltung einen Sinn, mit dem politisch oder sozialpolitisch von Interessengruppen und von einzelnen innerhalb des Spannungsbereichs einer auf Argumentation angelegten Gesellschaft operiert werden kann.

Geht man den einen oder den anderen Weg, geht man ihn wirklich und nicht zögernd, weil man weiß, wie sehr sich "Vermögen" begrifflich und inhaltlich wandelte, und weil man die Chancen der Gesellschaft vergrößern will, so möchte man auf eine auf Ausgleich bedachte Gesellschaft schließen, die sich dort, wo der Materialismus gültiger, dominanter Wert geworden ist, in ihren wesentlichsten Ordnungsprinzipien verständigt hat.

Demokratie ist von ihrer Sache her ein System der Konkurrenz und des Konflikts. Die Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und ihre Argumente mögen um der Gerechtigkeit willen vordergründig erscheinen. Sind sie aber von den Bedürfnissen der gegenwärtigen Gesellschaft her vordergründig? Nimmt man ohne klare Antwort auf die Frage nach den primären Bedürfnissen unserer Gesellschaft nicht Kurskorrekturen vor, ehe man sich über die möglichen Routen verständigt hat?

Wer danach fragt, woraus und worin sich unsere Gesellschaft versteht, wird sicherlich unsere Frage stellen und beantworten müssen. Er wird aber vor der Darstellung ihrer entwickelbaren Infrastruktur und den Entwürfen ihrer Zukunft noch weitere Fragen formulieren müssen, um erfahren zu können, ob nicht Tabus im Wege stehen, die unsere Gesellschaft hemmen, die glaubt, sich im durchsichtigen Spiel zeitgenössischer Architektur neu geschaffen zu haben.

Am Ende des 17. Gesprächskreises danke ich Ihnen allen sehr für die Offenheit und für die Intensität der Argumente, die diesen Abend kennzeichneten. Daß diese Diskussion so fruchtbar und unverschlüsselt sich entfaltetete, beruht auf den klaren, disziplinierten Vorgaben unserer Referenten, denen wir herzlich dafür danken, so herzlich wie unserem Gesprächsleiter, der sich wiederum als Meister sinnvoller "Choreographie" von Diskussionen erwies.